

Sechstes

Forum Globale Fragen



**Globalisierung und Kommunikation
Berlin, 15.-16. November 2001**

**Sechstes
Forum Globale Fragen**

"Globalisierung und Kommunikation"

15.-16. November 2001, Auswärtiges Amt, Berlin

Bildnachweis:
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin
Pressebildagentur LASA

Herausgeber: Auswärtiges Amt,
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Tel.: 01888/17-0 oder 030/5000-0
Internet: <http://www.auswaertiges-amt.de>
E-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de

Druck: rga.Druck, Remscheid

- Vorwort des **Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Jürgen Chrobog**..... 7
- Was ist das "Forum Globale Fragen"?..... 8
- **Eröffnungsrede des Staatsministers des Auswärtigen Amts, Dr. Ludger Volmer** . 10
- **Einführungsvortrag des Generalsekretärs der OECD, Donald Johnston** 13
- Diskussion..... 18

- **Panel 1: Wem gehört das Internet?** 19
- Prof. Dr. Claus Leggewie**, Zentrum für Medien und Interaktivität, Universität Gießen
- Martin Cronenberg**, Leiter der Unterabteilung "Informationsgesellschaft" im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
- Maurice Wessling**, "Bits of Freedom", Niederlande
- Dr. Holger Sievert**, Bertelsmann-Stiftung
- Erika Mann**, Mitglied des Europäischen Parlaments
- Diskussion..... 22

- **Panel 2: "Digital opportunities" oder "digital divide"? Internationale Anstrengungen zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung**..... 37
- Pekka Tarjanne**, Vereinte Nationen, Berater des VN-GS für Informations- und Kommunikationstechnologie
- Dr. Abdurahman Aden**, Publizist
- Olaf Nielinger**, Institut für Afrikakunde, Hamburg
- Peter Michael Rügner**, Beauftragter für IKT und Entwicklung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Diskussion..... 40

- **Panel 3: Brauchen wir eine globale Rechtsordnung für das Internet?**..... 50
- Prof. Dr. Alexander Roßnagel**, Institut für Europäisches Medienrecht der Universität Saarbrücken
- Gert Bielefeld**, Siemens AG
- Dr. Detlef Eckert**, Generaldirektion Informationsgesellschaft der EU-Kommission
- Regina Kalthegener**, Terre de femmes
- Diskussion..... 54

- **Panel 4: Die Globalisierung politisch gestalten**..... 66
Prof. Dr. Elmar Altvater, Freie Universität Berlin, Mitglied der
 Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" des Deutschen Bundestags
Barbara Unmüßig, WEED
Dr. Reinhard Hermle, VENRO
Joscha Schmierer, Planungsstab, Auswärtiges Amt
 Diskussion..... 69
- **Schlusswort des Leiters des Arbeitsstabs Globale Fragen im Auswärtigen Amt,**
Hans-Heinrich Wrede 79
- Programm 81
- Teilnehmerliste 83
- Thesenblätter "Die Globalisierung politisch gestalten" von MdB Dr. Ernst-Ulrich
 von Weizsäcker 90
- Der Veranstalter stellt sich vor: Der Arbeitsstab Globale Fragen 93

Redaktionelle Anmerkung:

Diskussionsbeiträge wurden weitgehend in ihrer Mündlichkeit belassen. Stellungnahmen der Moderatoren wurden nur zitiert, sofern sie inhaltliche Aussagen enthalten.

Vorwort des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Jürgen Chrobog

Heute ist das Internet zugleich globales Kommunikationsinstrument und Medium der Globalisierung. Die anfängliche Euphorie über die scheinbar grenzenlosen Chancen ist inzwischen einer realistischeren Einschätzung seiner Möglichkeiten gewichen. Das sechste "Forum Globale Fragen" hat daher wieder eine ebenso zentrale wie aktuelle Fragestellung aufgegriffen. Die lebhafteste, zum Teil kontroverse Diskussion mit den rund 200 Teilnehmern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, internationalen Organisationen, Regierungen und Parlamenten hat viele Aspekte des Themas vertieft und manchen Fingerzeig für künftiges politisches Handeln ergeben. Insofern hat sich das Forum einmal mehr als Plattform für den Dialog mit der Zivilgesellschaft über aktuelle Fragen der Globalisierung bewährt.

Die zweitägige Konferenz stand stark unter dem Eindruck der tragischen Ereignisse des 11. September 2001, dramatisch unterstrichen durch den Umstand, dass die Diskussion über das Thema: "Die Globalisierung politisch gestalten" am Tag der Entscheidung des Bundestages über die Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan stattfand.

Eingeleitet wurde das Forum mit dem Vortrag des Generalsekretärs der OECD, Donald Johnston; er gab einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Bedeutung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Die folgenden Panels beschäftigten sich mit der Bedeutung des Internets für Staat und Gesellschaft, dem Bedarf an Rechtsregelungen für den sozialen Kontakt im Internet, sowie der Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie für die Entwicklungszusammenarbeit. Der viel beschworene Abstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wurde gegen die "digitalen Chancen" der neuen Technologien für eine bedarfsgerechte, lokal angepasste Entwicklung abgewogen. Das Problem des ungleichen Zugangs zum Internet wurde ebenso erörtert wie die Möglichkeiten, Rechte und Interessen der Bürger und Internetnutzer wie auch der Gesellschaft insgesamt zu wahren. Da die Umwälzung in der modernen Kommunikation aber nur einer von vielen Faktoren ist, die zur "Globalisierung" vieler Lebensverhältnisse beitragen, schloss die Konferenz mit einer Debatte über Möglichkeiten einer besseren Gestaltung der Globalisierung durch politische und zivilgesellschaftliche Institutionen.

Mit der Wiedergabe aller Reden und Diskussionsbeiträge in dieser Broschüre – unter weitestgehender Beibehaltung ihres mündlichen Charakters – möchten wir die interessierte Öffentlichkeit über das Forum informieren und hoffen, dass damit das sechste "Forum" über den Tag hinaus wirkt und zu der Debatte über globale Fragestellungen beiträgt, die noch lange nicht abgeschlossen ist.

Was ist das "Forum Globale Fragen"?

Der Prozess der Globalisierung, der immer stärkeren Verflechtung von einzelnen Staaten und Regionen dieser Welt, hat in den letzten zehn Jahren neben seinen unübersehbaren wirtschaftlichen Folgen auch einschneidende politische Auswirkungen gehabt. Zentrale globale Herausforderungen sind:

- der Schutz unserer natürlichen Umwelt und ihre Erhaltung für zukünftige Generationen,
- das Bevölkerungswachstum und die Suche nach einer angemessenen Reaktion darauf,
- die Armutsbekämpfung und die Schaffung eines gerechten Ausgleichs zwischen Arm und Reich,
- der Schutz der Menschenrechte in der ganzen Welt und die Durchsetzung von allgemein verbindlichen Menschenrechtsnormen,
- die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels,
- die Prävention von politisch-militärischen wie auch von wirtschaftlichen Krisen und ihre Deeskalation.

Diese globalen Fragen sind in der Regel eng miteinander verknüpft; sie müssen deshalb deutlicher in ihren Zusammenhängen – mit dem Ziel **themenübergreifender Lösungsansätze** – analysiert werden. Dazu gehört die gewachsene Erkenntnis, dass die meisten Probleme nicht mehr von einzelnen Staaten alleine gelöst werden können und die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik zunehmend unscharf geworden sind. Zusätzlich zur zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und zu gemeinsamen internationalen Bemühungen ist eine verstärkte Beteiligung nicht-staatlicher "global players", der sogenannten "**Zivilgesellschaft**", notwendig.

Aus dieser Überlegung heraus wurde das "**Forum Globale Fragen**" im April 1999 vom Bundesminister des Auswärtigen, Joschka Fischer, im Beisein von UNO-Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen. Es dient als **Plattform** des Auswärtigen Amtes für den Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft. Dieser Dialog zwischen staatlichen Akteuren und Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Kirchen, Wirtschaftsverbänden und Unternehmen befasst sich mit dem **Gesamtspektrum globaler Probleme**.

Dem hier dokumentierten sechste "Forum" gingen bereits fünf große Treffen voran, die ebenfalls in Broschüren dokumentiert sind.

Die **Gründungsveranstaltung** am 28. und 29. April 1999 galt dem Thema "**Globalisierung – Neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft in der Außenpolitik**". Ziel war es, die inhaltlichen Zusammenhänge einzelner globaler Fragen stärker herauszuarbeiten sowie nachhaltige, kohärente Lösungsansätze zu erschließen. Drei Themenkomplexe – "Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung"; "Frieden und Sicherheit"; "Partizipation und Legitimation" – wurden behandelt.

Das **zweite "Forum Globale Fragen"** fand am 6. und 7. Oktober in der Humboldt-Universität in Berlin statt. Es war dem Thema "**6 Milliarden Menschen – Bevölkerungswachstum als eine zentrale globale Herausforderung**" gewidmet. Der Direktor der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, Joseph Chamie, führte mit einer Rede in das Thema ein. Es folgte eine Diskussion mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Joschka

Fischer. Anschließend diskutierten ca. 200 Experten in vier Arbeitsgruppen Aspekte des Themenfelds.

Am 8. und 9. Mai 2000 fand im Auswärtigen Amt in Berlin das **dritte Forum** zum Thema "**Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft**" statt. Die Konferenz wurde von Staatsminister Dr. Ludger Volmer eröffnet. Unter den Teilnehmern waren die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, die Sonderberaterin des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Frauenthemen, Frau Angela King, und die Exekutivdirektorin von UNIFEM, Frau Dr. Noeleen Heyzer. Die über 200 in- und ausländischen Gäste kamen wieder von Nichtregierungsorganisationen und aus Politik und Wirtschaft. Die Veranstaltung wurde zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt. Im Hinblick auf die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen "Frauen 2000" vom 5. bis 6. Juni 2000 wurden dabei in einem ergebnisorientierten Austausch praktische Erfahrungen und neue Lösungsansätze zur Verwirklichung der Gleichberechtigung erörtert.

Das **vierte "Forum Globale Fragen"** am 24. und 25. Oktober stand unter dem Eindruck des Millennium-Gipfels der Vereinten Nationen und das Thema lautete daher "**Die UNO stärken, neue Impulse nach dem Millenniums-Gipfel**". Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Bundesaußenminister Fischer, der in seiner Rede auf den Millenniums-Bericht des VN-Generalsekretärs einging und die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den VN und der Zivilgesellschaft sowie transnationaler Wirtschaftsunternehmen hervorhob. Zu den Rednerinnen und Rednern gehörten auch die stellvertretende VN-Generalsekretärin Louise Fréchette und der Sonderberater des VN-Generalsekretärs John Ruggie. Auf diesem Forum wurde das "Global Compact"-Projekt diskutiert, was auch Thema des fünften Forums gewesen ist.

Am 25./26. Juni 2001 widmete sich das fünfte Forum Globale Fragen - durchgeführt im Zusammenarbeit mit der Stiftung Entwicklung und Frieden - den "**Neuen Globalen Partnerschaften**" zwischen den Vereinten Nationen und der Wirtschaft. Mit dem Beigeordneten Generalsekretär der VN, Michael Doyle, wurde über die "Global Compact"-Initiative von VN-Generalsekretär Kofi Annan, über neue Modelle für die Zusammenarbeit von Staaten, internationalen Organisationen und Unternehmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sowie über die auf deutschen Vorschlag von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution "Auf dem Weg zu neuen Partnerschaften" diskutiert. Die fünfte Veranstaltung war zugleich Anlass, eine Bilanz der bisherigen Arbeit des Forums zu ziehen und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

Die vorliegende Broschüre über das sechste Forum Globale Fragen zum Thema "Globalisierung und Kommunikation" dokumentiert wiederum die Beiträge der Panelisten und den Diskussionsverlauf. Für die Mitarbeit beim Erstellen des Manuskripts dankt das "Forum" Frau Ursula Bergermann, für die redaktionelle Betreuung gebührt besonderer Dank Frau Susanne Berghaus und Frau Johanna Mantel.

Eröffnung durch Staatsminister Dr. Ludger Volmer

Sehr verehrter Herr Generalsekretär!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zur Eröffnung des sechsten "Forum Globale Fragen" begrüße ich Sie herzlich. Ein besonderes Wort des Willkommens möchte ich an Sie, sehr verehrter Herr Generalsekretär, richten und Ihnen dafür danken, dass Sie sich bereit erklärt haben, den Hauptvortrag - die "*keynote address*" - zu halten. Wir sind auf Ihre Ausführungen, auf den Standpunkt der OECD zum Thema dieses Forums, "Globalisierung und Kommunikation", sehr gespannt.

Die tragischen Ereignisse vom 11.09. haben unsere Welt verändert. Die furchtbaren Terroranschläge vor mehr als zwei Monaten in New York und in Washington haben nicht nur Amerikaner, sondern Menschen aus über 80 Ländern, Angehörige aller Weltreligionen und Kulturen, getroffen. Deshalb muss es ein gemeinsames Anliegen der Menschheit sein, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Seit dem 11. September ist eine neue Koalition entstanden. Nun muss sie sich zu einer dauerhaften Partnerschaft entwickeln. Für den notwendigen Kampf gegen den Terrorismus wird der Bundestag - da bin ich zuversichtlich - morgen die erforderlichen Beschlüsse fassen. Der deutsche Beitrag ist auch Ausdruck unserer Bereitschaft, so hat es der Bundeskanzler schon letzte Woche im Bundestag erklärt, "der gewachsenen deutschen Verantwortung in der Welt durch konkretes Handeln Rechnung zu tragen". Dies, so der Bundeskanzler, "geschieht auch im eigenen deutschen Interesse".

Wir müssen die ganze Bandbreite der Ursachen und Hintergründe analysieren, die zu solchem Terror geführt haben. Hierbei ist eine ganz unmissverständliche Klarstellung zu machen: Wir kämpfen zusammen gegen den internationalen Terrorismus und nicht etwa gegen den Islam. Dem Terrorismus und den ihm zugrundeliegenden fanatisch orientierten Fundamentalismen gleichgültig welcher Herkunft müssen wir den "Dialog der Kulturen und Religionen" entgegensetzen. Dabei geht es um eine geistige Auseinandersetzung und ehrliche Verständigung über die Werte, die uns in der internationalen Völkergemeinschaft verbinden. Unsere gemeinsamen Werte wurzeln in allen unseren Kulturen, und die reiche Vielfalt unserer Kulturen ist ein kostbarer Schatz, der uns allen gehört. Deswegen verlangt das gegenseitige Verständnis Respekt, Toleranz und Offenheit.

Der Dialog der Kulturen muss zu Hause beginnen, und innerhalb der Kulturen selbst. Nur wenn er frei und ohne Zwang geführt wird, kann er auch fruchtbar sein. Für uns bleiben die Menschenrechte die unverzichtbare Grundlage dieses Dialoges: Das sind universelle, keineswegs nur westliche Werte. Sie sind in der Charta der VN und in den Menschenrechtspakten niedergelegt und von allen Staaten akzeptiert.

Wir sind entschlossen, in den entsetzlichen Ereignissen des 11. September die Chance zu einer neuen Phase internationaler Kooperation zu ergreifen, um vor allem auch die drängenden Probleme der armen und ärmsten Staaten in allen Teilen der Welt anzugehen. Der Kampf gegen den Terrorismus muss nicht zuletzt auf der Einsicht gründen, dass wir in den wohlhabenden Industrieländern auf Dauer nicht jenseits der Konflikte in den Ländern des Südens sicher oder gar unberührt leben können. Wir können dies auch aus moralischen Gründen weder tun noch verantworten. Fast ein Viertel der Menschheit hungert; 95 Prozent der an Aids Infizierten leben in Entwicklungsländern. Bis heute profitiert weltweit nur eine kleine Minderheit von den Wachstumschancen der Globalisierung und von der Teilhabe an den neuen Informationstechnologien.

In der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, die die Staats- und Regierungschefs der 189 Mitgliedstaaten vor über einem Jahr in New York feierlich verabschiedet haben, heißt es:

"Wenngleich die Globalisierung uns große Chancen öffnet, so sind doch die mit ihr einhergehenden Vorteile ebenso auch wie ihre Kosten gegenwärtig sehr ungleich verteilt. Wir erkennen an, dass die Entwicklungs- und Übergangsländer besondere Schwierigkeiten überwinden müssen, um dieser zentralen Herausforderung zu begegnen..."

In der Erklärung heißt es weiter:

"Die Verantwortung für die Gestaltung der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie die Bewältigung von Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit muss von allen Nationen der Welt gemeinsam getragen und multilateral wahrgenommen werden."

Dabei, müssen die Vereinten Nationen die zentrale Rolle spielen. Mehr denn je geht es deswegen darum, die feierlichen Beschlüsse endlich in konkrete Taten umzusetzen. Wir müssen jedoch offen bekennen: Die Industrieländer haben längst noch nicht alle ihre Absichtserklärungen zugunsten der armen und ärmsten Länder der Welt erfüllen können. Sie müssen deshalb noch stärker den Entwicklungsländern bei der Überwindung der Armut zu helfen, aber auch deren Fähigkeit zu "good governance" und zu mehr eigenverantwortlichem Handeln fördern. Ein weiterer Schuldennachlass für die ärmsten Länder, die konsequente Öffnung der Märkte, die Unterstützung des Aids-Fonds der VN ebenso wie des Ziels, die extreme Armut bis 2015 zu halbieren, stehen dabei an vorderster Stelle. Dazu gehört auch der entschiedene Einsatz für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Der bevorstehende Umweltgipfel in Johannesburg muss in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung und der besseren Schonung unserer Ressourcen ganz gewaltige Schritte nach vorne machen.

Vor einigen Tagen hat die erfreuliche Einigung auf der Klima-Konferenz in Marrakesch dazu beigetragen, dass das Kyoto-Protokoll nun hoffentlich nächstes Jahr in Kraft treten kann. Bei der Ministerkonferenz der WTO in Doha konnten ebenfalls nicht unwesentliche Fortschritte erzielt werden. Die Aufnahme von China und Taiwan machen die Welthandelsorganisation noch umfassender. In der WTO gibt es keine "Diktatur der Reichen"; dort hat jede Nation ein Veto. Generalsekretär Johnston hat in einem Artikel vor drei Wochen geschrieben: "It takes more than two to tango in the WTO system". Und er hat zu Recht von Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen mehr "leadership" gefordert. Dabei obliegt es den westlichen Industrieländern, endlich ihre stark abgeschotteten Märkte weiter für die Entwicklungsländer zu öffnen. Alles in allem hat die gerade zu Ende gegangene WTO-Konferenz die Chance genützt, etwas für den "guten Namen" der Globalisierung zu tun.

Nach dem 11. September hat sich weltweit ein spürbar stärkeres Bewusstsein für die multilaterale Kooperation, insbesondere unter dem Dach der Vereinten Nationen, entwickelt. Schon vor einigen Monaten hat der Deutsche Bundestag erklärt: "Regierungen, internationale Institutionen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen mehr denn je netzwerkartig und kooperativ zusammenarbeiten, um die Achtung der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Demokratie voranzubringen." Der Deutsche Bundestag hat

darüber hinaus mit der Einsetzung der Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderung und Antworten" eine außerordentlich begrüßenswerte Initiative zur Auseinandersetzung mit der Globalisierung ergriffen. Die Kommission hat vor einigen Wochen einen inhalts- und ideenreichen Zwischenbericht vorgelegt. Ihr Vorsitzender, Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, sollte morgen das Einführungsreferat zum Abschlusspanel halten. Wir hatten uns schon auf seine Analyse des Globalisierungsprozesses gefreut; er kann sie nun leider wegen der Teilnahme an der Bundestagssitzung nicht selbst vortragen.

Die Bundesregierung setzt sich für eine aktive Mitwirkung Deutschlands an der multilateralen Politik - und dies vor allem in den VN - ein. Dazu haben wir auch eine Reihe von Initiativen eingebracht. Die von uns im letzten Jahr lancierte Resolution in der Generalversammlung zu "Neuen Globalen Partnerschaften" zielt auf die volle Einbeziehung der Privatwirtschaft bei der Verwirklichung von Zielen der VN. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch die "Global Compact-Initiative" von VN-GS Kofi Annan. Wir haben diese Thematik schon auf den letzten beiden Foren unter Beteiligung von Unternehmen, Nicht-Regierungsorganisationen und hochrangigen Vertretern der VN ausführlich behandelt. Ich freue mich, dass viele weltweit operierende deutsche Unternehmen dem Appell von Kofi Annan bereits gefolgt sind, in ihren Betrieben und Einflussbereichen die neun Prinzipien des "Global Compact" - grundlegende Menschenrechte sowie die wesentlichen Umwelt- und Sozialstandards - freiwillig zu beachten.

Vor einem Jahr haben wir auf dem vierten Forum erstmals auch die neuen technologischen Möglichkeiten und Risiken des Internet eingehend und kontrovers diskutiert. Dieses Thema hat seither zweifellos noch an Bedeutung gewonnen. Wir sind dankbar dafür, heute und morgen die Diskussion über die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) mit ausgewiesenen Sachkennern fortsetzen zu können. Das Internet verändert das Leben der Menschen, die wirtschaftlichen Prozesse und das gesellschaftliche Zusammenleben insgesamt weit über die herkömmlichen Grenzen und Beschränkungen hinaus.

Deshalb wollen wir uns die Fragen stellen:

- Wie betrifft diese dramatische Kommunikations-Revolution die Menschen?
- Wer kann sich die neue Technologie eigentlich leisten?
- Was für Regeln braucht die globale Kommunikation, damit der Zugang zum Internet und die tatsächliche Teilhabe an seinen Vorteilen und Möglichkeiten gewährleistet ist?

Wo die Ärmsten leben, etwa in den Dürrezonen Afrikas, gibt es kein Postamt und keine Telefonkabine. Dort ist Kommunikation noch das unmittelbare persönliche Gespräch. Die Notwendigkeit ist offenkundig, gerade in den Ländern der sog. "Dritten Welt", erhebliche, zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen, um zeitgemäße Informationsnetze zu schaffen. Der Weg dahin ist aber noch sehr, sehr weit. Die Zahlen ernüchtern: Von den über sechs Milliarden Menschen auf unserer Erde haben deren vier nicht einmal Zugang zu einem Telefon. Die "Dritte Welt" ist von der "Ersten Welt" nicht nur durch einen digitalen, sondern eigentlich noch durch einen "vor-digitalen" Graben getrennt. Auf unserem Forum wollen wir versuchen, Antworten und vielleicht auch Lösungsvorschläge zu diesen immensen Problemen zu formulieren:

- Wer kann den Ländern des Südens schnell und wirksam helfen?
- Welche internationalen Organisationen können am besten konkret dazu beitragen, die "digital divide" zu überwinden?
- Die G8 haben mit ihrer im letzten Jahr eingerichteten "Digital Opportunities Task Force" (DOT Force) und die VN unlängst mit der "Information and Communication Task Force" (ICTF) sehr nützliche institutionelle Schritte dazu gemacht. Ich freue

mich, dass uns heute Nachmittag der Sonderberater des VN-Generalsekretärs, Pekka Tarjanne, über den Stand der Arbeit der ICTF informieren wird.

Bei dem Thema globale Kommunikation sind zahlreiche Einzelfragen zu klären:

- Sind übergreifende politische Regelungen nötig?
- Sollten hierzu Regelungen, auch juristischer Natur, vor allem durch die VN gefunden werden oder sind regionale Lösungen eher sinnvoll?
- Ist es überhaupt noch möglich, die eigendynamische Entwicklung der global wirksamen Marktkräfte zu kanalisieren?
- Folgt daraus eine - allerdings noch genau zu definierende - Rollenverteilung zwischen dem privaten Sektor, den Regierungen und internationalen Entwicklungsorganisationen wie auch der Zivilgesellschaft?

Nötig sind jedenfalls viel deutlichere Vorstellungen darüber, was für Leistungen die Informations- und Kommunikationstechnologie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern des Südens eigentlich erbringen kann. Darüber hinaus bedarf es einer differenzierten Prüfung der Vorbedingungen - nicht zuletzt auch kultureller Art - in den doch höchst unterschiedlichen Ländern. Die kühne Vision einer umfassenden globalen Kommunikation, an der alle gleichberechtigt teilnehmen können, braucht für ihre Verwirklichung also noch sehr gründliche Vorarbeit. Ich wünsche mir, dass unser Forum ein wenig dazu beitragen kann.

Dieses Forum findet in einer kritischen Zeit statt. Wir alle müssen uns der Verantwortung stellen, aus dem 11. September die richtigen Schlussfolgerungen für eine Politik globaler Solidarität und Kooperation zu ziehen. Wenn uns das gelingt - jedem an seiner Stelle, im Rahmen seiner Legitimation und seiner Leistungsfähigkeit -, wenn wir es schaffen, gemeinsam eine solche Politik in die Tat umzusetzen, wenn wir schließlich erfolgreich unsere elementaren gemeinsamen Werte und Überzeugungen nutzen, um die Welt sozial und ökonomisch gerechter zu gestalten, dann wird es uns auch gelingen, dem Terrorismus auf Dauer wirkungsvoll entgegenzutreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für heute und morgen wünsche ich Ihnen gute und ergebnisreiche Diskussionen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Hon. Donald J. Johnston, Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Mr. Chair, Minister Volmer, distinguished guests, ladies and gentlemen. I am very pleased to be able to make the introductory remarks for this Forum. Its topic is both timely and important. I would like to help launch this forum by first discussing what the OECD thinks about the policies required so that electronic commerce will make its full contribution to what we call the "New Economy". Second, I would like to address the problem of the so-called digital divide, particularly between the developed countries and the emerging and developing world. Finally, I will emphasise the need for intensified international cooperation.

The Digital Economy

Communication is a driving force of the New Economy. New Information and Communication Technologies (ICT) and their applications, such as electronic commerce, will be one of the bases for a resurgent global economy. The terrorist attacks of September 11 and the continuing terrorist threat have shaken the confidence of governments, businesses and citizens alike. But even before the outrages of September 11, the world economy had begun to slow and commentators and policy makers were beginning to rethink their enthusiasm for the “New Economy”.

The long expansion in many countries during the 1990s generated a lot of hype about the benefits of a New Economy. But we must look beyond the hype and look at the fundamentals. The evidence suggests that something new is indeed taking place. Investment in information and communications technologies (ICTs), connectivity and the growth of electronic commerce have been key elements in the expansion of e-business and the “digital economy”. These developments, along with policies to enhance human capital, innovation and entrepreneurship make up the key platform for the New Economy.

Part of the OECD’s work is to promote trade and investment and to identify policies that will help economies be ready to take advantage of new opportunities and adjust to the change. Earlier this year the OECD delivered the results of a two-year study on growth and the New Economy. This work helps governments meet challenges posed by e-business and the digital economy. As Nobel laureate economist Robert Solow so famously put it back in 1987 “computers were everywhere except in the productivity statistics”. But by the end of the 1990s evidence of IT-led productivity growth was emerging. Many economists began to argue that after years of investment in IT, a New Economy was finally around the corner. Were connectivity, the Internet and “e-business” the missing pieces of the puzzle? The OECD study on the components of the New Economy suggests that in some countries IT has indeed played a significant role.

Connecting through the net

Despite the current economic slowdown, and the accompanying hard landing for “dot-com”s, the Internet continues to grow strongly. Internet subscriptions, the number of host computers and, significantly, the number of secure servers (which are needed for electronic commerce transactions) have grown unabated - even though the Nasdaq and other indicators of technology stocks have fallen back from their peak in the Spring of 2000. A recent study from Dr. Lawrence Roberts, a respected Internet expert, tells us that Internet traffic continues to expand, growing by a factor of four in the first part of this year. The growth in the volume of business-to-consumer electronic commerce has flattened out in some countries, in line with a general weakening of consumer confidence. But, while some of the many pure “dot-coms” have suffered – or disappeared altogether, others - more familiar firms and established brand names, are still expanding their Internet operations very effectively.

On the business to business side, activity is still growing as firms seek internal efficiencies and improvements in the management of relations with suppliers and customers. Governments all over the world are still vigorously pursuing “e-strategies” to improve administration, build government-citizen connections and deliver better services faster, simpler and cheaper. The OECD is launching a project on e-government to identify best practices.

Results for productivity

Most significant, the OECD has confirmed that the use of ICT can boost productivity right across the spectrum of industries. However, one of our key findings is that these improvements depend on combining new uses of ICT with organisational change and effective utilisation of labour.

The right policy set

The OECD is recommending to Member governments an integrated policy strategy with five components in order to take best advantage of the IT component of the new economy:

First: Get the fundamentals right. Today's economic environment depends as much as ever on sound macroeconomic and structural policies, well-functioning markets, competition and openness to trade. Government is one of the key players, especially to ensure that the benefits are widely shared.

Second: Facilitate the development of the e-economy by promoting diffusion of Information and Communications Technologies. This means providing access for users to the essential communication networks and services, including by accelerating and deepening the liberalisation process. Competition matters! It means establishing a stable and predictable non-discriminatory regulatory framework for taxation and trade. It means working with business to build consumer confidence and trust in the e-economy. Governments must provide a good example, by doing e-business and by becoming e-government.

The third element of an integrated strategy to enhance the contribution of ICT to growth is to foster market-driven innovation through support to fundamental research and to promote industry and university links.

The fourth element I would like to mention is the human factor. E-commerce is a quintessential expression of the knowledge economy. Policies to better deploy and develop human resources and skills are needed to promote growth. Strengthen education and training!

Fifth and finally, I would note the need to stimulate entrepreneurship, firm creation and growth by improving access to high-risk finance. And of equal importance, reduce red tape on all firms (not just the SMEs).

Digital divide

At the same time, the New Economy poses a major challenge: how to make sure that all countries - developed and less developed alike - use these new technologies and benefit from them. The WTO Ministerial at Doha a few days ago reminded us of the need to maintain our efforts to expand international trade and to ensure that the benefits of globalisation are shared by all. In this effort, information and communications technologies – and the digital economy and information society built upon them – provide us with a unique opportunity.

Development divide

The danger of a widening difference between countries taking advantage of ICT and others that are not is popularly called the "digital divide". The digital divide between most developed countries and the emerging market countries is real. In fact, it is part of a wider, more general development divide. But the possibility to use ICT to reduce and eventually close the development gap is also real. In this world of plenty, 1.2 billion people survive on

less than one US dollar per day and a further 1.6 billion on less than two dollars. Some 840 million people are severely malnourished and nearly a billion adults are illiterate.

For many years we have struggled with approaches to the alleviation of poverty. Frankly, I find it discouraging that as early as 1969 the UN Commission on International Development, chaired by Lester B. Pearson, produced a report entitled “Partners in Development” which outlined a comprehensive strategy for international development. The framework is as valid today as it was in 1969. But, in my opinion, it has only been implemented in a fragmentary way. Among its recommendations, the Commission concluded that a major effort is needed to revitalise education and increase the capacity to absorb, adapt and develop scientific and technical knowledge in developing countries.

Our challenge is to find ways to ensure that ICT can be used to achieve the development objectives we have been pursuing for over half a century with limited success. How can developing countries best participate in the digital opportunities that lie ahead? The use of technology requires much more than simple availability. My message today is that bridging the digital divide requires good governance, technology and learning or, if you like, competent well trained people.

The digital divide quantified

The digital divide is real. Look at Internet usage: 95 per cent of Internet hosts and secure servers used for electronic commerce are located within the OECD area. Over 60 per cent of the adult population of Norway use the Internet, while less than 3 per cent do so in countries such as Indonesia and Ukraine. The United States figure is a little under 60 per cent. Germany comes in at between 35 and 40 per cent as do the U.K. and France, with Italy a little lower at 30 per cent. (Surprisingly, some non-OECD countries are well ahead of the “European big four”, such as Singapore Hong Kong, Israel and Taiwan.)

In terms of access to telecommunication services, the gap between rich and poor countries is striking. OECD countries, which account for less than 20 per cent of the world’s population, have two-thirds of all access channels and 77 per cent of all mobile subscribers.

The G8 DOT Force

Clearly the G8 saw ICT as an important tool in pursuing development. A source of increased wealth for developed and developing countries alike. This issue was addressed at the Okinawa Summit in 2000 and resulted in the DOT Force – the Digital Opportunities Task Force - to which the OECD contributed. The conclusions were presented to G-8 leaders at the Genoa Summit a few months ago. There were nine Action Points in the DOT Force Report presented to the Genoa Summit, among them:

- Improve connectivity, increase access and lower costs;
- Enhance human capacity development, knowledge creation and sharing;
- Establish and support universal participation in addressing new international policy and technical issues raised by the Internet and ICT;
- Establish and support dedicated initiatives for the ICT inclusion of Least Developed Countries.

How is this to be done in developing countries where there is no infrastructure, or only very limited infrastructure? How will it be built? Infrastructure needs in developing countries - not only in ICT - are huge: estimates run into trillions of dollars over the next

few decades. Public money alone will not be in a position to match these needs. In my view, the starting point must be “good governance”, or, as Jim Wolfensohn puts it in his Comprehensive Development Framework (CDF), “good, clean governance”. It is truly the fundamental infrastructure that all developing countries need if they are to obtain the private investment necessary for extensive use of ICT. This means more than the elimination of corruption. Application of the rule of law, market liberalisation, fair competition, an appropriate regulatory framework, a well functioning financial sector, and so on, are all part of that good governance infrastructure. In the developed countries, slow take-up of the Internet by firms as well as individual citizens is usually due to the high costs of telecommunication services due to the lack of effective competition – I mean market liberalisation.

The OECD has stressed the importance of market liberalisation in telecommunications for over fifteen years. At first, there were difficulties to convince the Member governments to let go of their state-run monopolies. Members were concerned that competition would lead to the loss of universal service and deprive people in rural districts. Jobs would be lost. Operators would not be able to generate the revenues they needed to invest in infrastructure. Or, there would be duplication of competing infrastructure. It was a “natural monopoly”.

However, none of these terrible things happened. In the OECD, opening telecommunication markets to competition has led to more investment, new services, lower prices and higher penetration in the economy and society and higher usage. In short, massive improvement of the infrastructure for the digital economy and information society and – by some measures significant closing of the digital divide between sectors of society within countries. Competition has resulted in more and cheaper access to the Internet, but, of course, in the developed world much of the basic infrastructure was already in place.

But what about the developing world? Can good governance and competition work for them? Let me give you the example of Sri Lanka. In 1995, Sri Lanka, a low-income country, had one of the lowest access line penetrations in the world, with just one telephone line for every 100 inhabitants. The long-running civil ethnic strife was sapping the economy and prospects were hardly promising. However, in 1996 the Government of Sri Lanka took the bold decision to liberalise the provision of fixed and mobile infrastructure for telephones. The country reached a figure of more than 6 telephone lines per 100 inhabitants within 4 years. New entrants not only bring much needed capital and skills but also stimulate the incumbent to expand service and increase efficiency. A critical element in this success was the governance provided by a strong and independent regulator.

Governance is absolutely key to establishing availability, accessibility and affordability. But a last prerequisite to closing the digital divide between countries and within countries is capability. Capability - or education - is a primary area of public responsibility. But I will leave this immense and important topic for a different speech. If developing country governments can educate their people, build good clean governance, apply the rule of law, and liberalise telecommunication markets, then private investment will come. The digital divide will start to close.

International co-operation

Individual countries must take the decisions to move forward the legal, regulatory and education agendas. But international co-operation and sharing experience - the daily

operating method of the OECD, and the objective and method of this conference - can help all our governments avoid mistakes and adopt "best practices". In addition, many issues concerning ICT are by nature international. E-commerce itself is inherently international. Building a framework for the use of ICT can only be done through international co-operation, for example, by setting guidelines or standards to foster consumer confidence in international e-commerce.

The OECD's expertise in this area is well recognised and our Members want to share this experience and expertise as widely as possible. Because OECD is a permanent intergovernmental conference with advisory bodies from business and labour, OECD can and does facilitate an open and informed dialogue among policy makers, scientists, business, and other stakeholders, across and beyond the OECD. In the area of "e-issues" alone, we co-operate actively with over twenty international and regional bodies as well as some 70 countries outside OECD membership. "Outreach" by the OECD in this area, and the whole issue of global inclusiveness for the digital economy is now a high priority for the OECD. We co-operated with the DOT.Force, and stand ready to play our part in other valuable international initiatives such as the upcoming World Summit on the Information Society in 2003. The challenge, of course, is not only to reflect on how to build a fully inclusive and prosperous information society for the future, but also to match words with action. This Forum is an important part of this process. Let me, on behalf of the OECD, reiterate my thanks to our hosts and wish you a very successful and stimulating Forum.

Diskussion:

Moderation: *Hans-Heinrich Wrede, Arbeitsstab Globale Fragen*

Donald Johnston, nach Fragen aus dem Plenum zur Rolle von Informationen in der Bildung:

The question is on everybody's mind, and in view of education people we don't yet have the answer. ICT has proved to be an effective learning tool for young people in schools. And surprisingly the jury is still out according to our experts. But apart from this, of course, it is hard to believe that it can't be. I mean, it is almost impossible for any of us to believe that it can't be when you give people access to information bases and data bases and libraries and connectivity with themselves and so on. But nonetheless we don't yet know how effective these instruments are. It seems to me that one thing is clear: That we are currently involved in the OECD in a programme of student evaluation. You'll see the result probably with some fanfare in December. This has to do with the literacy of teenagers at age fifteen. But the real question now is, do we have teachers within the OECD system who are capable of maximising the potential of these instruments for the benefit of these students? We don't, as I say, I could go on a long time on this.

But one of the facts that is very disturbing is the decline in the teaching profession and the age in population of the teaching profession. One of our main priorities should be to ensure that teaching at pre-school, primary school and secondary school once again becomes a profession of choice. At the moment it is not. We have a very ageing teaching population and it is likely that with it, we are not getting the necessary skills to take advantage of the hardware and software that may be put in many of these schools. Now that's a suspicion I have when I put all these facts together. But I believe that with the right teachers, with wired schools etc., it will be possible. I should say that the numbers of computers per child which we have statistics on varies a good deal across the OECD. But it is coming up, this is one of the statistics we use but it really doesn't tell us how effective it is. It tells us how much is at disposal, how much investments have been made, but it doesn't really tell us

what the benefit is, what the full benefits of these instruments are in terms of teaching and learning.

Hans-Heinrich Wrede:

Secretary General, thank you so much for honouring us with your participation. We wish you a very good trip back home.

Panel 1: Wem gehört das Internet?

**Einführung: Prof. Dr. Claus Leggewie, Zentrum für Medien und Interaktivität,
Universität Gießen**

Die Frage, wem das Internet gehört, beantworten manche mit dem Namen eines Landes: den Vereinigten Staaten von Amerika. Falsch ist das nicht, solange das amerikanische Handelsministerium Zugriff auf den so genannten "A-Root-Server", das technische Herz des Internets, behält und keine transnationale Selbstregulierung zulässt. In den USA ist das Internet nicht erfunden, wohl aber durch industriepolitische Maßnahmen vorangetrieben und für den weltweiten elektronischen Handel ausgeweitet worden. Auf der Standspur des „information superhighway“ lief stets die „elektronische Demokratie“ mit, sie war sozusagen das Sahnehäubchen einer Internet-Nutzung, die im wesentlichen kommerziell und unterhaltungsorientiert ist. Dennoch soll man den Beteiligungsgedanken nicht gering achten, der auf eine alte amerikanische Tradition der „starken Demokratie“ (Benjamin Barber) zurückverweist, die wiederum auf einem Geflecht lokaler Gemeindedemokratien und Graswurzelbewegungen beruht. Stets war deshalb an das Internet die Hoffnung auf eine neue und gewiss kommerziell nutzbare Schlüsseltechnologie gerichtet, für manche sogar gekrönt mit der Vorstellung oder dem Versprechen der elektronischen Demokratie und der Utopie eines digitalen "town meeting" auf globaler Ebene. Und wenn schon vielleicht nicht globale Demokratie, so erhoffte man sich doch immerhin ein Netzwerk von "great good places", wie das Ray Oldenburg einmal ausgedrückt wird.

Soweit die Utopien der achtziger Jahre. Die heutige Wirklichkeit ist bekanntlich weit davon entfernt. Das Internet, das wir uns erträumt hatten, wird es nicht geben, und das Internet, wie wir es kennen, ist in Gefahr. Im Gang ist nämlich eine zunehmend privatkommerzielle Nutzung des Netzes unter der Regie großer transnationaler Medienkonzerne, die in oligopolistischer, teilweise in Richtung Monopol gehender Weise als Lieferanten von Software wie als Anbieter von Inhalten auftreten. Dies tun sie in einem Medienverbund und Format, die auf eine Konvergenz zwischen alten und neuen Medien und die Kolonisierung des Netzes durch das Fernsehen hinauslaufen könnten. Zum anderen steht, verstärkt seit dem 11. September, eine Renationalisierung des Internet auf der Tagesordnung. In doppelter Hinsicht könnten sich also Machtkonzentrationen aufbauen, welche das Netz an bestimmten ökonomisch-technologischen wie an politisch-administrativen Schnittstellen entscheidend von seiner Grundkonzeption und von der Gründungsphase entfernen werden.

Wenn das Internet also nicht allen und nicht niemandem gehört, wer wären mögliche Kandidaten für das, was man im rechtlichen Sinne den "Eigentümer" nennt? Das Eigentum als eine von mir oder von jemand anders rechtmäßig erworbene Sache – also die Informationelite? Die Medienkonzerne? Die Internet-Gurus? Immer noch die Internet Engineering Task Force oder ICANN? Die Staatsapparate? Die internationalen Regulierungsorgane, die sogenannten "Global Governance Organe"?

Die Netzhoffnung war, wie schon gesagt, das Internet als eine Art "Public Domain", als eine Wissens-Allmende, von allen für alle, die sich grenzenlos und nichtstofflich einfach dadurch ausbreitete, dass immer mehr Teilnehmer - "user", wie man heute sagt - an der internationalen globalen Kommunikation teilnehmen. Das Netz selbst generiert den virtuellen Raum - deswegen hat man das Ganze "Cyberspace" genannt - und erschafft eine soziale Realität, eine „Netzwerkgesellschaft“ (Manuel Castells). Gehen wir die Kandidaten näher durch, denen das Netz unter diesen Bedingungen „gehören“ könnte. Als erstes müssen wir dabei über den faktischen Netzzugang reden. Entstanden ist nämlich wider alle Hoffnungen der Erfinder und Pioniere eine scharfe digitale Kluft zwischen den "information-haves" und den "information-have-nots", das heißt: Wir haben eine ungleiche Nutzung sowohl innerhalb der reichen Industrieländer wie natürlich auch zwischen armen und reichen Ländern entlang der altbekannten sozial-strukturellen Verteilungsungleichheit: ungleich nach Bildung und Einkommen, Alter Geschlecht und Wohnort. Die Globalisierung, die uns hier als Thema vorgegeben ist, erweist sich eben auch im Hinblick auf die Kommunikation als das, was sie heute de facto ist: als insulär, als exklusiv, als zu wenig nachhaltig und auch als partizipationsunfreundlich.

Scheint unter diesem Aspekt die Möglichkeit des Zugangs wichtiger als Eigentumsfragen, so muss man gleichwohl bedenken, dass sich mittlerweile eine auch zunehmend privatkommerzielle Nutzung vor allem des World Wide Web (das ja nur ein Ausschnitt des Internet ist) durchgesetzt hat, die durch überwiegend transnational operierende Software-Anbieter, Telefongesellschaften, Medienkonzerne usw. gesteuert und „besessen“ wird. Also sind nicht nur Zugangsstrukturen zu beachten, auch proprietäre Eigentumsstrukturen werden zunehmend wichtig. Diese sind keineswegs verschwunden, sie haben sich vielmehr im Besitz der relevanten Informationsmittel reproduziert und, wie manche Kritiker sagen, noch potenziert. Die - in deutscher Terminologie ausgedrückt - öffentlich-rechtliche Struktur des Netzes wird immer weiter zurückgedrängt, auch im Lichte internationaler Handelsabkommen über geistiges Eigentum und Urheberrecht, Patente und Lizenzen. Gleichwohl bleibt die Fokussierung auf Zugangsmodalitäten wichtig. Die postmoderne Eigentumsordnung ist hier vielleicht analog zu der vormodernen Eigentumsordnung. Es kam in den nomadischen Gesellschaften nie darauf an, wie viele Kamele jemand besitzt oder wie viel Quadratkilometer Land, sondern darauf, wo Menschen und Kamele Zugang zum Wasser haben.

Auch die Techno-Struktur des Netzes selbst ist keineswegs, wie einmal von der Internet-Gemeinde konzipiert, herrschaftsfrei und egalitär - im Sinne eines deliberativen "rough consensus" und eines selbstevidenten "running code". Im Cyber Space wirkt vielmehr eine eingebaute, anonyme Herrschaftstopologie. Mein Kollege von der Stanford University, Lawrence Lessig, dessen Buch "Code" gerade ins Deutsche übersetzt ist, hat das "*code is law*" genannt. Die Architektur des Netzes ist das eigentliche Gesetz.

Das führt zu der Frage: Wer regiert das Internet? Das Internet als globales Kommunikationsinstrument und Globalisierungsmedium - damit meine ich ein Medium, das die Globalisierung selbst wesentlich vorantreibt - wird in erheblich geringerem Maße als andere internationale Regulierungsfälle durch nationalstaatliche Einrichtungen oder internationale Organisationen geregelt, sondern durch Einrichtungen wie ICANN, die die Domain-Namen-Institution regulieren soll und ohne direkte oder indirekte demokratische Legitimation sind. Es entwickeln sich hier also hochinteressante halbstaatliche oder gemischte "Global Governance" Strukturen im und über dem Netz, die nicht nur für Theoretiker der Internationalen Beziehungen hochinteressant sind. ICANN hat nicht zu überzeugen vermocht, viele nationale Registrierungsstellen fragen sich, wozu diese seltsame Firma in Ka-

lifornien überhaupt da ist und mit welchem Recht sie die Zahl der Top-Level-Domains so knapp hält.

Auch deswegen bemühen sich nationale Staatsapparate um die Rückgewinnung der Kontrolle von Informationsflüssen über ihre Grenzen hinweg. Sie richten Feuerwälle auf, sie versuchen, nationale Zensurmaßnahmen zu praktizieren. Gerichte versuchen das ebenfalls, wie das jüngste Urteil gegen *yahoo.fr* zeigt. Andere setzen auf Filtersysteme, die im wesentlichen auf freiwilliger Selbstkontrolle beruhen, zur Vermeidung von Pornografie und politischem Radikalismus. In bezug auf den 11. September wird natürlich das gläserne Internet noch viel stärker Wirklichkeit durch Überwachungsmaßnahmen und die Kryptografie-Problematik.

Ich habe bereits fünf Kandidaten genannt, denen das Internet „gehört“: die Informationselite, die privat-kommerziellen Medienkonzerne, die Technostruktur des Netzes, die Global Governance-Struktur und eben die nationalen Staatsapparate. Hier haben wir es mit einem interessanten Mischsystem von Zugangs-, Eigentums- und Verfügungsrechten zu tun, überdies mit einer transnationalen Arena von Einflussnahmen und Machtstrategien, die mit konventioneller Diplomatie und Außenpolitik kaum noch zu bearbeiten sein wird.

Lassen sie mich bitte noch zwei erläuternde Bemerkungen nachschieben. Erstens: Die Politik der Bundesregierung heißt erklärtermaßen "Internet für alle", um den globalen Graben und die digitale Kluft im Inneren zu verringern. Deswegen hat sie große und löbliche Anstrengungen unternommen, um die Informations-Infrastruktur in der Bundesrepublik und in Europa auszubauen: Schulen ans Netz, die gezielte Ansprache von zurückbleibenden oder benachteiligten Gruppen. Man hat diese insbesondere als "user", als Verbraucher von Information und Kommunikation angesprochen. Man hat das Ganze gewissermaßen mit einem demokratischen i-Tüpfelchen versehen, indem auch elektronisches Wählen über das Netz möglich sein soll. Wir haben mittlerweile eine ganze Reihe digitale Rathäuser und dergleichen virtuelle Dienstleistungsangebote. Es ist gewiss erforderlich, die digitale Kluft zu schließen, insbesondere im Nord-Süd-Verhältnis. Man muss aber auch bedenken, dass viele Menschen nicht deswegen nicht an der Netz-Kommunikation teilnehmen, weil sie nicht die Zugangsmittel haben, sondern weil ihnen die Inhalte, die im Netz sind, nicht ausreichend sind - weil es sie letztlich nicht interessiert. Es gibt eine große Zahl von "Tech-Nos" oder "Inter-Nots", die nicht deswegen nicht partizipieren, weil sie nicht können, sondern – zum Leidwesen der Netzanbieter - weil sie nicht wollen. Die Frage der Inhalte wird für die Diskussion über digitale Spaltung immer bedeutender und muss vor allem auch demokratie- und entwicklungspolitisch einbezogen werden kann. "Internet für alle", möchte ich damit pointiert sagen, ist eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für die Verwirklichung eines Netzes, wie es die Internet-Pioniere sich ursprünglich vorgestellt haben.

Die großen Medienkonzerne, die sich in immer stärkerem Maße Informationsmittel aneignen, haben ein anderes Verständnis vom Internet als die Pioniere der 70er und 80er Jahre. Das ist ihr gutes Recht, aber man muss eben die Unterschiede sehen, die zwischen dem Internet, wie es einmal gebaut worden ist, und einem Internet, was beispielsweise von AOL dominiert ist, vorhanden ist. Denn es unterscheidet sich insbesondere in seiner technischen Struktur dadurch, dass nicht, wie die ursprünglichen Erfinder des Netzes gedacht haben, die Intelligenz an der Peripherie, sozusagen an beiden Enden des Netzes, zu finden ist, bei Sendern und Empfängern, und das Network an und für sich gewissermaßen dumm ist, wie es wieder Larry Lessig ausgedrückt hat, sondern es unterscheidet sich dadurch, dass die Intelligenz, die "smartness", jetzt in das Netzwerk hineingegangen ist. Dadurch

verändert sich das Netz von einem *Pull*-Medium, wo jeder etwas herausziehen kann, zu einem *Push*-Medium, zu einem konventionellen Massenkommunikationsmittel, das insbesondere in Form des digitalen Fernsehens nicht weit entfernt ist von den Massenkommunikationsmitteln, die wir kennen.

Zweitens: Das Beispiel ICANN, obwohl es vom Scheitern bedroht ist und die weltweiten elektronischen Wahlen nicht das erhoffte Legitimationspolster gebracht haben, ist in vieler Hinsicht interessant als neuer Regulierungstyp, der vielleicht als Blaupause für einen anderen Politikstil in der internationalen oder transnationalen Politik in Erinnerung bleiben wird. Dagegen steht die jetzt viel diskutierte Renationalisierung des Netzes, oder wie es in einer Titelgeschichte des *Economist* hieß: "old style geographical borders are proving surprisingly resilient". Das Netz galt nun als ein klassisches Entgrenzungsmedium, als Motor der Globalisierung, als Ort, wo sich sogar die auswärtige Politik sich in "virtual diplomacy" übt und "public policy networks" an die Stelle nationaler Regulierungsinstrumente setzen. Ich hoffe, dass wir auch nach dem 11. September weiter daran arbeiten. Vielen Dank.

Reaktion der Panelisten und Diskussion

Moderation: Hans-Heinrich Wrede, Arbeitsstab Globale Fragen, Auswärtiges Amt

Ganz herzlichen Dank, lieber Herr Professor Leggewie. Sie haben eine inspirierende Einführung gegeben. Das, was ich verstanden habe, hat mir sehr eingeleuchtet. Lichtenberg hat einmal bemerkt, die Viertelstündchen dauern immer länger als 15 Minuten. Aber Sie waren sehr nahe dran an den 15 Minuten. Und jetzt freue ich mich sehr, das Wort Herrn Martin Cronenberg zu geben, der Leiter der Unterabteilung Informationsgesellschaft im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Martin Cronenberg, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Also zu dem leicht nostalgischen Blick auf das Internet doch einige Korrekturen: 1. Die Informations- und Kommunikationsbranche ist heute der vielleicht entscheidende Schlüsselfaktor für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung, einer der größten Wirtschaftssektoren überhaupt, und das Internet - die weltweit digital vernetzten Rechner - ist zunehmend die Basis. Das heißt, wir sehen es als zentrale politische Aufgabe an, die Rahmenbedingungen so zu setzen - im Inland, in Europa wie auch global -, dass die Wachstumspotenziale der neuen Technologie optimal ausgenutzt werden können und eine digitale Spaltung vermieden wird. Die Frage nach dem Eigentum scheint mir weniger bedeutend, wenn sie sich auf die Hardware bezieht, Router, Kabel, der ins Netz eingeloggte PC. Wichtiger ist, wem die Information gehört, die über das Netz angeboten wird? Die Antwort: Die Information gehört allen, soweit derjenige, der sie zur Verfügung stellt, sie allen zur Verfügung stellen will. Ich erwähne hier als Stichwort das Beispiel - Urheberrechtsgeräteabgaben versus Individuallizensierung im Einzelfall je nach Nutzen.

Weitere aus meiner Sicht zentrale Fragen sind in der Tat, wie Sie gesagt haben: Wer regiert das Internet? Vor allem: Ist seine Funktionsfähigkeit auch künftig gesichert? Wenn es *backbone* unserer Volkswirtschaft ist: Wird es bedarfsgerecht ausgebaut? Ist der Zugang kostengünstig, einfach, diskriminierungsfrei? Und bezogen auf die Inhalte: Werden die privaten und öffentlichen Rechtsgüter hinreichend und sicher geschützt (Jugendschutz, Datenschutz, Eigentum, Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität)? Das Internet ist dezentral, hat aber auch zentralisierte Institutionen. Ich nenne als Beispiel in der Tat ICANN und auf deutscher Seite die DENIC, eine Genossenschaft von rund 170 deutschen

Internet-Providern, die den Domain-Namen Code Country Top Level Domain.de verwaltet – erfolgreich, wie wir meinen, kostengünstig, der meistbenutzte *country code* weltweit, mehr als in den USA. Wir sehen hier, national zumindest, derzeit keine Notwendigkeit, regulierend einzugreifen. Was nun die Frage der Bewertung anlangt, muss man aus meiner Sicht klar differenzieren. Auf der einen Seite zwischen der rechtlichen Bewertung des "domain name" als solchen und dem Inhalt. Es wird immer viel diskutiert über die Frage der Vergabe von Namen. In Deutschland ist das System so, dass jeder jedweden Namen als Domain anwenden kann. Die einzige Voraussetzung ist, dass der Name noch nicht bei der DENIC registriert ist. Er wird dann automatisch aufgenommen. Es gibt nur wenige Ausnahmen, nämlich in den Fällen, in denen der Name selbst eine Straftat darstellt, ein Delikt ist, wird von Amts wegen der Name gelöscht, beispielsweise die Aufforderung zum Völkermord oder "domain names" nazistischen Inhalts.

Von dieser Frage völlig zu trennen ist die Bewertung der Inhalte. Da ist eindeutig, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Es gilt der Grundsatz: Was *offline* verboten ist, ist auch *online* nicht erlaubt. Es gibt - das muss man auch einräumen – bei der Durchsetzung dieses Grundsatzes Vollzugsprobleme. In der Diskussion kann ich vielleicht darauf einmal eingehen. Es gibt darüber hinaus eine - wie wir meinen: gelungene - europäische und deutsche Regulierung. In der nächsten Woche wird das neue Gesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr in Kraft treten, das eine abgestufte Verantwortlichkeit der verschiedenen Provider vorsieht. Auch darauf will ich im Einzelnen nicht eingehen. Ich will vielmehr noch einmal zusammenfassen, dass nach Auffassung des Bundesministeriums für Wirtschaft die Bewertung des Internets eindeutig positiv ausfällt. Es ist der Träger *der* Entwicklung zur weltweiten Wissens- und Informationsgesellschaft, *der* Träger wirtschaftlichen Wachstums von nicht zu unterschätzender gesellschaftlicher, politischer Bedeutung. Das heißt, eines der zentralen Ziele der Regierungspolitik ist es im Inland - aber auch, was nachher diskutiert werden wird, durch Teilnahme an internationalen Konferenzen und Aktionen im Ausland - zunächst einmal dafür zu sorgen, dass zumindest jeder die Chance erhält, sich des Internets zur Wissensvermittlung, zur Kommunikation und auch zur Transaktion zu bedienen; mit den Schwerpunkten Schule, Ausbildung, Weiterbildung. Ich verweise darauf, wenn es jemanden gibt, der interessiert ist, den Einstieg zu finden, dass wir einen neuen "domain name" haben mit dem Titel "www.netzwerkdigitalechancen.de". Dies ist eine Domain, die Ihnen ermöglicht für jeden Ihrer Wohnorte im Inland nachgucken zu können, wo es öffentlich zugängliche Internetzugänge gibt, in Bibliotheken und an sonstigen Stellen und wo Sie auch Rat holen können. Das heißt im Ergebnis die eindeutige Auffassung: Das Internet ist bei allen Risiken, die auch damit verbunden sind, per Saldo eine positive technologische Entwicklung, der man optimistisch entgegensehen kann, die genutzt werden muss und die ein erhebliches Potenzial bietet Wachstum und Beschäftigung voranzubringen. Vielen Dank.

Hans-Heinrich Wrede:

Ganz herzlichen Dank, Herr Cronenberg. Ich freue mich auf die Diskussion nachher. Ich darf nun das Wort an einen Gast geben, der uns von dem deutschen Direktor bei ICANN, von Andy Müller Maguhn vom Chaos Computer Club, empfohlen worden ist. Wir konnten nicht widerstehen, ihn einzuladen, und freuen uns, dass er heute bei uns ist, nämlich von "Bits of Freedom" aus den Niederlanden. Sie können es erläutern, Maurice Wessling.

Maurice Wessling, Bits of Freedom:

I am sorry I have to speak in English. Unfortunately, my German is not good enough. "Bits of Freedom" is a privacy and civil liberties organisation based in Amsterdam. So to whom belongs the Internet? I would say more questions are inherent. To nobody, to everybody, to

all users of the Internet. I would say it's an ideal and of course the reality is much more complicated. For me the key issue is that the importance of Internet for the world community requires that we block any single party from gaining a substantial power over the net, its protocols or its content. I think the Internet can only be a full success if it's an open, uncensored, standardised structure without dominance of any single party. In that sense, I would see the Internet as a "demilitarised zone". Which doesn't mean it's without rules or enforcement of rules. Corporations, governments and supranational bodies are in search of ways to control the net. Governments in Saudi Arabia and China are filtering and censoring Internet access in order to maintain stability of their government or to prevent their citizens from accessing material that they look upon as subversive or immoral. Other governments covertly intercept Internet traffic to spy on their civilians or those of their neighbouring countries.

User empowerment and education about safe Internet use are in need of more support, but mandatory labelling of content and filtering is certainly not a welcome development. Filtering of Internet traffic and filtering of Internet content will create new fences on the Internet, new walls and not solve the problems it is intended for. In my view it will only lead to an arms race, a technology arms race between governments and Internet users. Some corporations are trying to dictate their standards to the Internet users and to dominate the application market. These monopolies will give users less choice, increase the price of Internet access and concentrate decisions about the future of the net at corporate board rooms. As an example, Microsoft is dominating more than 90 percent of the desktop computers. From this dominance of their operating system they have taken the step to build in their own applications like Explorer, dominating the application market. The next step they are taking now is to make their desktop into a portal which leads to subscription services and using services like passport.com as a generic service for Internet e-commerce. Microsoft wants to become a central facilitator in e-commerce services. And Microsoft's power over the PC market could very well evolve in evenly strong dominance over the Internet, where it will be in the position to dictate standards. And as we heard in the introduction "code is law", so I would say if code is law, a dominant code producer can dictate law. This is a very bad scenario and I think governments should very seriously reflect on how to prevent such a situation of severe market dominance. And as the recent court cases in the USA have shown, tackling such market dominance requires political will.

Let me finish with a few points about democratic control. The initiatives for democratic control of the Internet, of its supranational bodies and of its regulations are evolving painfully slow. Very recently, a cyber crime treaty has been developed in the Council of Europe but without an open process that includes for example civil society. And on the other hand the outcome of the large membership at ICANN is very uncertain as some powers seem to worry about the practical consequences of democracy. I hope these few points about filtering, about market dominance, about the very slow and inadequate democratic control of supranational bodies are some fuel for discussions. And I hope we can still answer the question to whom belongs the Internet as it in itself being a wrong question. Thank you.

Hans-Heinrich Wrede:

Herzlichen Dank. Jetzt darf ich Holger Sievert von der Bertelsmann-Stiftung bitten, seinen Beitrag zu leisten. Ihm habe ich besonders zu danken, da er sehr flexibel war, von der Moderatoren-Rolle in die des Panelisten zu wechseln.

Dr. Holger Sievert, Bertelsmann Stiftung:

Ich möchte das Thema "Wem gehört das Internet?" gerne anhand von drei Spannungsfeldern aufgreifen, die auch in den bisherigen Statements aufgekommen sind und die für mich die Problematik auch im Hinblick auf unsere weitere Konferenz ganz gut beschreiben. Das erste Spannungsfeld ist für mich das Spannungsfeld zwischen Eigentum und Besitz, das zweite herrscht zwischen Sicherheit und Freiheit und das dritte zwischen Realität und Virtualität.

Zunächst zum Eigentum, und auch im Hinblick auf das bereits Gesagte, wirklich nur ganz kurz einige Thesen. Wenn man die juristische Unterscheidung zwischen Eigentum und Besitz nimmt, dann muss man sich darüber im klaren sein, dass Eigentümer dieses Netzes, das über einen sehr langen Prozess mit vielen Erfindern und Verbesserern entstanden ist, zunächst einmal wirklich alle sind. Also nicht eine einzelne Firma, nicht diejenigen, die Server besitzen, auch nicht diejenigen, die den „content“ bereitstellen. Letztlich ist Eigentümer des Netzes in irgendeiner Form die Menschheit. Ich würde sogar sagen, dass man darüber nachdenken müsste, inwieweit das Internet letztlich in die Kategorie der „global public goods“, der globalen öffentlichen Güter gehört, mit all der Problematik, die das auch auf ganz anderen Feldern hat. Insofern spitzt sich das auf die Frage des Besitzes zu. Also wer ist konkret im Moment derjenige, der es in der Hand hat, und wer nutzt es in dem Umfeld auch? Dann ist es hilfreich, das noch mal aufzufächern, insbesondere, wenn man die von Herrn Wessling angesprochene Frage der Gefahr, dass eine "substantial power" die Macht über das Netz übernehmen könnte, bedenkt. Im Englischen gibt es keine eins-zu-eins-Übersetzung für das Wort "Netz". Zumindest drei Begriffe spielen dabei eine Rolle, nämlich "net", "web" und "grid". "Net" bezeichnet, bezogen auf das Internet, die Einzelkommunikation, die auf Bereiche wie E-mail, "chat rooms", Austausch und andere Dinge zielt. Hier gibt es zwar eine gewisse Standard-Software, die sich durchgesetzt hat, aber bei der Frage nach Besitz und Kontrollnotwendigkeit haben wir die Situation, dass dieser Bereich sehr dezentral funktioniert. Wenn ich über das "web" rede und darüber, was sozusagen herunterladbare und aufgemachte Inhalte sind, dann haben wir in der Tat die Gefahr, die Herr Leggewie vorhin auch angesprochen hat, dass es nämlich zunehmend mehr Großeigentümer gibt, die zumindest in der Art, wie sie die Inhalte bündeln und weitervertreiben, einen sehr starken Besitzanspruch bekommen. Wenn ich schließlich das "grid" nehme, also die gemeinsame Nutzung von technischen Ressourcen, dann habe ich da sicherlich auch eine sehr dezentrale Struktur. Man sieht das an dem Beispiel von Yahoo, wo ein paar Millionen "user" auf der ganzen Welt einen Bildschirmschoner auf ihrem Computer zu Hause runtergeladen haben, der einem Teleskop in Puerto Rico hilft, seine Daten auszuwerten. Dies stellt dezentrale Rechner-Nutzer-Leistung dar. Das heißt also, in diesem ersten Spannungsfeld von Eigentum und Besitz und der Frage nach den Nutzern des Netzes gibt es unterschiedliche Felder, wo ich glaube, dass Aktionen notwendig sind.

Das zweite Spannungsfeld besteht zwischen Sicherheit und Freiheit. Gerade im mittleren Bereich, also im Bereich Web, merken wir zunehmend, dass die Nutzer sich Sicherheit wünschen, gleichzeitig aber im ersten Bereich des "net" Umfelds sehr stark über mögliche Sicherheitsstandards, über die Frage, inwieweit E-mails kontrolliert werden sollen, diskutieren. Das heißt, es geht darum, ein Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit zu schaffen. Wenn man auf die Sicherheitsseite setzt, muss man daher auch sehr stark daran arbeiten, dass hinter dieser Sicherheit wiederum eine Kontrollinstanz steht.

Das dritte und letzte Spannungsfeld schließlich besteht zwischen Realität und Virtualität. Herr Leggewie hat zu Recht betont, dass die Frage: "Wem gehört das Internet?" genauso gut lauten könnte: Wem gehört eigentlich die Welt? Mein Eindruck aus sehr vielen Bera-

tungsprojekten unserer Stiftung ist, das mag banal klingen, dass es auf der einen Seite die reale Welt gibt und auf der anderen Technologen, die das Internet vorantreiben. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Facetten und auch Probleme, die wir in der realen Welt haben, uns in dieser scheinbar nur virtuellen genauso bevorstehen. Die gleichen Probleme wie etwa Globalisierung, Sicherheit, Kriegsführung, im Zweifel sogar Netz-Terrorismus. Wir müssen uns sehr genau überlegen, wie wir diesen Spagat zwischen Problemfeldern im realen und im virtuellen Bereich besser hinkriegen.

Also ich würde die Frage "Wem gehört das Internet?" in den drei Spannungsfeldern, Eigentum und Besitz, Sicherheit und Freiheit, Realität und Virtualität sehen und stark dafür plädieren, dass man immer differenziert und sich dann die Felder herausnimmt, wo man über Institutionen wie ICANN oder ICOR etwas vorantreiben kann.

Hans-Heinrich Wrede:

Herzlichen Dank. Selbst als Nichtexperte merke ich, dass wir eigentlich fast alle Probleme und Fragestellungen des Internets jetzt auf dem Tisch haben. Damit wir auch sicher sind, dass wir keines verpassen, ist Frau Mann noch rechtzeitig gekommen. Herzlich willkommen. Sie kommt gerade aus Doha - mit Zwischenstopp bei einer anderen Konferenz hier in Berlin - und gehört dem Europäischen Parlament an.

Erika Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments:

Sehr verehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass ich heute hier sein darf. Ich hatte inzwischen eine andere Veranstaltung zum "Global Business Dialogue" besucht. Da geht es um ähnliche Fragen wie hier und auch in Brüssel. Ich werde aus dem Kontext ein paar Punkte ansprechen, die relevant und für die Diskussion interessant sind. Ich selber habe einen relativ guten Einblick, da ich mich seit sieben Jahren im Rahmen der Außenwirtschaft primär mit Fragen der Regulierung im Telekommunikations- und Internetbereich des Europäischen Parlamentes beschäftige.

Ich greife den letzten Punkt, die Frage der Dimensionierung des Internets auf. Die wahrscheinlich interessanteste Frage lautet: Wie kann man eigentlich den Raum des Internets, auch rechtspolitisch, orten? Hier besteht ein Spannungsfeld, was viel zu wenig reflektiert wird. Wir alle wissen, dass das Internet global ist und dass, egal von wo aus Information gesendet oder Produkte verkauft werden, diese dann weltweit zugänglich sind. Auf der anderen Seite haben wir Gesetzgebung, die in der Regel national, oder wie im Raum der Europäischen Union regional konzipiert ist, aber die internationale Dimension des Internets relativ wenig reflektiert. Der Wunsch ist also der nach einer Gesetzgebung, die zwar national oder regional realisiert wird, die aber die internationale Dimension des Internets berücksichtigt. Das klingt sehr schön und fortschrittlich, berücksichtigt aber viele Bedürfnisse nicht, sowohl von kleineren Geschäftsleuten, die nicht im Raum der internationalen und globalen Unternehmen angesiedelt sind, wie auch den Wunsch von vielen Konsumenten, deren Erfahrungsraum oft nur auf den nationalen Rechtsraum zugeschnitten ist. Nur bei dem Kauf von Produkten gibt es durchaus den Wunsch, das häufig im Ausland zu tun. Dieser ist aber dann oft mit der Vorstellung verbunden, dass für Komplikationen oder Probleme der jeweilige nationale Rechtsraum, mit dem man vertraut ist, als Referenz gilt. Was für die Diskussion wichtig ist und in Zukunft viel mehr Aufmerksamkeit bedarf, ist, dass der Charakter des Internets grundsätzlich im Rahmen der Gesetzgebung extraterritoriale Auswirkungen hat. Das gilt nicht nur für das Verhältnis zwischen Konsument und Verkäufer oder für die Frage, welcher Rechtsraum gilt, sondern auch für die Sicherheitspolitik. Das heißt, wenn im europäischen Raum Gesetzgebung erfolgt, dann hat diese Gesetzgebung nicht nur für den europäischen Raum Auswirkungen, sondern sie hat natürlich auch

Auswirkungen in Drittstaaten hinein. Dieses Spannungsverhältnis ist bis heute viel zu wenig reflektiert worden. Es hat besonders im sicherheitspolitischen Bereich, aber auch darüber hinausgehend, relativ große Probleme.

Ziel sollte es sein, diesen Spannungsbogen zukünftig politisch stärker in den Griff zu bekommen. Auf der einen Seite muss dem Bedürfnis nach nationalem "Schutz", nationaler Einbettung Rechnung getragen werden, und auf der anderen Seite muss der internationalen Charakter des Internets stärker berücksichtigt werden. Das wird relativ komplizierte Gesetzesstrukturen erfordern. Und der simple Analogieschluss - heute häufig vor allem von Politikern benutzt - von dem, was *offline* gilt auf das, was *online* gelten soll, kann eben nicht in allen Bereichen so einfach eins zu eins übersetzt werden. Aber da ins Detail zu gehen, würde hier zu weit führen. Danke schön.

Hans-Heinrich Wrede:

Herzlichen Dank. Doha war ein Erfolg und "Post-Doha" durch Frau Mann nun ebenfalls. Eine Menge von Fragen und erfreulicherweise - denn nur das macht Spaß - auch Gegensätze. Ich bin gebeten worden, mit Ihrer Zustimmung vielleicht noch eine kurze Runde hier oben auf dem Panel zu machen und dann ins Plenum zu gehen. Mögen sie zum Beispiel gerne darauf reagieren, Herr Cronenberg?

Martin Cronenberg:

Ich plädiere dafür, tatsächlich deutlich zu differenzieren und nicht ein Gesamtgemälde zu malen und dann zu sagen, das hat viele Risiken und viele Chancen und das war es dann. Man darf aus meiner Sicht den ganzen ICANN-Prozess, vor allen Dingen, was die Namensvergabe anlangt, nicht überbewerten. Es handelt sich hier nicht um eine Weltherrschaft. Im Grunde genommen ist es überhaupt nichts anderes, als die Vergabe von Telefonnummern durch die ITU. Wenn man sich nicht entschieden hätte, aus Gründen der besseren Merkbarekeit zu alphanumerischen Domains überzugehen, sondern wäre bei Nummern geblieben, würde im Zweifel kein Hahn danach krähen. Man darf die Fragen der Infrastruktur nicht überschätzen. Natürlich dürfen keine Wettbewerbsstrukturen unerwünschter Art auf den Gebieten, "hardware", "software", etc. auftreten, und die öffentlichen und privaten Rechtsgüter müssen durchgesetzt werden.

Ich bleibe bei dem prinzipiellen Grundsatz "online = offline", bei Anerkennung aller Probleme der Durchsetzung. Ich will ein Beispiel nennen. Es fand gestern in Düsseldorf beim Regierungspräsidenten ein Verfahren im Sinne einer Anhörung statt, dass deutsche Access-Provider von dem Regierungspräsidenten aufgefordert worden sind, nazistische Seiten aus den USA, die über sie abgerufen werden, aus dem Netz herauszunehmen, weil man des Anbieters und auch dessen der die Speicherung vornimmt, selber nicht habhaft werden kann. Hier ist es in der Tat schwierig, unser deutsches System durchzusetzen. Trotzdem wird versucht - was von den Betroffenen zunächst mal mit technischer Unmöglichkeit bestritten wird - durchzusetzen, dass Möglichkeiten genutzt und ausgeschöpft werden, damit eben auch der Access-Provider derartige Seiten sperrt. In gewissem Umfang ist das möglich aber es wird nicht in allen Fällen und grenzenlos möglich sein. Es gibt immer Umwege über Suchmaschinen und vielleicht ähnliches. Es bleibt nichts anderes übrig, solange wir unterschiedliche Rechtsordnungen in der Welt haben - und die USA haben nun mal ein ganz anderes Verständnis von der Meinungsfreiheit als wir - zu versuchen, auch mit nationalen Mitteln hier unsere Rechtsordnung durchzusetzen, und aus meiner Sicht ist da durchaus Optimismus angebracht. Die Möglichkeiten müssen nur genutzt werden.

Erika Mann:

Natürlich ist das richtig, vom Gesetzesprinzip her zu sagen, dass das, was *offline* gilt, auch *online* gilt. Aber es gibt so viele Punkte und so viele Aspekte, wo es dann kritisch wird. Ich habe früher, bereits zu Beginn der Entwicklung des Internets, immer dafür plädiert, dass man die Rechtsmodelle und die Rechtsräume einfach in das Internet hinein transportiert. Dann würde man jedes Mal, wenn man etwas aus einem anderen Land kauft oder Informationen bezieht, wie wenn man im realen Leben eine Grenze übertritt sich in einem anderen Rechtsraum befinden. Nun beseitigen wir mal den Gedanken, dass der Server vielleicht woanders steht. Nehmen wir die Analogie, das wäre ein simples Modell. Das Interessante, wenn Sie das dann rechtsphilosophisch sehen wollen, ist, dass Sie auf der einen Seite einem Bürger zwar erlauben, in ein anderes Land zu reisen, aber nicht, sein eigenes Gesetzpaket mitzunehmen. Das heißt, der Rechtsraum wandert nicht mit der Person mit, sondern ist gebunden. Im Internet ist genau das Bemühen häufig andersherum zu finden.

Prof. Dr. Claus Leggewie:

Es ist interessant, dass in Deutschland unter Sicherheits- und Freiheitsfragen zunächst immer erst mal das Recht bemüht wird. Das gilt auch im Zusammenhang mit ICANN, nur dass dort mehr Rechtsanwälte tätig sind als Gerichte. Ich möchte im folgenden gerne noch einmal auf die angesprochenen Beispiele eingehen: Erstens, deutsche Provider werden aufgefordert, neo-nazistische Inhalte - oder analog pornografische oder obszöne Inhalte - aus dem Netz zu nehmen. Das ist eine Praxis, gegen die mittlerweile auch in den Vereinigten Staaten niemand mehr etwas einzuwenden hat. Dies ist es genau, was sich spätestens seit dem 11. September geändert hat. Denn nunmehr ist man auch in den Vereinigten Staaten in den Deal eingetreten nach dem Motto: Ihr nehmt Eure Inhalte raus, und wir dafür die Unserigen. Dies reflektiert nicht nur den Unterschied der Rechtskulturen, sondern auch den politischen Kulturen und der Kulturen generell. Die Amerikaner sind beispielsweise im Hinblick auf pornografische Inhalte sehr viel sensibler. In der Bundesrepublik geht man hingegen mit den Filtersystemen einen Mittelweg. Die gehen ja ein wenig in Richtung freiwilliger Selbstkontrolle, da Sie selbst entscheiden können, was Sie für sich oder Ihre Kinder herausfiltern möchten. Ich möchte in diesem Kontext aber gerne ein Beispiel anführen: Yahoo France wurde kürzlich per Gerichtsbeschluss untersagt, bestimmte Seiten, auf denen Nazi-Memorabilia angeboten wurden, in Frankreich weiterhin zu vertreiben. Im Sinne des von Frau Mann angesprochenen exterritorialen Rechts hatte dies zur Folge, dass auch in den Vereinigten Staaten die besagten Inhalte rausgenommen wurden. Jetzt wird natürlich jeder sagen: "Ist doch prima, dass die nicht mehr im Netz vertrieben werden." Die Gefahr hierbei ist aber, dass dieser an sich befürwortbare Vorfall auch auf andere Bereiche anwendbar ist. Somit kann theoretisch alles, was einem nationalen Staatsapparat oder einer supranationalen Organisation nicht passt, in derselben Weise behandelt werden.

Zweitens, dass Herr Cronenberg sagt, ICANN sei für uns wie die Internationale Fernmeldeunion (ITU) ist interessant. Sie möchte nämlich ganz etwas anderes sein. ICANN ist eine nicht profitorientierte Privatfirma, die, mit Rechtssitz in Kalifornien, internationale Top Level Domains verwaltet und gleichsam über Neuzulassungen entscheidet. Besonders hierbei ist die sogenannte "at large membership". Dies ist es genau, was ICANN von der ITU unterscheidet. Die ITU ist indirekt über die nationalen Staatsapparate legitimiert, welche über Vertreter in den einzelnen Gremien repräsentiert sind. Bei ICANN ist etwas anderes probiert worden: Die "at large membership" gewährt jedem Bürger, der sich dort im vergangenen Jahr eintrug, das Recht, über die Geschicke von ICANN mitzubestimmen. Dieser demokratische Prozess ist aber nunmehr abgewürgt worden, da die nationalen Staatsapparate aus ICANN eine Art ITU machen wollen.

Maurice Wessling:

With regard to the whole filtering issue, the key question is whether it is really effective. You can argue that there are laws which should be carefully implemented and that all measures be taken to make them effective. But would this really be effective? I used to work for an ISP in Amsterdam a few years ago and we were hosting a new German magazine called "Radikal". After a while, we were requested to block this website to German users accessing the site from Germany. Given that the website was hosted in Holland, we asked what the problem was under Dutch law. Of course we didn't get an answer. Instead, the attorney general pressed German ISPs to block the respective website. Internet users soon considered this decision censorship and started mirroring the page: Within two weeks there were 75 mirrors. And while nobody outside of Germany had ever heard of the magazine before, now everybody in the States, in France and in the Netherlands started to write about "Radikal", the magazine from Germany. Obviously, the measure taken were not only useless but also ineffective, the only result being that everybody knew what was "Radikal" and what was in the magazine. Therefore, I strongly recommend to give up the whole filtering question because it simply doesn't work. We would get new wars on the Internet; we would get a very difficult situation in which every country would try to apply its own set of rules as to what is acceptable and what isn't. At this time, not only Germany would do that, but also France and England would do that, as well as Saudi Arabia, China and Singapore. Obviously, on such a basis the Internet cannot work.

Pius Fischer, Auswärtiges Amt:

Angesichts der enormen Bedeutung, die das Internet für wirtschaftliches Wachstum hat und in Betracht der wachsenden Abhängigkeit ganzer Wirtschaftszweige von der Verfügbarkeit und Ausfallsicherheit dieses Mediums, stellt sich mir folgende Frage: Wer ist eigentlich für die Sicherheit des Internets verantwortlich? Reichen die bisher implementierten Maßnahmen aus? Oder sind verstärkt nationale oder auch multilaterale Anstrengungen auf EU-Ebene erforderlich, um die Sicherheit des Internets zu gewährleisten? Bis vor kurzem sprach man dem Internet aufgrund seiner vermaschten und etwas anarchischen Struktur eine besonders hohe Ausfallsicherheit zu. Vor dem Hintergrund der Ereignisse des 11. Septembers stellt sich nun aber doch die Frage, ob hier nicht auch auf nationaler Ebene verstärkte Anstrengungen erforderlich sind. Beispielsweise hat die amerikanische Regierung auf Ebene des Weißen Hauses eine "Internet Security Task Force" ins Leben gerufen. Etwas Vergleichbares gibt es meines Wissens nach in der Bundesrepublik noch nicht.

Martin Cronenberg:

Es geht bei der Frage zunächst mal um den physischen Schutz der für das Funktionieren des Internets verantwortlichen Anlagen. Hier hat sich gezeigt, dass wegen der weitgehend dezentralisierten Struktur des Netzes die Risiken und Auswirkungen des Anschlages vom 11. September sehr viel weniger gravierend waren als z.B. im Bereich des Telefonnetzes. Es gibt auf Seiten der Bundesregierung eine Task Force beim Bundesministerium des Inneren und auch eigens ein Bundesamt für die Sicherheit der Informationsgesellschaft, welches sich mit diesen Fragen beschäftigt. Auch im Bereich der Wirtschaft gibt es Strukturen - wie etwa im Bereich der Elektrizitätsversorgung -, die genau regeln, wie auf Software-Attacken, "Denial of Service"-Attacken" und ähnliches reagiert werden soll. Es werden auch Planspiele und Gutachten zu diesen Themen durchgeführt. Es wird also staatlicherseits viel unternommen, um zusammen mit der Wirtschaft die Sicherheit in diesem Bereich zu verbessern. Wie bei anderen Sicherheitsthemen auch, ist dies aber stets ein Wettlauf mit der Zeit. Grundsätzlich hat sich die Verlässlichkeit des Internets jedoch bislang durchaus bewährt und ein Risiko, dass das Internet so gestört werden könnte, dass es

als Basis unserer gesamten wirtschaftlichen Kommunikation ausfallen könnte, ist faktisch nicht gegeben.

Erika Mann:

Es gibt auch auf internationaler Ebene eine Menge Bemühungen, im Bereich der Sicherheit etwas zu tun. Die auf europäischer Ebene diskutierte Cyber-Gesetzgebung ist hierbei nur ein Beispiel. Meiner Meinung nach müsste aber im Bereich der Strafverfolgung insgesamt mehr getan werden. Wichtig ist absolute Transparenz, nicht absolute Transparenz im Sicherheitsbereich, aber absolute Transparenz in den Verfahren. Dies sollte durch verstärkte Bemühungen in den Bereichen Aufklärung, Training und Ausbildung erfolgen. Gerade in den Vereinigten Staaten ist dies wohl der kritischste Punkt gewesen. Man müsste auch die bestehenden Gesetze dahingehend überprüfen, ob sie im Krisenfall tatsächlich die notwendige Relevanz haben. Darüber hinaus wird im Forschungsbereich noch einiges zu tun sein. Das betrifft sowohl den Bereich der Verschlüsselung, als auch den der Entschlüsselung, d.h. Informationen über Methodik und aktuelle Praktiken, sowie das nötige Know-how und Humankapital. Schließlich muss auch im Sicherheitsbereich noch sehr viel mehr getan werden. Dazu gehört vermehrter Informationsaustausch und transnationale Kooperation, sowie der schrittweise Abbau vorhandener Barrieren. Würde die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten in diesen Bereichen mehr investieren, täten sie um einiges mehr, als immer nur auf die Nachschärfung der Gesetze abzielen.

Hans-Heinrich Wrede:

Danke schön, Frau Mann. Ich habe Herrn Wessling vorhin so verstanden mit einer Frage, vielleicht auch mit einer kritischen Frage, dass Sie kritisiert haben, bei den Erörterungen im Europarat seien die Zivilgesellschaft und die NGOs nicht sehr beteiligt gewesen.

Maurice Wessling:

I was criticizing that it was a very closed process.

Erika Mann:

Nur eine Ergänzung dazu. Das ist nicht nur für die Zivilgesellschaft, das ist auch für die Parlamente eine nahezu geschlossene Veranstaltung.

Martin Eberts, Auswärtiges Amt:

Ich möchte noch mal auf die Frage nach dem Besitz zurückkommen: Wer beherrscht das Internet? Wenn ich hier so die Wortmeldungen und Äußerungen höre, stelle ich fest, dass es zumindest in Deutschland ein sprachliches Phänomen gibt, welches ich gerne etwas ironisch als "Pigeon Deutsch" bezeichne. Ich beziehe mich hierbei auf die immer stärkere Verformung der Sprache durch besondere Fachausdrücke und - oft falsch oder schlecht übersetzte - Redewendungen aus dem Englischen. Was früher einmal Latein oder Französisch war, ist heute Englisch. Dies wird durch das Internet natürlich international zu einer Frage. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, was eigentlich heutzutage der Anteil der nicht-englischsprachigen "Websites" ist. Wächst dieser, schrumpft er, existiert er überhaupt in nennenswertem Umfang? Ich finde, ich will es mal etwas überspitzt sagen, hier ist auch ein Element der kulturellen Überformung, Dominanz vielleicht. Das ist ein Globalisierungsaspekt, der vielleicht nicht genügend wahrgenommen wird, weil ihm alle unterliegen, auch die, die das kritisch diskutieren.

Hans-Heinrich Wrede:

Herzlichen Dank. Das Wort "Überformung" ist für mich jetzt auch neu. Was mir sofort dabei einfällt ist ein Wort von Lichtenberg, der sagte: "Er war so gebildet, er sagte immer "Agamemnon" statt "angenommen".

Martin Cronenberg:

Ich kann Ihnen die Zahlen für Deutsch und Englisch leider nicht nennen, obwohl es darüber Untersuchungen gibt. Richtig ist, dass einen das schon mit Sorge erfüllt. Wir begrüßen beispielsweise, dass auch die Europäische Kommission eigens ein - das ist nun auch wieder ein Anglizismus - "Content"-Programm aufgelegt hat, "E-Content", ein Inhalte-Programm, um europäischen Inhalten weltweit eine bessere Chance zu geben. Es ist auch ein wirtschaftliches Phänomen, da die zunehmende Dominierung durch das Englische, in der Globalisierung und noch mal verschärft durch das Internet, eben auch ein wirtschaftliches Phänomen ist. Die Möglichkeiten, Unternehmen mit der Niederlassung nach Deutschland zu bekommen, wenn dort Deutsch die Unternehmenssprache ist, sind ausgesprochen erschwert. Dies ist ein Phänomen, dem aber nur sehr schwer ist entgegenzuwirken ist. Wir müssen uns natürlich auch bemühen, das gilt für Filmwirtschaft und für andere Dinge auch, die deutsche Kultur so attraktiv zu machen, dass sie auch wahrgenommen wird. Insofern ist das Internet zwar vielleicht eine Steigerung der sonst festzustellenden Phänomene, aber es ist auch nichts ganz extrem anderes als in den sonstigen Publikationen.

Dr. Holger Sievert:

Ich kenne die Zahlen auch nicht genau, man kann aber entsprechende Schätzungen so hochrechnen, dass natürlich die meisten Web-Seiten auf Englisch sind. Schätzungen gehen allerdings in die Richtung, dass chinesische Web-Seiten, die nur in Chinesisch sind, immer stärker zunehmen werden. Wenn Sie in der spanischsprachigen Welt unterwegs sind, gibt es sehr viele Web-Seiten, die nur in Spanisch erhältlich sind. Es ist denen vollkommen egal, ob das jemand in Englisch liest oder nicht, weil sie von vornherein auf spanischsprachige Welt orientiert sind. Ich glaube aber, dass das Sprachproblem nur eine Facette des Problems kultureller Diversität ist, das viel stärker in das hineingeht, was Herr Cronenberg zuletzt angesprochen hat: Ob es gut ist, dass auch audiovisuelle Medien zunehmend in internationale Handelsliberalisierung einbezogen werden. Das ist eines der wichtigsten politischen Themen, wenn man überhaupt über Globalisierung und Kommunikation redet. Ob wir diese "kulturelle Ausnahme" - wie die Franzosen immer sagen - für bestimmte kulturelle Produkte, die verbunden sind zum Beispiel mit der Filmförderung, mit der Förderung bestimmter Inhalte, mit unserem System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, über internationale Handelsabkommen eigentlich wieder ausgehebelt, gewissermaßen verboten bekommen. Der Begriff der kulturellen Diversität im Netz ist für mich viel wesentlicher als die Frage, welche Sprache wir sprechen. Ob es also möglich ist, kulturelle Produkte in einem im wesentlichen von internationalen "global players" - auch so ein schöner Ausdruck, gerade im Medienbereich - überhaupt anzubieten. Bertelsmann sagt nicht, dass es ein deutsches Unternehmen ist, Bertelsmann nennt sich "Random House Bertelsmann", und wir sind ein transnationales Unternehmen mit Sitz in Gütersloh, New York und wo auch immer wir sind. Und das ist auch vollkommen konsequent. Auch DaimlerChrysler ist kein "deutsches" Unternehmen. Wenn diese Anbieter zunehmend auf den internationalen Markt gehen, dann werden sie das natürlich in Englisch tun. Das ist doch vollkommen klar. Die Frage ist, ob sich die EU dazu aufrafft, bei WTO-Verhandlungen, TRIPS-Verhandlungen usw., als europäischer "player" im Spiel zu bleiben und so etwas zu reklamieren wie das Recht, bestimmte kulturelle Produkte Europas - und das gilt natürlich in potenziertem Maße auch für den Rest der Welt - auch unter eigener Fahne laufen zu lassen.

Erika Mann:

Wir haben eine Ausnahmeklausel in der EU, die alle kulturellen Produkte und Güter betrifft. Diese Frage wird ja nicht im GATT-Vertrag geregelt, wo alle gleichberechtigte Konditionen haben, sondern im GATS-Vertrag, wo ausschließlich Dienstleistungen verhandelt werden. Es gibt also diese Ausnahmeklausel und damit die Möglichkeit und das Recht, selbstständig über diese Belange zu entscheiden.

Dr. Holger Sievert:

Grundsätzlich ist es nach wie vor so, dass man mit Medien nur wirklich Geld verdienen kann, wenn man sie in der jeweiligen Landessprache produziert und in einem hohen länderspezifischen Maße ausrichtet. Gerade das Haus Bertelsmann hat oft versucht, Zeitschriftenprodukte und auch Internet-Produkte von einem Land aufs andere zu projizieren. Es hat sich gezeigt, dass dies nicht funktioniert, weil der Markt und die Nutzungsgewohnheiten international einfach viel zu unterschiedlich sind. Eine Ausnahme bildet hierbei der Filmbereich, sowie große Buchprojekte. Grundsätzlich glaube ich, dass es beide Tendenzen gibt: Einerseits die Tendenz zu globalen Kulturprodukten und andererseits die Tendenz zu einer immer stärkeren Lokalisierung und Regionalisierung von Inhalten. Grundsätzlich würde ich die Gefahr aber als deutlich begrenzter ansehen als sie gerade suggeriert wurde.

Gregor Walter, Universität Bremen:

Ich habe einen Kommentar zu Herrn Cronenberg. Mir schien einem Ihrer Beiträge die Tendenz innezuwohnen, in Hinblick auf ICANN zu sagen, man solle das nicht überbewerten, es sei im Grunde genommen wie bei ITU. Ich möchte aber davor warnen, Fragen der Regulierung des Internet allzu sehr ins Technische zu schieben und zu glauben, es seien keine politischen Fragen. In diesem Kontext möchte ich darauf aufmerksam machen, dass in Fragen der Vergabe von Domainnamen Institutionen wie ICANN beispielsweise darüber entscheiden, ob es beispielsweise einen Domainnamen wie "www.cocacolaworkers.com" geben darf, in dem sich die Arbeitnehmer-Vertretung von Coca Cola organisiert. Dies scheint mir doch eine ausgesprochen politische Frage zu sein. Es gibt also keineswegs Bereiche gibt, die nur technisch und insofern politisch unproblematisch sind. Demnach stellt sich oft nicht nur die Frage der Regulierung, sondern auch im verstärkten Maße die Frage der Legitimation dieser Regulierung. Ich schließe mich hier Herrn Leggewie an, dass es sehr bedauerlich ist, dass der „at large process“ von ICANN offensichtlich rückgängig gemacht wird oder sich im Niedergang befindet. Auch ich fand es sehr spannend, darüber nachzudenken, inwiefern ICANN eine Blaupause sein könnte für Legitimationselemente bei anderen Institutionen, auch solche, die gar nichts mit dem Internet zu tun zu haben scheinen. Aber leider weist der Trend nicht in diese Richtung.

Ingrid Scheithauer, Frankfurter Rundschau:

Ich wollte noch mal auf die Frage der Inhalte zurückkommen. Der letztendliche Erfolg des Internets wird doch ganz zwangsläufig auch vom Angebot nationaler und landesspezifischer Inhalte abhängen. Es gibt schließlich keinen Automatismus, der den gemeinen Internetbenutzer dazu befähigt, Englisch zu verstehen. Mit der kommerziellen Nutzung geht somit auch ein großes Angebot von muttersprachlichen Inhalten einher. Das gleiche Phänomen können wir auch im Fernsehmarkt beobachten. Es gibt hier eine große Renaissance nationaler Programme, die dann wiederum durch die Welt reisen. Das alles hat im Grunde damit etwas zu tun, wie Menschen sich definieren und wie sie das Netz nutzen möchten. Die Logik, dass nur englischsprachige Publikationen Erfolg haben können, ist demzufolge einfach nicht wahr. Nun aber noch eine Frage an Frau Mann: Wenn wir die Frage nach dem Besitz des Internets stellen, kommen wir natürlich automatisch auch zu der Frage: Welche Regeln sollen gelten? Wie definiert man diese Regeln? Und wer soll sie bestim-

men? Der stärkste Nutzer, die größte kommerzielle Kraft? Und schließlich, welche Werte sollen dann hierbei gelten?

Hans-Heinrich Wrede:

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir morgen früh noch ein gesondertes Panel haben werden: "Brauchen wir eine globale Rechtsordnung für das Internet?" Dort werden mit Sicherheit ähnliche Probleme, aber auch spezielle Rechtsfragen zur Sprache kommen.

Dr. Helmut Stocker, Siemens AG:

Ich frage mich, ob man in Anschluss an die Frage "Wem gehört das Internet?" nicht auch automatisch fragen muss "Wem gehört das Internet nicht?" Es gibt eine Untersuchung der ITU, dass in 60 Ländern der Welt die Nutzung des Internets mehr oder minder eingeschränkt ist. Es handelt sich hier demnach also auch um eine politische Frage, welcher sich die Politik stellen müssen wird. Das berühmteste Beispiel in diesem Zusammenhang ist wohl das komplette Verbot des Internets in Afghanistan durch die Taliban.

Balthas Seibold, GTZ:

Meine Frage geht auch noch in Richtung der Inhalte. Herr Leggewie, Sie hatten ja gesagt, dass die Inhalte zunehmend zur Schlüsselfrage werden würden, und wir haben ja jetzt auch schon gehört, dass die *Sprache* der Inhalte ein großes Hindernis sein kann. Aber die Frage, die ich habe ist, ob es im Internet nicht auch so was geben müsste wie "öffentlich-rechtliche Inhalte". Denn wenn man sich mal das Problem der Urheberrechte anschaut, so betrifft das ja nicht nur z.B. die Musik, wo es bis jetzt im Wesentlichen diskutiert wird, sondern es betrifft auch *Textinhalte*, und die enthalten oft wichtige Informationen, gerade wenn man sich die Nord-Süd-Kommunikation anschaut. Was sehen Sie da für Möglichkeiten?

Dr. Holger Sievert:

Zwei Punkte möchte ich gerne aufgreifen. Zum einen die zuletzt angesprochene Nichtnutzung des Internets. Sie haben das Beispiel Afghanistan genannt. Es gibt da natürlich noch viel problematischere Beispiele. So gibt es in China sehr ausgearbeitete Mechanismen bis hin zur staatlichen Kontrolle von Chat Rooms, sowie Internetpolizei-Behörden, die vor einem Jahr eingerichtet wurden, um den Netzverkehr zu kontrollieren. Auf der anderen Seite ist China für uns aber auch ein wichtiger Handelspartner. Mein zweiter Punkt bezieht sich auf die Debatte „ICANN wird ITU“: Wenn Regulierung und Selbstregulierung letztlich unbefriedigend sind, sollte man meiner Meinung nach stärker darüber nachdenken, eine "global public policy" für das "global public good" Internet einzurichten.

Maurice Wessling:

Regarding ICANN, I agree that ICANN is mainly about domain names and we should take that into account. It's at the moment not expanding so it's not the governance over the Internet. But there are all kinds of tendencies to expand the mission and as we are speaking there is a whole debate going on in ICANN about security. The plan is hereby to make ICANN partly responsible for Internet security. I personally consider this a bad idea. I think ICANN should work on its mission of managing domain space and not behave like a supranational governance body. It simply doesn't have a legitimate model to work in that way. With regard to the digital divide, countries like Afghanistan, Iraq, North Korea, China obviously represent extreme forms of filtering because they cut off the access on the basis of censorship. But I think that also in Europe we should be very careful with the development of filtering and labelling techniques. Meanwhile, we should take our responsibility towards users in the countries just mentioned. Because those techniques are

generic, because they will be used by dictators in other countries. And with our discussion about labelling and filtering, we are basically facilitating these techniques for them to use. Instead, we should take into consideration the users in those countries who long for uncensored access to Internet.

Erika Mann:

Die Frage nach den Möglichkeiten einer Regulierung ist natürlich eine sehr schwierige Frage. Es gibt ja kein eigentliches Internet-Recht in dem Sinne, sondern nur Bruchstücke, die sich aus den verschiedenen Rechtsräumen zusammensetzen und sich im wesentlichen auf das Telekommunikationsrecht stützen. Das Fehlen eines Internet-Rechts gestaltet die Frage der Kontrolle somit extrem schwierig. Im Falle der Europäischen Union stellt sich darüber hinaus noch das zusätzliche Problem, dass bei der Umsetzung nationaler Rechte neue Spielräume entstehen, die vom Gesetzgeber national ausgeschöpft werden können. Ich denke aber, dass wir diesen Rahmen in den letzten Jahren relativ gut gestalten konnten. Ein kurzes Wort zur Frage der Filtertechnik: Ich persönlich finde die Vorstellung einer Agentur oder eines Staates, der mir als Bürger bestimmte Dinge verbietet oder eben nicht verbietet, eher abschreckend. Ich will damit nicht kategorisch dagegen aussprechen, aber ich rate dazu, sich gut zu überlegen, was eine solche Entscheidung Potentiellerweise für Möglichkeiten und Gefahren birgt.

Martin Cronenberg:

Mir liegt daran, noch einmal darauf hinzuweisen, dass man die Schattenseiten des Internets nicht zu absolut herausstellen sollte. Kinderpornografie und nazistische Parolen sind nur ein kleiner Ausschnitt in der Gesamtfragestellung. Schließlich ist das Internet nunmehr die Basis für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Viele Unternehmen strukturieren sich grundlegend um, um die neuen Techniken und Abläufe in der Prozesskette nutzen zu können. Dies ist eine positive und uneingeschränkt begrüßenswerte Entwicklung. Natürlich muss man sich mit den Schattenseiten auseinandersetzen, aber man sollte sie nicht verabsolutieren. Was die Inhalte anbelangt, stellen sich beim Internet die gleichen Fragen wie auch beispielsweise bei der Buch- und Filmproduktion. Es ist Aufgabe der Unternehmen - und nicht des Staates -, diejenigen Inhalte zu produzieren, die Kunden auch sehen wollen, damit das Ganze ein wirtschaftlicher Erfolg wird.

Was die Frage von ICANN betrifft, halte ich daran fest, ohne jetzt ITU und ICANN gleichsetzen zu wollen. Frau Mann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass ein Teil der Internetregeln sich ja auch nach dem Telekommunikationsrecht richtet und ein Großteil der Anlagen auch dem deutschen Telekommunikationsgesetz unterliegen. Die wesentliche Aufgabe von ICANN ist es, Standards zu setzen und den Adressenraum zu verteilen. Das sind technische Fragen, welche man nicht überstilisieren sollte. Die Gefahr eines Machtmissbrauchs ist aus meiner Sicht hierbei begrenzt. Wenn sich jemand gegen einen bestimmten Domain Namen verwahren möchte, hat er ohne weiteres das Recht dagegen national vorzugehen. Er muss lediglich prüfen, ob es gegen ein deutsches Gesetz verstößt, und dann wird es eben zu streichen sein. Ich sehe hier den Zusammenhang mit ICANN persönlich nicht. Grundsätzlich möchte ich noch unterstreichen, dass wir uns des Falls ICANN natürlich annehmen. Die Sitzung in Los Angeles/ Marina del Mar ist heute zu Ende gegangen. ICANN hat einen Advisory Board für die Regierungen, in dem auch ein Vertreter meines Ministeriums sitzt. Es wird natürlich darauf geachtet werden, dass keine Entwicklungen eintreten, die den Nutzen des Internets für die globale Gesellschaft irgendwie gefährden oder behindern könnten. Zum Vergleich mit der ITU: Natürlich kann man fragen, wo ist die Legitimation derer, die im ICANN Board sitzen und nicht in "at large" Wahlen gewählt sind? Die Alternative wäre die Gründung einer überstaatlichen Institution oder eine Angliederung des

Prozesses an beispielsweise die ITU. Wobei eine Organisation wie die ITU ihre mittelbare Legitimation einfach dadurch erhält, dass ihre Vertreter in aller Regel von Staatsseite dorthin entsandt werden. Wäre eine solche Entwicklung effizienter als die jetzige? Zumindest muss man feststellen, dass ICANN und die Vergabe der Standards und die des Adressraums ja befriedigend funktionieren. Eine stärkere Verrechtlichung der Regeln über internationale Organisationen sollte deswegen gut überlegt sein. Grundsätzlich möchte ich aber betonen, dass das Internet erhebliche positive Möglichkeiten bietet, die man auch ausschöpfen sollte. Vielleicht doch noch ein Beispiel. Es gibt ja eine ganze Fülle von Rechtsregeln. Wenn heute einer über das Internet eine Ware in Frankreich bestellt, so ist durch das europäische Recht sichergestellt, dass der deutsche Gerichtsstand gilt. Das heißt, wir haben eine ganze Fülle von Regeln, die dazu beitragen, dass auch der Private das Internet im gemeinsamen Europa sicher nutzen kann. Dies umso mehr seit der Einführung der gemeinsamen Währung. Wir versprechen uns davon, dass deutsche Anbieter eine zusätzliche Chance erhalten, ihre Inhalte auch europaweit zu vermarkten. Die würde zu wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung beitragen.

Hans-Heinrich Wrede:

Jetzt werde ich Sie ärgern, Herr Cronenberg. Ich habe zwar nur ein begrenztes Wissen, das möchte ich aber hier kurz anwenden. Erstens, es war ja ursprünglich von dem Berater von Clinton beabsichtigt, das, was dann später ICANN wurde, einer internationalen Organisation zu übergeben. Angeblich sollen es dann Madeleine Albright und andere gewesen sein, die sagten: "Nein, das wollen wir doch lieber unter amerikanischer Fuchtel behalten". Denn auch die ICANN-Organisation in Kalifornien nach kalifornischem Recht untersteht ja der amerikanischen Regierungsaufsicht. Der zweite Punkt: Wer in ICANN drin ist, der ist natürlich auch mit ICANN zufrieden. Aber wie erklären Sie es, dass jetzt so viele amerikanische Unternehmen, deren Domain-Wünsche unbefriedigt blieben, - sie durften aber trotzdem für ihre Anträge Gebühren bezahlen - an den amerikanischen Kongress gegangen sind. Es gab ja auch intensive Anhörungen, über die in der International Herald Tribune vor ein paar Monaten zu lesen waren. Die große harmonische Zufriedenheit mit ICANN kann ich hier demnach nicht erkennen. Und jetzt die konkrete Frage an Sie: „Advisory Board“ heißt ja „beraten“. Können Sie denn ein Beispiel dafür geben, wo aufgrund des guten Rates der Regierung, ICANN etwas anderes gemacht hat als es ursprünglich geplant hatte?

Martin Cronenberg:

Es wird selbstverständlich im Advisory Board darauf geachtet, dass die Standards so gesetzt werden, dass sie vernünftig weiterentwickelt werden. Wichtig ist ja, dass die Adresswünsche befriedigt werden. Die ist die zentrale Aufgabe von ICANN. Und natürlich drängt der Beratende Ausschuss darauf, dass neue Top Level Domains geschaffen werden, damit alle Adresswünsche weltweit zufriedenstellend behandelt werden können. Ich wiederhole: Mit inhaltlichen Fragen hat das überhaupt nichts zu tun, sondern es geht lediglich um diesen kleinen technischen Ausschnitt. Das Internet ist Teil der Infrastruktur, national und weltweit aber ich möchte noch einmal darum bitten, diesen Prozess der Adressraumverwaltung nicht überzubewerten. Danke schön.

Prof. Dr. Claus Leggewie:

Natürlich glaube ich nicht, dass es eine rein technische Frage ist, ob man eine *Top Level Domain* namens "com" oder etwa "ps" - für Palästina - zulässt oder nicht zulässt. Und dies sind Dinge, über die ICANN entscheidet. In der Tat ist es so, dass die weltweite Zufriedenheit der Kunden mit ICANN sinkt und es sehr viele Konfliktfälle gibt. Die Registrare sind nicht zufrieden, auch die nationalen Behörden sind unzufrieden. Im Advisory Board

werden nationale Interessen oft stark in den Vordergrund gerückt. Das, was wir als Output-Legitimität von ICANN bezeichnen, sinkt. Dies ist eine neutrale, empirische Beobachtung. Aber es ist eine andere Dimension, die mir bei der Frage vom Technischen und Politischen noch wichtiger scheint: Die sogenannte Input-Legitimität, das heißt also die Beteiligung der anderen "stakeholder" und "user". Nun hat ICANN dies in sein Programm aufgenommen und internationale Direktwahlen angekündigt. Das war aber gewissermaßen ein Eigentor, weil "e-voting" nicht funktioniert und dementsprechend auch keine hinreichende internationale Legitimationsbasis zustande kommen kann. Gleichwohl bleibt aber die Frage, ob man eventuell auf andere Art und Weise die sogenannte „at large membership“ garantieren kann. Wenn ich aber dieses Instrumentarium bereits eingerichtet habe und es dann über Direktwahlen nicht nutzen kann, was habe ich denn dann?

Mir werden aber im Moment die Sicherheitsbedenken viel zu stark in den Vordergrund gerückt. Es ist eigentlich klar geworden am 11. September, dass die Fülle der Daten, die man gehabt hat, niemanden dazu gebracht hat, tatsächlich eine effektive Anti-Terror-Politik antizipierend zu betreiben. Und ich bezweifle, dass die vielen Maßnahmen, die jetzt auch hier in der Bundesrepublik von den Internet Security Task Forces unternommen werden, zur Sicherheit wirklich effektiv beitragen oder ob man sich nicht lediglich in eine Sicherheitsillusion begibt. Für mich ist unter den Auspizien dieses Prozesses der freie Fluss von Information sehr viel bedrohter. Es ist hier so ein bisschen angedeutet worden, ich hätte etwas gegen das Internet: Ganz im Gegenteil, ich möchte es nur so behalten, wie es einmal angelegt war. Ich möchte gewissermaßen die utopischen "citizen empowerment"-Dimensionen von damals gerne hochhalten gegen die Privatisierung, gegen die Kommerzialisierung, gegen den staatlichen Einfluss. Und um das zu erreichen, würde ich eben in der Tat über ein Äquivalent einer öffentlich-rechtlichen Sphäre nachdenken. Wer könnte das machen? Doch nicht die Bundesregierung. Die Multimedia-Politik der Bundesregierung ist weder darauf eingerichtet, noch ist sie der entsprechende Adressat. Das muss die Zivilgesellschaft selber machen. Und mit dieser Botschaft ziehe ich nun durch die Lande seit es das Internet auch in diesen Bedrohungslagen gibt. Auch die Zivilgesellschaft muss dies machen, die Stiftungen müssen es machen, die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung müssen es machen. Es müsste mal so etwas wie einen Internet-Gipfel geben, der nicht nur über Sicherheit und wirtschaftliche Nutzbarkeit dieses Instrumentariums nachdenkt, sondern auch über den Bürgerraum, der sich dort entwickelt hat. Dies fehlt mir bisher nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch als Dimension von Globalisierung und Kommunikation insgesamt.

Erika Mann:

Ich könnte Ihnen eine alte Skizze von mir zeigen, in der ich mal vor sieben Jahren gezeigt habe, wie das Internet im öffentlichen Raum aussehen könnte. Ich nannte es damals "universal space". Als ich diesen Vorschlag vortrug, wurde er damals sehr belächelt. Aber ich glaube, dass er immer noch wichtig ist. In bestimmten Datenbereichen braucht man heute einfach gesicherte Informationen. Ich will nicht behaupten, dass der Staat unbedingt in der Lage dazu ist, diese Informationen zu sichern. Er kann aber zumindest Transparenz in die Verfahren bringen und eine gewisse Neutralität sicherstellen. Nehmen wir mal den Bereich der medizinischen Daten. Hier gibt es so viele wirklich phantastische Informationen auf dem Internet. Und es ist immer klar erkennbar, wo diese Informationen herkommen, und wie sie rekrutiert werden. Darüber hinaus bin ich der Meinung, dass für den gesamten Bereich der Forschung alle zur Verfügung stehenden Daten im Netz kostenfrei verfügbar sein sollten. Ich glaube also, dass es viele Bereiche gibt, für die es sich lohnen würde, über die Herstellung eines öffentlich-rechtlichen Raums nachzudenken.

Hans-Heinrich Wrede:

Ich danke Ihnen allen, vor allem aber auch unserem einleitenden Referenten, der einmal mehr, fand ich, ein Wort von Heinrich Heine bestätigt hat, das ich leider nur auf Englisch kenne:

"When life and the world fall into pieces,
the German professor has a thesis."

Vielen Dank.

Panel 2: "Digital opportunities" oder "digital divide?"

Moderation: *Roland Mauch, Mitglied der ICTF, Auswärtiges Amt:*

Das Thema, das uns hier heute beschäftigt ist nicht neu. Es wurde in verschiedenen anderen Gremien behandelt und wird auch in Zukunft weiter behandelt werden. Am bekanntesten in diesem Zusammenhang, vermute ich mal, ist die sogenannte DOT Force. Ein weiteres hochrangiges Gremium wird sich zugesellen: In der nächsten Woche tagt in New York zum ersten Mal die sogenannte ICTF der Vereinten Nationen. Herr Tarjanne wird Ihnen dazu einiges sagen, denn er fungiert dort ehrenhalber als Sekretär.

Die Elektronik hat in den letzten Jahren die Welt ziemlich verändert. Als vor einiger Zeit meine Frau und ich uns entschlossen, uns doch dem Internet zuzuwenden und ein entsprechendes Abonnement eingingen, frohlockten unsere Kinder und sagten: "Willkommen im 21. Jahrhundert!" Das ging sicher nicht nur mir so, sondern vielen anderen auch, besonders den Älteren. Die Zahlen beweisen es: Ich glaube, allein in Deutschland ist die Zahl der Domains in diesem Jahr auf 5 Millionen gestiegen. Der Internet-Verkehr verdoppelt sich alle hundert Tage. Das sind Größenordnungen, die man erst mal nachvollziehen muss. Und natürlich sind diese elektronischen Anschlüsse sowie ihre Nutzer auf der Welt ungleich verteilt. Deswegen sprechen wir von der Digitalen Kluft. Welche Chancen sehen wir, diese Kluft zu überbrücken? Ist es einfach nur eine Frage des Geldes? Geht es vielleicht auch um Politik, um "good governance", um Liberalisierung oder Regulierung? Es gibt da durchaus widerstreitende Auffassungen. Das führt zu der Frage: Welche Rolle spielen denn die Regierungen, die Wirtschaft - also der private Sektor - und die Bürger? Wo muss investiert werden? In Bildung, Ausbildung oder einfach in die Hardware? Alle diese Fragen bewegen uns in den verschiedenen Foren und Gremien, und wir wollen uns heute diesen Fragen stellen. Zunächst möchte ich aber Herrn Tarjanne bitten, uns seine Einführungserklärung hören zu lassen.

Einführung: *Pekka Tarjanne, Vereinte Nationen, Berater des VN-GS für Informations- und Kommunikationstechnologie:*

Mr. Chairman, Ladies and Gentlemen, dear friends and colleagues. When I went to primary school some time ago during World War I in the early forties my teacher told me: "Berlin ist die Hauptstadt der ganzen Welt". I was very impressed. Later on I visited this city from time to time and enjoyed my visits. There have been things going up and going down. But in particular, I thank you for your kind invitation today because it is really a great pleasure for me to come to Berlin - a revitalised and booming city.

We have been given a question: Digital divide or digital opportunities? The first panel also had a question: To whom belongs the internet? And they discussed it at length and finally I think they agreed that it was the wrong question. I am a very bad detective story writer. So I will try to admit that in one way the title is wrong, because it says "digital divide or

digital opportunities". And my answer towards the end of my presentation will be that, yes, there is at least one digital divide if not many. But there are also digital opportunities. Earlier on today, in his keynote address Secretary-General Johnston made what I think was a very nice statement when he said that in the general globalisation discussion we have to remember that it is neither paradise nor hell. There are very good things about globalisation but there are also some risks, threats and problems. He said that we should maximise the good things and minimise the bad things. And I certainly agree with him. When he talked about globalisation in general, I found the same problems about the digital divide and the use of ICT in development. I would like to begin with the threats. It is nicer to talk about paradise afterwards.

The digital divide is a very serious matter. Modern technology, in particular ICT, is of course the basic infrastructure of our information and knowledge society. But information and knowledge are extremely unevenly distributed around the world. Although on average, the best global statistics show that the gap is narrowing, it is only average and it is only statistics. It is certainly true that some countries in Latin America or South East Asia have made considerable progress. However, in particular the least developed countries, almost 50 of them, are generally lagging behind. Most of these least developed countries are in Africa.

The gap in telephone density, which is the measure that we are all used to today is of the order of 1:100. In many poor countries it is under 1 percent. In some of the richest countries it is over a hundred. But as I said, on average it has been narrowing. When we talk about the Internet this gap is much wider. If it is 1:100 in telephones it is about 1:1000 in the Internet. So there is a lot of work to do. These divides in particular the telephone density, have of course been known for a long, long time. The best example is the famous ITU Maitland report, also called "The Missing Link" from the mid 1980's. Its' message was clear and many of the solutions presented are still valid today. But the gap is still widening in many parts of the world.

I said that there are many more than one digital divide. I would like to bring up only one, which has not really been mentioned so far: That is the age divide. I was a little bit disturbed when the speaker here said that human resources, teaching and education are very, very important. Of course, they are. I agree with him totally. But then he talked only about primary schools and a little bit higher maybe in the high school and left the rest of mankind - in particular us old ones - outside of this. For me, that is wrong. If we only educate and make the primary school students Internet literate we will have to wait a long time before much economic development comes out of it. So, adult education is extremely important. As a matter of fact, the use of modern technology is often a real lifeline for retired people so that they can be in touch with their friends and relatives and maybe stay home for many years to come and live a normal life. But that is only one example. Let me now go a little bit further towards positive sights. There are, of course, lots of threats that have been mentioned already. There are privacy questions, there are crime questions, there are some cultural questions, and there are also some medical questions. But in general my thesis is that ICT for mankind is about 90 percent positive and the problems are only about 10 percent. So we are in a pretty good situation. ICT is not only good things: It is not only energy saving, it is not only very efficient, it is not only very green and environmentally positive, we have to remember the 10 percent and work hard in order to minimise those problems and threats.

So what are those 90 percent then? Fortunately the digital opportunities are there and during the last ten years a growing awareness of the importance of ICT for development has finally penetrated the offices of the political decision makers all over the world. Now it is well understood that access to communications and the right to communicate are basic human rights. Many countries already have good programs for their national development including the ever more important component of ICT. However, much more work remains to be done. For instance, the other day an African Communications Minister complained to me that in addition to the private-sector lobbyists, he had been approached by several UN agencies presenting competing and conflicting projects. And he was quite confused. All of this is part of the background you referred to, Mr. Chairman, for what is happening now and why. I am so happy to say that finally the United Nations as a whole is taking firm steps to use the digital opportunities and to bridge the digital divide.

There is a lot going on already. The ITU has mobilised the whole UN family in the preparations of the World Summit of the Information Society (WSIS) to be held in Geneva in 2003 and in Tunis in 2005. The World Bank has intensified its efforts for the use of ICT in the fight for poverty eradication. And it has been mentioned here already that the G-8 countries have agreed on a series of efforts called the DOT Force. We also heard about OECD efforts, the European Union is working hard, other international and regional organisations have their own projects and of course bilateral development activities go on, although, as mentioned earlier the ODA money in our overall economic situation has seen a declining trend.

The United Nations ICTF was set up by the Secretary General Kofi Annan in June of this year after many high level discussions including the Millennium Summit and the ECOSOC Ministerial Declaration. The overall mandate of this 39 member high-level group is to harness the potential of ICT for development and poverty eradication that is to bridge the digital divide. It has a mandate of three years and, as I said, it has 39 high level members, in principal one from each country and we are proud to have our present chairman representing Germany in this task force. It will have its first meeting next Monday. The plan was to have it on the 14th of September. But from my office window on the 11th floor I saw two towers fall and I understood pretty soon that we had to postpone the meeting. The Secretary-General will give an official launch speech on Tuesday next week. The ICTF is not an operational or executing agency. For the execution of programs and projects that it wishes to promote and support, it will identify appropriate entities, facilitate connections among interested parties, and build multi-stakeholder partnerships. It will be in a way a co-ordinating umbrella and very much a catalytic force. It is an innovative public-private sector partnership under the UN umbrella, and it is the first body created by a global intergovernmental organisation where the Member States, the private sector and other stakeholders, the civil society participate as equal partners.

We all know that what is needed is e-government including good governance, e-strategies and policies, e-medicine and e-health, e-education, e-commerce, and to cut the list shorter, e-everything. Yet, for nations and regions with very different backgrounds, traditions and cultures, this is quite a challenge. We are here to find solutions. Mr. Johnston in his keynote address described the action points of the G8 DOT Force initiative. I don't have to go through the ICT action points because they overlap very much with those of the DOT Force. There are some changes but we have agreed on good co-operation and maybe merging some of our working groups.

So, Mr. Chairman, to conclude, the answer to your question: "Digital divide or digital opportunities?" Yes, there is a serious digital divide, but fortunately there are also wonderful digital opportunities. And coming back to Berlin, some time ago there was a kind of a digital divide also here. And that was a problem. But there were wonderful opportunities. And now we see that the result is positive. I think we should make a similar effort with the global digital divide. Thank you.

Reaktion der Panelisten und Diskussion

Dr. Abdurahman Aden, Publizist:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, dieser Veranstaltung beiwohnen zu dürfen und werde im Folgenden versuchen, die Dinge aus der Sicht Afrikas zu beleuchten. Ich werde also aus der Sicht der Betroffenen von dieser digitalen Teilung berichten. Irgendjemand sagte eines Tages: "Gott hat die Menschen gleich geschaffen aber die Wissenschaft und die Technik haben sie unterschieden." Ich habe lange darüber nachgedacht ob das stimmt und kam zu dem Schluss, dass das so nicht stimmen kann. Es ist nicht die Wissenschaft und Technik, die uns unterscheidet, sondern Besitz, Eigentum, Kommerzialisierung und Monopolisierung. Dennoch spricht man heute von "digital opportunities". Die explosionsartigen Entwicklungen der Medientechnologien und ihre atemberaubende Grenzüberschreitung lassen auch für Afrika keinen Raum für Verzögerungen oder eine vorsichtige Auswahl.

Bereits 1960 prophezeite der kanadische Sprachwissenschaftler McGrewan, dass sich unsere Welt zu einem globalen Dorf entwickeln werde, in dem die demokratischen Zustände alter Zeiten herrschen würden. An dieser optimistischen Einschätzung kann gezweifelt werden, wenn man das steile Gefälle zwischen Nord und Süd berücksichtigt. Es wurde sogar von einigen Kritikern festgestellt, dass die Defizite der Entwicklungsländer bei dem Zugang zu Informationen größer seien, als sie es bei Rohstoffen oder Finanzen jemals waren. Dennoch ist es ein Fortschritt, dass die Entwicklung der Medientechnologie positive Auswirkungen auf die bisher unzureichende Anbindung Afrikas an die Welt hat. Der Wandel der Lebens- und Arbeitswelt verlangt eine zunehmende Bereitschaft zum Aufbruch und zum lebenslangen Lernen. Die Fähigkeit, sich aktuelles Wissen jederzeit aus dem Netz zu beschaffen wird zur Schlüsselqualifikation. Für die Wirtschaft in einer Informationsgesellschaft werden Informationen zum wichtigsten Produktionsfaktor und zu einer begehrten Ware. Neue Dienstleistungen und Informationen im Dokumentationsbereich treten an die Stelle bisheriger wirtschaftlicher Aktivitäten. Künftig werden nur diejenigen Volkswirtschaften wettbewerbsfähig sein und nur diejenigen Gesellschaften einen höheren Lebensstandard erreichen, deren Informationselite zum souveränen Umgang mit den Informations- und Dokumentationstechniken befähigt sind.

Die globale Lockerung der Handelsschranken dienen dem weltweiten Verkauf von Informations- und Kommunikationstechnologien, wodurch allerdings auch neue Abhängigkeiten geschaffen werden. Auch wenn sich die Uhr in einigen Ländern Afrikas zur Zeit politisch rückwärts dreht, wächst das Interesse daran, die technologischen Gegebenheiten auszuschöpfen und Möglichkeiten wie Internet, E-Mail, online Konferenzen, Datenbanken und Telebanken zu nutzen. Es geht hier aber nicht nur um die Begeisterung für Technik. Die Informationsrevolution hat weniger mit "Bits und Bytes" zu tun als mit der Realität und den Hoffnungen der Menschen. Mit der zur Verfügung stehenden Technik, liegt es an uns zu bestimmen, welche Umwälzungen vollzogen werden sollen und wer davon betroffen wird. Sollen - wie derzeit in Afrika - nur die Jungen, Städtischen, Wohlhabenden, Ausgebildeten, mit Computer Vertrauten und englisch Sprechenden zu dieser sogenannten In-

formationsgesellschaft gehören? Was wird aus der nicht so privilegierten Mehrheit der Weltbevölkerung? Wie kann die Informationstechnologie helfen, die Probleme dieser Welt zu lösen? Einer Welt, die durch ein immer größer werdendes Gefälle von Arm und Reich, durch Kriege und sozialen Verfall charakterisiert ist. Werden nicht durch das Monopol von Informationstechnologien die vorhandenen Ungleichheiten vielleicht sogar noch verschärft? Internet kann nur ein Mittel des sozialen Wandels werden, wenn es zur Verbesserung der Lebensstandards der nicht so privilegierten Schicht weltweit beiträgt. Soll das Internet sozial nützlich sein, so muss es zu Armutsbekämpfung, zu einem besseren Zugang zu Gesundheits- und moderner Fürsorge, zur Bildung und zur Verstärkung der Teilnahme an gesellschaftlichen Entscheidungen beitragen. Der Erfolgsmaßstab des Internets ist somit weniger in den Zahlen der angeschlossenen Nutzer zu sehen, als in seiner Zielrichtung und in seinem Beitrag zu sozialem Fortschritt.

Welche Haltung haben die Geberländer zu dem Problem des Anschlusses Afrikas an die Welt? Ein beachtlicher Druck wird derzeit weltweit auf Entwicklungsländer ausgeübt, um den Telekommunikationssektor zu liberalisieren. Das Argument dafür ist, dass Privatisierung und Konkurrenz letzten Endes dem Kunden günstigere Angebote schaffen. Der Druck auf Privatisierung ist zuweilen eine Bedingung für die Hilfe seitens der Weltbank oder US-Aids. Man vergisst dabei, dass die Geberländer selber den Telekommunikationssektor früher verstaatlicht haben und nicht auf Privatprofit orientiert waren. Solange die Anbieter von Telekommunikationsservice profitorientiert sind, werden sie kaum interessiert sein, ihre Angebote auf Gebiete auszudehnen, die nicht dicht besiedelt oder profitversprechend sind. Zu beachten ist, dass der Telekommunikationsmarkt heute durch die Herrschaft der sogenannten Oligopole charakterisiert ist, das heißt, durch die monopolbildende Zusammenarbeit einer Hand voll Unternehmen, die den Markt vor Konkurrenz abschirmen. Demzufolge ist ein effizienter Staatssektor oder eine längerfristig geplante und durchdachte Privatisierung als Alternative ins Kalkül zu ziehen.

Die Rolle Afrikas im "Global Village" wurde bei den G7 mehrmals diskutiert. Es gibt ernsthafte Erwägungen Afrika den Anschluss ans globale Datennetz zu erleichtern. Einige Pilotprojekte hierzu sind bereits angelaufen. Doch all diese Programme machen nur Sinn, wenn die Stellung Afrikas auf dem Weltmarkt verbessert wird und die Industrieländer endlich - und nicht nur verbal - ihre Märkte konsequent für afrikanische Exporte öffnen und Zollbarrieren und Handelsschranken abbauen.

Olaf Nielinger, Institut für Afrikakunde:

Ich möchte mit einigen kurzen Anmerkungen beginnen und herausstellen, dass der digitale Graben eine sehr zentrale Rolle auch in dem hier bisher Gesagten eingenommen hat. Er ist tatsächlich so eine Art Lieblingswort und Modemetapher zahlreicher Berichte und Studien geworden. Es ist wert, sich daran zu erinnern, dass dies nicht immer so war. Noch bis Ende der 90er Jahre beherrschte eine andere Metapher die Diskussion; nämlich die des "leapfrogging", welche das Überspringen von Entwicklungsstufen beschreibt. Es war eine Zeit, wo in der Literatur die Aufbruchstimmung aufgegriffen wurde und das Internet gleichsam als Synonym für Entwicklung gewertet wurde. Erst mit zunehmender Praxiserfahrung machte sich eine Art Ernüchterung breit, dass die Nutzung der neuen Informationstechnologien an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft sind, die auch in den Industrieländern längst nicht überall gegeben sind. Im Rahmen dieser generellen Ernüchterung schlug das Pendel dann in die andere Richtung um, und heute ist die These vom digitalen Graben in aller Munde.

Sie zeigt nicht nur die Ungleichverteilung der Technologien, sondern sie zeigt in meinen Augen vielmehr auch die Schwierigkeiten, die bei der IKT-Nutzung als ein Werkzeug für Entwicklung auftreten können. Wenn man einige globale Trends kurz herausgreifen würde, könnte man sagen, dass es auf der einen Seite kaum ein Land auf der Welt gibt, das nicht enorme Fortschritte in der Technologieanwendung gemacht hat, und dass in den meisten Ländern sowohl Angebot und Nachfrage rapide wachsen. Trotzdem weitet sich die digitale Kluft kontinuierlich aus. Herr Tarjanne hat darauf hingewiesen, dass sie sich in einigen Teilen anzunähern scheint. Das betrifft aber vor allem die Basistechnologien. In den Mehrwertdiensten kann man diesen Trend nicht eindeutig beobachten. Zudem ist es problematisch, denn diese digitale Kluft, die wir beobachten, reproduziert sich auf nationaler Ebene. Herr Aden hat das angesprochen. Die Privilegierten haben in der Regel den ausschließlichen Zugang zu den Technologien und werden dadurch noch privilegierter, wodurch sich die Disparitäten entlang Einkommen, ethnische Zugehörigkeit, Bildungsgrad, Demographie, Stadt-Land Gegensatz, etc. immer weiter verschärfen.

Gleichzeitig muss man aber auch sagen, dass nicht jedes Entwicklungsgefälle gleich als Graben interpretiert werden darf. So beeindruckend die Zahlen auch sind, beschreiben sie das Bild in meinen Augen zur Zeit nicht vollständig und auch nicht ganz realistisch. Sie ignorieren die enormen Anstrengungen der einzelnen Länder, eine nationale Förderpolitik zu betreiben. Sie ignorieren die Reformen, die teilweise im Telekommunikationssektor unter enormen Anstrengungen geleistet worden sind. Sie ignorieren den Infrastrukturausbau und sie ignorieren vor allem die Menschen, die in vielen Ländern Afrikas ambitioniert und kreativ versuchen, am Internet-Boom und am "Internet-Hype" teilzuhaben. Gleichwohl ist es unstrittig, dass der Wandel zur Informationsgesellschaft ein komplexer Schritt ist. Wie kläre ich die Frage des Zugangs zu den Technologien? Was sind wirklich lokal relevante Anwendungen? Wie kann ich eine kompetente Nutzung sicherstellen? Wie kann ich einen Rahmen gestalten, in dem sich Technologie und Nutzung entfalten können? Und wie, nicht zuletzt, kann ich die Betriebssicherheit der einzelnen Systeme gewährleisten?

Ein solcher Zielkatalog ist sicherlich ambitioniert und birgt enormes Konfliktpotenzial. Und er tut dies nicht nur in der Wahl der einzelnen Strategien, sondern vor allem auch durch sachfremde Erwägungen und Partikularinteressen. Zudem birgt die These vom digitalen Graben das Missverständnis, es gehe in erster Linie um Technologieförderung. Im Vordergrund geht es aber um den Nutzwert von Technologien, um die Erreichung von Entwicklungszielen, wie sie beispielsweise in der UN-Millenniumsdeklaration letztes Jahr verabschiedet worden sind. Das soll heißen, dass nicht die Zahl der Computer entscheidend ist, die im Gesundheitswesen benutzt werden, sondern nach wie vor die Basisversorgung und die Qualität dieser Basisversorgung. Dazu können Computer, wie beispielsweise das vor allem im südlichen Afrika verbreitete "Health Net" einen sicherlich wichtigen Beitrag leisten. Aber es gibt eben nicht nur Synergien, wo man sagen kann „sowohl als auch“. Wir stärken den Sektor, wir stärken auch die Basisversorgung sowie die Nutzung der neuen Technologien. Zunehmend wird auch offenkundig, dass es immer mehr Zielkonflikte gibt, und es ist ein Gebot der Klugheit, bei der oftmals zitierten Alternative zwischen "Pentium und Penizillin" sich für Letzteres zu entscheiden. Es ist sicherlich auch ein Gebot der Klugheit, bei der Informationsversorgung im ländlichen Raum, insbesondere in Afrika, öfter auf das Radio zurückzugreifen als auf das Internet. Deshalb ist die Förderung von Informationstechnologien auch immer ein Balanceakt. Investition und Wirkung müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Und dabei haben wir als Wissenschaft das enorme Problem, dass Wirkung notorisch schwer zu erfassen ist. Intention ist nicht gleich Wirkung. Dies gilt besonders, wenn im Rahmen der DOT Force und auch der ICTF, arme, marginalisierte Bevölkerungsgruppen als Zielgruppen ins Auge gefasst werden. Dort ist

vor allem die Akzeptanz der Menschen notwendig. Am Ende muss, wie Herr Aden richtig sagte, eine Verbesserung der Lebensqualität stehen. Sonst ist der Zweck der Übung verfehlt.

Die Initiativen der DOT Force und ICTF sind, wenn man grob schätzt, zwei von ungefähr 20.000, die sich zur Zeit mehr oder weniger intensiv mit dem Thema beschäftigen. Sie haben ein sehr anspruchsvolles Mandat übernommen. Denn sie behandeln nicht nur einzelne Fragen wie den elektronischen Handel oder Eigentumsrechte, sondern haben einen globalen Anspruch, IKT als Instrument für Entwicklung wirken zu lassen. Es sind einige Faktoren bekannt, die determinierend auf einen entwicklungsförderlichen IKT-Gebrauch wirken. Es gibt zudem zahlreiche Innovationen in der Projektgestaltung und auch in der Art der Finanzierungsinstrumente, z.B. neue Partnerschaftsmodelle oder die Einrichtung von Risiko-Kapital-Fonds für Entwicklungsländer. Das ist aber erst der Anfang. Außerdem gibt es sicherlich noch Nachholbedarf in vielen Bereichen, wie beispielsweise beim Wissen um die längerfristige Wirkung auf die Armutreduzierung. Es bestehen sicherlich auch noch Schwächen bei der Integration von Einzelmaßnahmen und Projekten in ein kohärentes Gesamtbild. Dies gilt sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die Geberländer. Es besteht auch bei der Eruiierung des lokalen politischen und wirtschaftlichen Umfelds, sowie bei der Forschung und Entwicklung im Bereich angepasster Technologien und Multiplikatormechanismen, damit IKT in einem von Armut geprägten Umfeld überhaupt wirken können.

Die DOT Force und die ICTF können hier neue Impulse geben. Ihre Erfolge werden sie zwar erst noch beweisen müssen, gleichwohl ist der Ansatz jedoch alternativlos. Denn je mehr die neuen Technologien neue Lebensbereiche durchdringen, desto mehr kommt eine Nichtanwendung zunehmen der Ausgrenzung gleich. Gleichzeitig werden die Kosten, die zur Überwindung des digitalen Grabens aufgebracht werden müssen, zunehmend von den Kosten übertroffen werden, die langfristig aus einer Nichtteilnahme entstehen werden. Danke schön.

Peter Michael Rügner, Beauftragter für IKT und Entwicklung im BMZ:

Ich greife den Satz von Herrn Tarjanne auf, dass in den letzten 10 Jahren die Einsicht vieler politischer Entscheidungsträger in den Nutzen der IKT für Entwicklung zugenommen hat. Dieser Satz ist richtig. Ich möchte ihn aber gerne noch um ein paar, sicherlich entwicklungspolitisch geprägte Gedanken ergänzen. Die Entwicklungspolitik war immer von bestimmten, meist international vorgegebenen Leitthemen bestimmt. Das jüngste Beispiel sind Strategien zur Verringerung der Armut. Gegen solche Strategien ist nichts einzuwenden. Für viele Regierungen von Entwicklungsländern ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung heute viel wichtiger als noch vor 10 oder 15 Jahren. Ich glaube allerdings nicht, dass solche Strategien aus wirklicher Überzeugung erarbeitet werden. Die Entwicklungsländer tun dies vielleicht auch, weil die internationale Gebergemeinschaft solche Strategien mit zusätzlichen Entwicklungsgeldern honoriert.

Ganz anders im IKT-Bereich. Für mich ist es erstaunlich, wie viel sich hier aus eigener Kraft in den Entwicklungsländern, auch den am wenigsten entwickelten, wie beispielsweise Tansania, tut. Erklärbar ist dies eigentlich nur dadurch, dass hinter diesen Anstrengungen politischer Wille und innere Überzeugung stehen. Zwei hervorragende Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Meine zweiter Punkt bezieht sich auf die Aussage, dass die sich nächste Woche konstituierende UN ICTF keine operationalen Aufgaben haben wird. Dies ist ein klares Wort. Bei

manch anderer internationalen IKT-Initiative würde ich mir diese Einsicht ebenfalls wünschen, z.B. bei der G8 DOT Force. Um Missverständnisse zu vermeiden, internationale Initiativen, wie die UN ICTF und die G8 DOT Force, sind von großer Bedeutung. Sie mobilisieren Öffentlichkeit und schaffen Problembewusstsein. Sie sind eine Herausforderung, zu handeln, stoßen aber dort an ihre Grenzen, wo es um die Umsetzung geht. Handeln können nur diejenigen, die Geld haben. Das sind die bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit-Organisationen und die private Wirtschaft. Die G8 DOT Force hat beispielsweise in ihrem Bericht den "Genoa Plan of Action" vorgeschlagen, welcher vom G8-Gipfel in Genua verabschiedet wurde. Dieser Aktionsplan ist ein nach einzelnen Aktionspunkten unterteilter Aufriss einer Vielzahl von Aktivitäten zur Überbrückung der digitalen Kluft zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern. Manche Aktionspunkte sind mehr Sache der Wirtschaft, andere mehr der Entwicklungszusammenarbeit. Wiederum andere benötigen eine internationale Einordnung. Davon kann aber nur das umgesetzt werden, was beispielweise bilaterale und multilaterale Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit konkretisieren und länderbezogen umsetzen.

Ferner ist für mich etwas verwunderlich, wenn selbst Fachleute meinen, unser IKT-Umfeld einfach auf die Entwicklungsländer übertragen zu können. In manchem haben sie recht, z.B. was die Privatisierung und Regulierung der IKT-Märkte angeht. In vielem liegen sie jedoch falsch. In den Entwicklungsländern geht es beispielsweise nicht um die individuelle, sondern um die kollektive Nutzung von IKT-Diensten. Ich bin deshalb auch vorsichtig im Umgang mit Statistiken. Ein Telecenter in einem afrikanischen Dorf kann von vielen Dorfbewohnern genutzt werden, während in der Statistik nur ein Nutzer gezählt wird. In den Entwicklungsländern geht es um lokale Inhalte. Die Nutzer von IKT-Diensten müssen sich angesprochen fühlen. Sie müssen das Umfeld, in dem sie leben, wiedererkennen. Bei so einigem, was im Internet zu finden ist, dürfte dies kaum der Fall ein, sondern eher Staunen und Gelächter hervorrufen.

Schliesslich, die Nutzung von IKT muss im Dienst der Entwicklung stehen. Es geht beispielsweise darum, wie durch den Einsatz von IKT die Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten verbessert werden kann; wie durch IKT das Bildungsangebot vergrößert und verbessert werden kann; wie durch IKT die Isolierung abgelegener Gegenden verringert und die dortige Wirtschaft belebt und die soziale Partizipation erhöht werden kann. Solche Fragen mögen bezogen auf unser IKT-Umfeld banal klingen. Sie sind aber die entscheidenden Fragen, die sich in vielen Entwicklungsländern stellen.

Roland Mauch:

Vielen Dank. Nun können wir in die Debatte einsteigen. Allerdings möchte ich nochmals die Punkte, die alle angeschnitten haben erwähnen. Vor allem ging es um die Nutzung des Internets. Es gibt offenbar nicht nur eine digitale Kluft zwischen reicheren und ärmeren Ländern, sondern auch ein Gefälle innerhalb dieser Länder. Auch geht es um eine Abwägung zwischen den Kosten und dem Nutzen. Und schließlich um die Frage: Was kann IKT in Gesellschaften, die nicht hoch individualisiert sind, sondern kollektive Dienste brauchen? Ich schlage vor, dass aus dem Publikum nun zu diesen Themen, Fragen gestellt werden können oder auch Beiträge zur Debatte geleistet werden können.

Pius Fischer, AA:

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Chancen, die das Internet gerade für Länder der Dritten Welt bietet bei weitem den Nachteilen eines "digital divide" überwiegen. Aus meiner eigenen Erfahrung in Westafrika möchte ich zwei Aspekte zu den positiven Chancen, die das Internet bietet hinzufügen.

Der erste ist der Beitrag des Internet zur Pressefreiheit. Es gibt zahlreiche Regierungen in Ländern der Dritten Welt, die ein sehr problematisches Verhältnis zur Pressefreiheit haben. Die Möglichkeit für Printmedien, sich auch im Internet zu präsentieren und möglicherweise durch die Lokation ihrer "websites" außerhalb des Landes regierungskritische Information zu veröffentlichen, ist nicht zu unterschätzen. Davon geht eine sehr positive Wirkung auch im Bereich der Menschenrechte für die Pressefreiheit aus. Die Veröffentlichung beispielsweise der Human Rights Reports für verschiedene Länder im Internet hat eine disziplinierende Wirkung für viele Regierungen.

Ein weiterer Aspekt wäre auch die Möglichkeit der Kommerzialisierung von handwerklichen Produkten in Ländern der Dritten Welt. Das eröffnet ungeahnte Chancen für ländliche Gebiete, die durch die Transportinfrastruktur weitgehend daran gehindert sind, ihre interessanten handwerklichen Produkte außerhalb der eigenen Region zu vermarkten. Durch das Internet bekommen diese Gebiete einen weltweiten Markt zur Verfügung gestellt. In einigen Projekten, hat die GTZ bereits versucht, solchen Gebieten die Möglichkeit zu geben, übers Internet handwerkliche Produkte zu verbreiten. Die Liste ließe sich zweifellos verlängern. Ein letzter wichtiger Aspekt ist auch der Tourismus. Die Möglichkeit zu einem Auftritt im Internet gibt vielen Ländern und vielen Regionen die Möglichkeit, auf das touristische Potenzial hinzuweisen und einem weltweiten Konsumentenpublikum diese Chancen bekannt zu machen. Danke.

Angelika Pohlenz, Internationale Handelskammer:

Ich finde die Ideen, die gerade geäußert worden sind, hervorragend. Aber das große Problem, das wir immer wieder sehen, das z.B. auch bei dem Forum der Weltbank auf der EXPO 2000 angesprochen wurde, ist im Grunde genommen, dass die Infrastruktur in diesen Ländern nicht stimmt. Und zwar die Infrastruktur sowohl, was den Zugang zu Telefon als auch Internet betrifft. Das fängt mit der Stromversorgung an. Wenn man überlegt, wie an manchen Tagen in Kenia nicht gearbeitet werden kann, weil nur einmal in der Nacht eine Stunde lang der Strom an ist, dann kann man sich vorstellen, wie das mit dem Internetzugang aussieht.

Eine andere Frage ist die der Ausbildung. Es nützt mir gar nichts, ans Internet zu kommen, wenn ich nicht lesen kann. Auch in diesem Bereich haben wir Probleme der Infrastruktur, die zunächst gelöst werden müssen. Hier muss man sich fragen: Wo setzt unsere Entwicklungspolitik an? Ich glaube, dass wir auf dem richtigen Wege sind, doch es gibt noch weitere Fragen. Sind die Länder, in denen wir den großen "digital divide" haben, in der Lage und auch bereit im Internet das an Inhalten zu präsentieren, was gebraucht wird? Wir hatten uns geeinigt, dass der Inhalt nicht auf Englisch, sondern in der jeweiligen Landessprache ins Netz gestellt werden sollte. Das ist in manchen Ländern sehr schwierig, weil es nicht nur eine Landessprache gibt, sondern sehr viele Dialekte. Ich glaube das ist genau wie die Frage: Was ist sinnvoller? Pentium oder Penizillin? Es muss zunächst Basisausbildung gewährleistet sein, bevor übers Internet Strände oder handwerkliche Produkte vermarkten werden können.

Eva Christoph, UNIFEM-Komitee:

Ich schließe mich gerne an die Vorrednerin an, die sehr präzise Realitäts- und Konkretisierungsebenen eingezogen hat, und freue mich sehr, dass Afrika auf dieser Tagung so in den Blickpunkt gerät. UNIFEM arbeitet mit verschiedenen Frauenprojekten in Afrika zusammen, wo wir vor allem versuchen Frauen in Managementfunktionen im wirtschaftlichen Bereich in verschiedenen Regionen, auch in der regionalen Zusammenarbeit zu fördern.

Hier ist dringend eine bessere Kommunikation auch innerhalb der UNO-Organisationen notwendig. Das heißt ein Erfahrungsaustausch z.B. zwischen der UNO Task Force, UNDP, UNIFEM und humanitären Organisationen über ihre Erfahrung in einzelnen Regionen Afrikas, um dort möglichst schnell und effektiv arbeiten zu können.

Auf der anderen Seite geht es um die Finanzierung. Wegen des Terroranschlags in den USA war es möglich, dass im amerikanischen Kongress 200 Millionen, sofort als Subventionen an Lockheed gingen. In der nächsten Zeit werden Rüstungsbudgeterhöhungen wahrscheinlich in allen Haushalten der Welt relativ schnell durchgehen. Doch es fehlen die 200 Millionen um in den Bereichen Basisgesundheitsversorgung, Bildungssysteme, Verbesserungen der Infrastruktur und Nutzung und Ausbildung im Informationstechnologiebereich Hilfe zu leisten.

Die Situation in Afghanistan und Pakistan erscheint zur Zeit hoffnungsvoll. Es wird die Einhaltung der Menschenrechte versprochen. Die Einbeziehung von Frauenrechten in humanitäre Hilfeleistungen, in den Aufbau eines Rechtsstaates, Ökonomie und Politik soll gewährleistet werden. Aber spannend ist, inwiefern man "public private partnership" jetzt für Afghanistan und Pakistan zur Verfügung stellen könnte. Also 200 Millionen, um Informationstechnologien für die Rekonstruktion von destabilisierten, durch Krieg und Fundamentalismus zerstörten Gesellschaften so einzubringen, dass Rechtsstaat und Frauenrechte und eine blühende Ökonomie innerhalb von 10 Jahren entwickelt werden könnten?

Jürgen Stetten, Friedrich-Ebert-Stiftung:

Ich würde gern einen Aspekt ansprechen, der mir bislang ein bisschen zu kurz gekommen ist. Die Knappheit von IT-Experten in den Entwicklungsländern stellt einen entscheidenden Engpass dar. In diesem Zusammenhang ist in letzter Zeit ein enormer Anstieg des internationalen Wettbewerbs um Experten in der Informationstechnologie festzustellen. Ich würde gerne die Panelisten fragen, wie sie denn die Arbeitsmarkt- und Einwanderungspolitik insbesondere auch in vielen Industrieländern in diesem Zusammenhang bewerten, nicht zuletzt auch die Politik, die wir hier in Deutschland machen.

Wolfgang Wagner, AA:

Ich würde gerne noch eine zusätzliche Dimension einbringen, die mir bei den meisten Gesprächen bisher gefehlt hat. Wir sprechen ein wenig eindimensional von "ICT for development". Immer im Sinn von "wir geben euch etwas ab und hoffen dann dass wir durch die Nutzung dieser Technologien euren Individuen ein etwas besseres Leben vermitteln". Was mir sehr wichtig erscheint, ist auch die IKT-Fähigkeit von Staaten, in der internationalen Zusammenarbeit. Bei Rio plus 10 denke und dem ganzen Bereich der Klimaprojektion, Risikoprojektion, etc. müssen Staaten selbst über so viel Wissen verfügen, dass sie sich im internationalen Geschäft politisch positionieren und dann auch politisch durchsetzen können. Auch im internationalen Bereich braucht es eine "equal opportunities of knowledge" für dieses internationale Geschäft. Danke.

Roland Mauch:

Vielen Dank. Eine Vielzahl von Themen wurde angeschnitten. Die Förderung der Pressefreiheit, Menschenrechte, Vermarktung und Chancen der Tourismusförderung, das Thema der infrastrukturellen Schwächen, Inhalte in Landessprachen, die Umleitung von öffentlichen Mitteln zum Wiederaufbau in Afghanistan, Arbeitsmarktpolitik in Industrieländern und die IKT-Fähigkeit von Staaten. Also eine bunte Palette, ich bitte jetzt die Panelisten der Reihe nach dazu Stellung zu nehmen.

Pekka Tarjanne:

Thank you very much. Most of the speakers had no questions but very good statements. So it is easy to answer by saying that I agree. There were, however, a couple of questions about the ICTF relationship with other UN organisations. There are several memberships in the Task Force like the administrator of UNDP and the president of the World Bank, etc., although we do not have anybody from UNIFEM. But the one bottleneck in Africa is that there is very little equality and the illiteracy of women is even higher than amongst men. And when you talk about ICT in schools, you notice immediately that most of the students are boys. So there are real problems, on which I would like to talk to you in more detail because I have an idea how UNIFEM could be incorporated into the Task Force.

Then another comment which may be slightly critical. But then I have said so many nice things about Berlin in the beginning that now you can understand that "Ich bin kein Berliner." There are some comments for instance about infrastructure. Of course, there is a lack of infrastructure. And there is lack of teachers, of human resources. But one problem is that donor countries and their representatives often try to export their own ideas, not only their own gadgets but their own policies and strategies. That has been a bottleneck very much in Africa. The political leaders in Africa understand much more about these things and they are willing to come up with ideas and requests that are based on their needs and the needs of their citizens. This is a very positive development and I hope that the developed countries will take this opportunity and listen to the leaders and people of the developing world. That would certainly lead to good results on the field. Thank you.

Dr. Abdurahman Aden:

In den vorherigen Vorträgen wurde festgestellt, dass in Europa ein Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit in Bezug auf Internet herrscht. Dies will ich in Bezug auf Afrika anders formulieren. Dort gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen Internet-Unterwanderung und kultureller Identität. Wir haben heute nur über Internet als Segen, nicht so sehr als Fluch gesprochen. Es aber auch negative Seiten in Bezug auf die Kultur Afrikas. Die Webseiten übertragen meistens Mentalität, Moral, Geschmack und Meinungen, die in diesen Ländern nicht gefragt sind oder vielleicht nicht gesellschaftskonform sind. Daher übernimmt die Jugend in den Internet-Cafés in Afrika unkritisch Geschmäcker und Spielregeln, die sich der Gesellschaft nicht anpassen, was natürlich einen gewissen sozialen Konflikt verursacht.

Meine zweite Bemerkung mache ich hinsichtlich der Wichtigkeit des Internets. Wo steht das Internet auf unserer Prioritätsliste? Besonders in Ländern, wo es nur so von Prioritäten wimmelt? Angefangen vom Wasser bis zur Nahrung und "basic needs" fragt man sich nach der Bedeutung des Internets. Dieses Instrument wird auch gebraucht, aber nur sektoral und nur wo es nötig und möglich ist. Vielen Dank.

Olaf Nielinger:

Ein Kollege von mir hat gesagt: Das Problem der afrikanischen Staaten ist die Summe seiner Disfunktionalitäten. Darum stimme ich mit Herrn Aden überein, dass man Ansatzpunkte finden und Prioritäten setzen muss. Diese kann man im lokalen Kontext finden und dann entscheiden, was im Infrastrukturbereich oder Bildungsbereich zu tun ist und welche Technologie zu wählen ist, um die Defizite zu übergehen oder zu lösen.

Ich möchte noch auf weitere Fragen kurz eingehen. Das eine ist die kollektive Nutzung, die im Vordergrund steht. Es gibt Studien, wie viele Benutzer auf einen PC in Afrika kommen. Die großen kollektiven Nutzungsformen, sogenannte Tele-Center in Afrika, müssen ihre

Nachhaltigkeit erst noch beweisen, da sie enorme Startschwierigkeiten haben. Es sind relativ große Einrichtungen, die ihre Büro-Infrastruktur zur Verfügung stellen und das Ganze durch ein breites Service-Angebot begleiten. Doch sie funktionieren mehr schlecht als recht. Dagegen gibt es eine Reihe von sehr erfolgreichen privaten Initiativen, angefangen von kleinen "phone-shops", also kleinen Telefonläden, die auch langsam auf Internet-Dienste ausgeweitet werden. Hier sind Beispiele wie E-Touch in Kenia und Vodacom in Südafrika zu nennen, die kleine Läden flächendeckend ausbreiten und die auch sehr gut und profitabel funktionieren.

In bezug auf das Sprachenproblem ist es heute so, dass die großen afrikanischen Verkehrssprachen im Internet wachsen. Zwar auf sehr niedrigem Niveau, aber es ist zumindest ein Wachstum zu verzeichnen. Wenn es tatsächlich so sein sollte, dass der lokal relevante Nutzen im Vordergrund steht, wird man nicht umhin kommen, den auch in die lokalen Sprachen umzusetzen, wobei man nicht jeden Dialekt berücksichtigen kann.

Zur Knappheit von IT-Experten, und das ist mein letzter Punkt, möchte ich gerne ein Beispiel aus Tansania anbringen. Die tansanische Regierung stand vor dem Problem, dass Bildung zwar der Kern ist, aber nicht klar ist ob bloßes Anwendungswissen oder Expertenwissen benötigt wird. Tansania hat einen dreigliedrigen Ansatz gewählt, nämlich zum einen, als Priorität, die Förderung des Expertenwissens, das heißt, der Ausbau der Studiengänge an den Universitäten. Zweitens das breite Anwenderwissen von: Wie gehe ich mit der Technik um? Wie kann ich Nutzen daraus ziehen? Als drittes Feld werden sogenannte "in-house-fundis" gefördert. Das sind Leute, die an den jeweiligen Schaltstellen sitzen sollen und Hilfestellung bei der Anwendung geben und Probleme der Hardware lösen können. Sie kennen das vielleicht aus Ihrem eigenen Betrieb, wo es heutzutage viele solche Leute gibt, die keine Profis sind, aber die sich gut auskennen. Das Interesse dieser Leute soll gefördert werden, damit sie eine sehr wichtige Rolle einnehmen können als Übersetzer für IKT.

Peter Michael Rügner:

Mir bleibt nicht mehr sehr viel übrig. Das Infrastrukturproblem ist unlösbar. In flächendeckender Form kostet das astronomische Summen, die einfach nicht aufzubringen sind. Womit man sich im Augenblick behelfen kann, ist zu versuchen bestimmte ländliche Gebiete infrastrukturmäßig anzuschließen. Da haben wir ein paar Projekte laufen und versuchen diese weiterzuführen. Man muss sich ansonsten mit Behelfslösungen zufrieden geben. Eine Basisgesundheitsstation, z.B. hat normalerweise einen Generator und möglicherweise ein paar Solarzellen auf dem Dach. Diese müssen dann eben soviel Strom erzeugen, dass man auch noch einen Computer betreiben kann. Aber das sind Projekte, die am Rande laufen. Ich bin zum Beispiel sehr froh, dass die Weltbank endlich nicht mehr so pauschal IKT-Initiativen in die Welt bringt, sondern spezifisch die IKT-Infrastruktur fördert, wofür sie das Geld und den IFC hat und mit der Wirtschaft zusammenarbeitet. Ich glaube, das ist ein ganz positives Zeichen.

Zum Problem der Alphabetisierung. Die Zukunft in Afrika liegt in nächster Zeit bei Mobilfunk und nicht im Internet. Dazu muss man wenigstens nicht lesen und schreiben können. Und es gibt das Beispiel der "mobile systems international", das seinen Sitz in Holland hat und weitestgehend mit arabischem Geld finanziert wird. Es hat bisher in 14 arabischen Staaten Mobilfunknetze aufgebaut und ein hervorragendes Geschäft gemacht. Das hängt einfach davon ab, ob Sie die Fachleute haben, die bereit sind, diese lokale Anpassung zu machen. In Indien beginnt das jetzt allmählich mit ODE usw. Das sind Leute, die es in Amerika nicht mehr aushalten und in ihre Heimatländer zurückgehen um in diesem Be-

reich etwas zu tun. Zuletzt ist die Ausbildung von IKT-Fachkräften ein zentraler Punkt, um den wir uns künftig mehr kümmern wollen.

Abschließend möchte ich darstellen, was wir im Augenblick als follow-up auch der DOT Force in die Wege geleitet haben. Wir lassen für fünf Länder beispielhaft sogenannte IKT-Länderanalysen machen, die den ganzen IKT-Bereich, also Strategie, Infrastruktur, Fachkräftepotenzial und Inhaltsfragen durchleuchten und Ansatzpunkte entwickeln sollen, für Möglichkeiten für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, aber auch z. B. für die deutsche Wirtschaft. Warnen möchte ich vor der genannten "e-commerce" Variante. E-commerce ist ein sehr kompliziertes Geschäft, bei dem es nicht nur darum geht, irgendwelche Waren per Computer zu bestellen. Das Geschäft muss auch bankmäßig abzuwickeln sein. Man sollte wirklich nicht unterschätzen, welche Probleme in diesen ganzen Geschäften drinstecken.

Roland Mauch:

Ich bedanke mich bei den Panelisten, besonders bei Herrn Tarjanne und bei Ihnen, die Fragen gestellt haben. Jedenfalls fahre ich bereichert nach New York, um an der ICTF teilzunehmen. Ich werde aufgrund der Zeitknappheit nur kurz zusammen fassen. Mir fällt auf wie sehr hier Afrika im Vordergrund steht, wenn es um digitale Kluft geht. Als ob andere Weltgegenden keine Probleme hätten. Aber es ist bemerkenswert und passt auch in die diversen multilateralen Programme auf allen Ebenen, bis hin zu den Vereinten Nationen. Ein zweiter Punkt, den ich vielleicht doch aufgreifen möchte ist das Infrastrukturproblem. Ich glaube, das ist wie Sie sagten nicht zu lösen und hängt zusammen mit zu entwickelnden Prioritäten. Wenn man ein e-System irgendwo einführen möchte, muss man sich genau überlegen, ob die Bildung ist vorrangig ist oder das Gesundheitswesen. Ganz sicher ist es nicht möglich, die ganze Welt gleichzeitig mit den Internet und E-mail-Anschlüssen zu beglücken. "On this happy note", bedanke ich mich noch mal bei Ihnen.

Panel 3: Brauchen wir eine globale Rechtsordnung für das Internet?

Moderation: Thomas Fitschen, Auswärtiges Amt:

Ich darf Ihnen zu Beginn kurz unser Panel vorstellen: Unseren einführenden Referenten, Professor Dr. Alexander Roßnagel, Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Universität Kassel und gleichzeitig Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für europäisches Medienrecht in Saarbrücken; Herrn Gert Bielefeld, Projektleiter für *E-Excellence* bei Siemens Business Services in München und zugleich Mitglied der deutschen G8 DOT Force-Delegation; Herrn Dr. Detlef Eckert von der Generaldirektion Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission in Brüssel; Frau Regina KaltheGener, Rechtsanwältin in Berlin und Mitglied von *Terre des Femmes*.

Das Thema des heutigen Panels lautet: "Brauchen wir eine globale Rechtsordnung für das Internet?" Mit den Fragen, die wir gestern besprochen haben, hatte ich als einer derjenigen, der das Programm für dieses 6. Forum konzipiert hat, kein allzu großes Glück. Auf unsere erste Frage hat Professor Leggewie zunächst gleich ein halbes Dutzend Antworten gegeben, um uns danach zu erklären, dass ihn das "Gehören" im Sinne des Zivilrechts eigentlich gar nicht so sehr interessiert, sondern eher der durch das Internet geschaffene öffentliche Raum und die partizipatorischen und emanzipatorischen Potenziale, die das eröffnet. Danach hat uns auch Herr Wessling in seiner holländisch-pragmatischen Art beschieden, das sei "the wrong question", weil er die Anwendbarkeit von "gehören" auf das Internet schon gar nicht akzeptieren möchte. Auch bei Frage zwei hat uns Herr Tarjanne erklärt, dass sie im Grunde falsch formuliert sei, es müsse heißen, "digital divide *and* digital opportunities" - und das sei auch gar nicht die Frage, sondern schon die Antwort. Nach diesen Erfahrungen wage ich gar nicht, mir auszumalen, welches Schicksal unsere dritte Frage erleiden wird, sowohl hier auf dem Panel als auch nachher in der Diskussion mit Ihnen, die Frage nämlich, ob wir eine globale Rechtsordnung für das Internet brauchen. Und diese Frage möchte ich jetzt gleich an Herrn Professor Roßnagel weitergeben.

Einführung: Professor Dr. Alexander Roßnagel, Universität Kassel:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich greife genau die Frage auf, die der Herr Vorsitzende angesprochen hat: Ist die Frage "Brauchen wir eine globale Rechtsordnung für das Internet?" nicht eigentlich schon überholt? Die meisten Staaten der Informationsgesellschaft, Europa und Deutschland auch, haben die wichtigsten Fragen inzwischen geregelt, in den Datenschutzrichtlinien einerseits und im Fernabsatzgesetz, im Gesetz für den elektronischen Geschäftsverkehr, im Signaturgesetz, im Gesetz zur Anpassung der privatrechtlichen Formvorschriften im Mediendienst, im Staatsvertrag andererseits. Diese und ähnliche Regelungen gelten allerdings nur in einem Teil der Welt, und sie regeln auch nicht alle Regelungsprobleme. Außerdem stoßen sie auf grundsätzliche Kritik. Daher erscheint es trotz der jüngsten Rechtsentwicklungen lohnenswert zu untersuchen, ob und wie die geltende Rechtsordnung fort- oder vielleicht auch rückentwickelt werden sollte. Hierzu will ich die Fragen nach einer globalen Rechtsordnung für das Internet in die in ihr enthaltenen Teilfragen aufspalten.

Weitgehend geklärt erscheint mir die *erste Teilfrage*, ob wir für das Internet überhaupt allgemeine unverbindliche Regeln brauchen. Im Internet hat sich ein körperloser Sozialraum entwickelt, in dem nahezu alle Aktivitäten, die in der körperlichen Welt möglich sind, in unkörperlicher Weise realisiert werden. In ihm finden soziale Kontakte, wirtschaftlicher Austausch und rechtlicher Verkehr statt. In ihm werden Interessen verfolgt, Konflikte ausgetragen und Macht ausgeübt. Auch im Internet bedarf es allgemein verbindlicher Regeln, die den neuen Sozialraum ordnen. Diese Ordnung kann nicht der spontanen Selbstorganisation und dem Marktgeschehen überlassen werden. Diese bieten nämlich nicht von selbst Jugend-, Daten-, Verbraucher- und Urheberschutz und den Schutz anderer Individualinteressen, und sie vermögen allgemeine Interessen wie Wettbewerb, Völkerverständigung, öffentliche und nationale Sicherheit oder Steuererhebung auch nicht durchzusetzen.

Wenn das Internet also eine Ordnung benötigt, stellt sich die *zweite Teilfrage*: Muss es eine eigene Ordnung sein, die spezifisch für das Internet gilt? In erster Näherung erscheint dies nicht erforderlich, da im Internet vergleichbare Konflikte auftreten wie in der körperlichen Welt und die gleichen Interessen wie dort zu schützen sind. Allerdings müssen die Eigenheiten des Internet als körperloser Sozialraum berücksichtigt werden. Hier gelten weitgehend andere Bedingungen als in der körperlichen Welt. Informationen sind nicht in materiellen Trägern verkörpert. Sie haben keine Geschichte. Sie können jederzeit spurlos verändert werden. Sie erfordern umfassende Vorkehrungen, wenn sie verlässlich und beweisbar sein sollen. Für unverkörpernte Informationen ist nicht zwischen Original und Kopie zu unterscheiden. Von allen Inhalten im Internet, auch von einmaligen geistigen und künstlerischen Schöpfungen, können beliebige Vervielfältigungen ohne Qualitätsverlust hergestellt werden. Sie können schnell und weit verbreitet werden. Dies bringt nicht nur Probleme im Urheberrecht, sondern in allen Bereichen, in denen bisher die Unterscheidung zwischen Original und Kopie wichtig ist oder in denen ein Unikat vorausgesetzt wird, wie bei Urkunden, Wertpapieren und ähnlichen Berechtigungsnachweisen. Im Internet begegnet man sich nur virtuell. Dies ermöglicht, andere Identitäten anzunehmen und neue Verhaltensweisen auszuprobieren,. Es erschwert aber auch, Verantwortung sicherzustellen. Die Unsicherheit darüber, wer einem gegenübersteht, erfordert eigene Formen des Nachweises von Identitäten, Eigenschaften und Berechtigungen oder der Autorenschaft von Willenserklärungen. Alle Informationen, die über das Internet transportiert werden, sind für alle daran Beteiligten einsehbar, ihr Geheimnisschutz entspricht dem einer Postkarte. Ein Umschlag um diese Informationen muss durch Verschlüsselung künstlich hergestellt werden. Die unverkörpernten Informationen sind an keinen Ort gebunden, auch nicht an ein Hoheitsgebiet. Für sie gibt es keine Grenzen und keinen Zoll. An Grenzen stoßen dagegen die Durchsetzbarkeit und Vollstreckbarkeit von Rechtsbefehlen. Verbietet man Information in einem Gebiet, werden sie in anderen gespiegelt. Solange es irgendwo auf der Welt noch eine Rechtsoase gibt, fällt es schwer, illegale Informationen zu unterdrücken und ihre Verbreiter zur Verantwortung zu ziehen. Im Internet spielt Zeit kaum eine Rolle. Jede Information kann jederzeit überallhin in Sekunden übermittelt werden. Sofern das Recht Zeit gewährt, um etwa im Verbraucherschutz dem Menschen ein Nachvollziehen und Nachdenken zu ermöglichen, muss diese Langsamkeit den Vorgängen künstlich eingebaut werden. Unkörperlichkeit heißt nicht, dass es keine Spuren gibt. Im Gegenteil gibt es mehr Spuren als in der körperlichen Welt. Jede Handlung im Internet setzt die Verarbeitung von Daten voraus. Dadurch können etwa beim elektronischen Einkauf jeder Schritt im "Kaufhaus" und jeder Blick in das "Schaufenster" gespeichert und zu Interessenprofilen zusammengeführt werden. Je nach Adressierungsschema sind die Profile unmittelbar einer Person zuzurechnen oder nur dann, wenn sie sich z. B. durch eine Bestellung zu erkennen gibt. Informationen dürfen künftig vorrangig oder sogar exklusiv im Internet angeboten werden, um-

so wichtiger wird der Informationszugang. Während der physische Ort im Internet an Bedeutung verliert, werden zugängliche und unzugängliche Zonen an Bedeutung gewinnen.

Soweit diese Eigenheiten des Internet eine Rolle spielen, genügen die alten Regeln für die körperliche Welt nicht. Spezifische Regeln sind mindestens aus drei Gründen notwendig: erstens, um effektiven Schutz und ausreichende Rechtssicherheit zu bieten, zweitens, um den neuen Infrastrukturen wie etwa *public key*-Infrastrukturen einen Rahmen vorzugeben, und drittens, um Internetanwendungen den Weg freizumachen, etwa im Recht der Willenserklärungen, der Verwaltungsverfahren und der Gerichtsordnungen. Zwar ist hierfür keine eigene Rechtsordnung notwendig. Ob die notwendigen problemadäquaten Regelungen in eigenen Gesetzen gefasst oder in bestehende integriert werden, ist eine Frage der Rechtssystematik oder Rechtskultur. Doch muss man sehen, dass im Internet ein elektronischer Rechtsverkehr mit eigenständigen Problemen und Regeln etabliert wird. Nun ist drittens zu fragen, ob diese Regeln durch demokratisch gesetztes Recht getroffen werden müssen. Als Alternativen werden Selbstregulierung und in Technik inkorporiertes Recht angeboten. Selbstregulierung und Selbstkontrolle versprechen besondere Vorteile hinsichtlich problemadäquater, schneller, flexibler, weltweiter und akzeptierter Regelungen. Soweit sie diese Versprechen tatsächlich erfüllen können, sollten sie genutzt werden. Dies wird in geschlossenen Gruppen eher möglich sein als für das offene Netz, und es wird für einige der genannten Regelungsprobleme eher realisierbar sein als für andere. Selbstregulierung taugt jedoch nicht als durchgängiges Regelungsprinzip. In ihr setzen sich meist die wirtschaftlich stärksten Interessen durch zu Lasten von Konkurrenten, Dritten oder künftiger Generationen. Den durch Selbstregulierung entstandenen Regelungen fehlt nicht nur die demokratische Legitimation, sondern auch die Interessenrepräsentanz. Sie gelten nie allgemein, sondern nur gegenüber denjenigen, die sich ihnen unterworfen haben. Dies wird im Internet immer nur eine Minderheit sein. Dies genügt nicht, wenn allgemein verbindliche Regeln benötigt werden. Selbstregulierung kann eventuell den Handel erfassen, nicht aber die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben und Verfahren der staatlichen Verwaltung oder Rechtsgewährleistung. Für diese sind gesetzliche Regelungen, etwa zur Gültigkeit von Willenserklärungen oder zur Verwendung von Beweismitteln notwendig. Die selbstgesetzten Regeln können gegen Abweichende nicht durchgesetzt werden, da wirksame Kontroll- und Zwangsmechanismen fehlen. Im Konfliktfall vermögen sie keinen effektiven Schutz zu gewähren. Auch können unterschiedliche Selbstregulierungsregime zu einer weiteren Rechtszersplitterung statt einer Rechtsvereinheitlichung führen.

Im Ergebnis heißt dies für das offene Internet: Eine rechtliche Regulierung ist unvermeidbar. Nur sie kann die notwendige allgemein verbindliche Ordnung und den erforderlichen rechtlichen Schutz gewährleisten. Dabei sollten aber die Vorteile der Selbstregulierung dort genutzt werden, wo diese inhaltlich vertretbar und tatsächlich effektiv sind. Dies wird in der Regel nur in der Form möglich sein, dass Gesetze der Selbstregulierung Ziele setzen, ihr aber deren Konkretisierung überlassen, ihr einen Rahmen für die faire Entstehung der Regeln vorgeben und ihre Durchsetzung unterstützen. Die Durchsetzung von Regelungen durch Gestaltung der Technik und der Infrastrukturen ist zu begrüßen, wenn dabei legitimierte Rechtsziele offen verfolgt werden. Durch solche Technik kann der rechtliche Schutz verstärkt werden. So ist es sehr hilfreich, wenn technische Codes weltweit abgesegnete Mindestregelungen unterstützen, wie etwa der Datenschutz-Standard D 3 P, die datenschutzrechtliche Mindestregel des "notice and choice". Rechtlich verhindert werden müssen jedoch Techniklösungen, durch die Partikularinteressen unerkannt und unlegitimiert in Techniklösungen, in Technikstrukturen eingebaut werden, wie dies etwa bei dem unbemerkten Speichern von "global unit identifiers" und "histories" in Dokumenten der Fall ist, die von Microsoft-Programmen erstellt werden. Technikeinsatz allein ist also ambivalent.

Daher müssen Rechtsregeln der technischen Gestaltung vorangehen, weil nur dann legitime und illegitime Technikgestaltung festgestellt werden kann. Diese Regeln müssen der Technik-Entwicklung und Gestaltung demokratisch legitimierte Ziele vorgeben.

Wenn wir also eine Rechtsordnung für das Internet benötigen, stellt sich die *letzte Teilfrage*, ob diese global sein muss. Dies scheint auf der Hand zu liegen. Das globale Internet erzeugt für den elektronischen Wirtschafts- und Rechtsverkehr einen einheitlichen *cyber-space*, der einheitliche Regelungen erfordert. Weder für den Anbieter noch für den Nachfragenden ist es zumutbar, eventuell über hundert Rechtsordnungen beachten zu müssen. Für globale Regelungen besteht daher ein großer Bedarf. Sie setzen aber einen globalen Konsens über Regelungsbedürftigkeit und Regelungsinhalte voraus. Aber diesen Konsens haben wir noch lange nicht erreicht. Noch fehlt die inhaltliche Grundlage für eine einheitliche Rechtsordnung, soll nicht einfach das US-amerikanische Recht übernommen werden. Globale Regelungen stehen nicht am Anfang, sondern eher am Ende der Rechtsentwicklung. Bis dahin ist die Internet-Gesetzgebung Sache der Staaten, die in einem Wettbewerb der Regelungssysteme stehen. Einzelne Staaten, wie etwa Deutschland im Datenschutz und im Signaturrecht, müssen mit eigenen Regelungen vorangehen können. Andere werden diesem Beispiel folgen oder es ablehnen. Diese Entwicklung und Einschränkung von Optionen fördert die globale Willensbildung über geeignete Problemlösungen. Solange jedoch wesentliche kulturelle und rechtliche Unterschiede bestehen, ist eine Vereinheitlichung, die diese nicht berücksichtigt, nicht wünschenswert. Dies schließt es nicht aus, dass eine gegenseitige Rechtsanpassung erfolgt. Vielmehr ist dies für einen weltweiten elektronischen Rechtsverkehr eine notwendige Voraussetzung. Eine globale Annäherung der Rechtsvorstellungen können internationale Organisationen und private internationale Vereinigungen wie der Global Business Dialogue unterstützen, indem sie beispielsweise Musterregelungen entwerfen.

Allerdings ist nicht in jedem Regelungsbereich eine weltweite Koordination gleichermaßen dringlich. Einige Beispiele: Ein hohes Maß an Vereinheitlichung ist beispielsweise hinsichtlich der Rechtssicherheit von rechtsverbindlichen Handlungen geboten. Ob eine Willenserklärung im Internet zulässig, formgerecht und beweisgeeignet ist, sollte möglichst gleichförmig geregelt werden, da bei unterschiedlichen Regelungen ein globaler E-Commerce ausgeschlossen oder stark behindert ist. Ein hohes Maß an Kooperation zwischen den Staaten ist für die Rechtsdurchsetzung geboten. Die Globalität des Internet und die Unkörperlichkeit der Information bedingen einen starken Machtverlust der Territorialstaaten in diesem Sozialraum. Diesem können sie nur dadurch einigermaßen entgegenwirken, dass sie sich in der Rechtsdurchsetzung gegenseitig unterstützen. Hinsichtlich der materiellen Schutzstandards erscheint eine vollständige Anpassung der Rechtsordnungen dagegen nicht unbedingt erforderlich. Für die Bereiche des Verbraucher- und Datenschutzes könnte eine Form der Koordinierung gewählt werden wie in den einschlägigen europäischen Richtlinien. Hier könnte es ausreichen, sich auf ein einheitliches Mindestniveau zu verständigen, das in einzelnen Rechtsordnungen aber gesteigert werden kann. Dadurch können unterschiedliche Regelungskonzepte erprobt und das Internet lernfähig gehalten werden. Eine völkerrechtliche Absicherung ist für den Zugang zum Internet und zu Informationen erforderlich. Das Internet wird künftig die entscheidende Informationsressource sein. Im Rahmen einer internationalen Wettbewerbsordnung und zur Gewährleistung der Chancengleichheit unterentwickelter Volkswirtschaften muss sichergestellt werden, dass ein freier Informationsfluss zu angemessenen kommerziellen Bedingungen nicht durch Monopole oder Oligopole verhindert wird. Umgekehrt müssen schadenstiftende Informationen, die im Rahmen von Software-Angriffen die Verletzlichkeit der Informationsgesell-

schaft ausnutzen, abgewehrt werden. Um hier die Verantwortung der Staaten zu mobilisieren, sollte der *cyberspace* zum international geschützten Bereich erklärt werden.

Lassen Sie mich meine Überlegungen mit einer relativierenden Bemerkung abschließen. Trotz aller rechtlichen Verbesserungen und Angleichungen werden die Staaten und Rechtsordnungen im Internet ihre Schutzaufgaben in vielen Fällen nicht mehr oder ausreichend erfüllen können. Ihre Erfüllungsverantwortung muss auf eine Gewährleistungsverantwortung reduziert werden, sollen sie nicht überfordert werden. Können sie aber den Schutz ihrer Bürger nicht mehr selbst gewährleisten, so müssen sie diese zum Selbstschutz befähigen. Dies ist in einem technischen Umfeld wie dem Internet nur durch technische Mittel möglich. Rechtsziele wie etwa die informationelle Selbstbestimmung oder Geheimnisschutz werden sie in einem globalen Netz nur dann gewährleisten können, wenn sie ihren Bürgern die Nutzung weltweit wirksamer technischer Hilfsmittel ermöglichen.

Reaktion der Panelisten und Diskussion:

Gert Bielefeld, Siemens Business Services:

Ich möchte hier einige Aspekte aus der Sicht eines global tätigen Großunternehmens in die Diskussion einbringen und zunächst Herrn Professor Roßnagel danken, dass er das Thema so ein bisschen aus der rein juristischen Ecke herausgeholt hat, was der Komplexität des Internets auch eher entspricht. Die Vernetzung aller Bereiche der Gesellschaft schafft neue Möglichkeiten. Das ist unbestritten. Der Nutzen wird aber dann am größten sein, wenn die Rahmenbedingungen für Wachstum geschaffen werden, damit das ganze Potenzial der digitalen Ökonomie ausgeschöpft werden kann. Dieses Potenzial besteht zum einen in der nutzerorientierten, bedarfsgerechten Zurverfügungstellung von Informationen im Rahmen unserer Wissensgesellschaft, aber in zunehmendem Maße auch im Zusammenbringen unterschiedlichster Partner, sei es aus der Industrie, sei es aus der Verwaltung oder seien es auch die Konsumenten. Hier reden wir dann über Transaktionen und auch in zunehmendem Maße über Prozesse und Prozessketten, die über das eigene Unternehmen weit hinausgehen und enorme Chancen für Rationalisierungs- oder für Produktivitätsfortschritte und Wachstum ermöglichen. Da sich die Technik und die Märkte in der digitalen Welt schneller ändern als politische Institutionen reagieren können, sollten die Märkte selbst den Weg weisen, wie die geschäftlichen Rahmenbedingungen zu gestalten sind. Politische oder gesetzgeberische Einflussnahme sollte, wo notwendig, stabile, international gültige Rahmenbedingungen schaffen, die das Wachstum von E-Business fördern. Unausgereifte Gesetzgebung und Überregulierung behindern Innovation und Entwicklung. Ein Mix von Gesetzgebung und Selbstregulierung der Industrie liefert den Schlüssel zum Erfolg. Vor diesem Hintergrund sehen wir die folgenden Thesen als wesentlich im Umfeld von Internet und E-Business an:

1. *Sicherheit:* E-Business erfordert Maßnahmen, die die am Transaktionsprozess Beteiligten in Bezug auf Identität, Authentizität und Vertraulichkeit absichern und sicherstellen, dass online-Transaktionen rechtlich bindend sind. Dies muss über nationale Grenzen hinweg sichergestellt sein.
2. Der *Schutz der Privatsphäre* erhält eine wachsende Bedeutung. Dieser umfasst den Schutz persönlicher Daten ebenso wie den Schutz vor unerwünschtem Kontext oder vor unerwünschter Kommunikation.
3. *Aktuelle oder neue rechtliche Aspekte* des E-Business sollten auf bestehenden gesetzlichen Regelungen aufbauen, um eine Fragmentierung der Gesetze zu vermeiden. Wir glauben, dass E-Business nur in einigen Bereichen eine neue Gesetzgebung erfordert.

4. *Konsumentenvertrauen*: Politik und Industrie müssen gemeinsam Anstrengungen unternehmen, um das Vertrauen in E-Business zu erhöhen und auf die bestehenden und zum Teil auch berechtigten Bedenken eingehen. Andernfalls werden sich die Chancen, die sich für Industrie und Konsumenten aus globalen elektronischen Marktplätzen und der Nutzung des Internet ergeben können, nicht ausschöpfen lassen.
5. *Digital divide*: Das Schließen der digitalen Kluft sowohl in Bezug auf ökonomische als auch gesellschaftliche "gaps" muss als Chance begriffen werden. Und in dem Zusammenhang spielen auch einige der wesentlichsten Punkte im Rahmen des *digital divide*, nämlich der politische und der rechtliche Rahmen eine Rolle. Hier können die Industriegesellschaften eine Hilfe bieten, damit die Entwicklungsländer sehr früh an *best practice*-Beispielen der Industriestaaten anknüpfen und daraus ihren Nutzen ziehen können.
6. *Internet governance und Netz-Infrastruktur*: Die Entwicklung des Internet als Basis für E-Business hängt von effizienten internationalen offenen Systemen ab, die beispielsweise Domain- oder IP-Adressen zuteilen. Dies hat ohne Diskriminierung und mit der gebotenen Transparenz zu erfolgen.
7. *Intellectual property rights*: Die internationale Harmonisierung der Gesetzgebung in Bezug auf das Urheberrecht und Patentrechte an Business-Methoden stellen eine der zentralen Herausforderungen für *intellectual property rights* dar.
8. *Steuern*: Siemens unterstützt die Adaption und internationale Harmonisierung bestehender Steuerbestimmungen im Gegensatz zu neu zu schaffenden Regelungen.
9. Und last but not least *Handelspolitik*: Offene Märkte sind essentiell für E-Business. Die bestehenden Vereinbarungen der Welthandelsorganisationen sind entsprechend anzuwenden.

Dr. Detlef Eckert, Europäische Kommission:

Wenn von den Internet-Regeln oder Rechtsordnung gesprochen wird, verbindet man damit häufig - auch auf Seiten der Industrie - quasi reflexartig Schutzrechte, Einschränkungen, Regulierungen. Ich kann Ihnen sagen, dass die Bemühungen der Kommission etwa seit 1996 in Bezug auf das Internet in erster Linie, wenn Sie so wollen in einer ersten Welle darauf gerichtet waren, Regeln für das Internet zu machen. Das bedeutet im Klartext, Freiheiten zu schaffen. Das bedeutet zunächst einmal die gesamte Liberalisierung der Telekommunikations-Infrastruktur und Dienste. Das bedeutet über die E-Commerce-Richtlinie Schaffung von kommerziellen Freiräumen. Das bedeutet über die E-Signatur-Richtlinie Schaffung von Rechtssicherheit und Anerkennung von Rechtsgeschäften im Internet. Es ging uns hier in einer ersten Linie um marktöffnende Maßnahmen, um innovationsstärkende Maßnahmen, weil dies das Gebot der Stunde war. Es dauerte natürlich nicht lange, bis Datenschützer, öffentliche Sicherheitsbehörden, Verbraucherschutz, Jugendschutz, Medienhüter das Internet als Herausforderung begriffen und entsprechend reagiert haben. Das heißt, wir haben hier eine, ich will nicht sagen konkurrierende Gesetzgebung, das wäre völlig falsch. Aber es gibt im Prinzip zwei Aspekte, nämlich die Wahrung der bestehenden Rechtsordnung auf der einen Seite und die Öffnung der Märkte auf der anderen Seite. Im Übrigen ist häufig beides kein Zielkonflikt. Der beste Verbraucherschutz ist Wettbewerb. Wenn der Verbraucher Wahlmöglichkeiten hat, dann hat er im Prinzip den besten Verbraucherschutz, den er sich denken kann.

Das Internet schafft neue Fragen. Die Umsetzung des bestehenden Rechts ist schwierig, zum Teil sogar unmöglich, und zwar aus zwei Gründen: Die Technik entwickelt sich weiter, es gibt Umgehungsmöglichkeiten. Das Zweite ist die globale Reichweite des Internets. Ein Beispiel für die Schwierigkeiten der Umsetzung liegen im Datenschutz. Wir streiten uns nun seit zwei, drei Jahren mit den Amerikanern über Datenschutz. Ein anderer Fall ist

beispielsweise das Urteil eines französischen Gerichtes, das *yahoo.com* - also nicht *yahoo.fr* - verpflichten wollte, in den USA die Seiten für französische Staatsbürger zu sperren. Dass eine solche Regulierung nicht durchsetzbar ist, dass also auch das Urteil nicht durchsetzbar ist, versteht sich von allein. Trotzdem wird das versucht. Zweitens sind Versuche, bestehende Rechtsordnungen auf dem Internet anzuwenden, häufig nicht praktikabel, z. B. wenn Sie an Rechtsstreitigkeiten denken. Der Verbraucherschutz sieht sehr häufig vor, dass der Verbraucher im eigenen Land klagen kann, das eigene Recht anwenden kann. Aber für 90 Prozent der Internet-Transaktionen lohnt es sich gar nicht. Da ist es viel besser, wenn man sogenannte "online dispute resolutions systems" einsetzen könnte. Und ein ganz kritischer Punkt: Es gibt einen Zielkonflikt zwischen der Förderung des Internets auf der einen Seite und teilweise der bestehenden Rechtsordnung auf der anderen Seite. Sie können das z.B. in Deutschland sehen am *Doc Morris*-Fall. Das bestehende Apotheker-Recht und die Auffassung von Apothekern über die Schützenswürdigkeit ihres Marktes steht in scharfem Kontrast zur Herausforderung von Internet-Apotheken. Und wir müssen uns in einigen dieser Fragen entscheiden, was wir wollen. Wollen wir Freiräume schaffen oder wollen wir bestehende Ordnungen, bestehende Rechte weiter bestehen lassen? Das Ergebnis ist Folgendes: Es macht keinen Sinn, *online* und *offline* gleichzusetzen. Das heißt, die häufige Formulierung, was *offline* erlaubt oder verboten ist, muss auch *online* erlaubt oder verboten sein, das gilt in prinzipiellen Fragen, aber es gilt nicht in der Umsetzung. Und das Zweite ist, dass wir durch die zahlreichen Aktivitäten sowohl europäisch, sowohl international und auch national in der Zwischenzeit eine Rechtsordnung bekommen haben, die in sich nicht geschlossen ist, die einige Inkonsistenzen aufweist und insofern auch einigen Anlass zur Sorge bietet. Insofern verstehen wir die Industrie, dass sie hier doch einige Bedenken hat, was die Regulierungsaktivitäten betrachtet.

Ich hoffe, dass ich Ihnen im weiteren Lauf der Diskussion dann auch einige Lösungsmöglichkeiten anbieten kann. Aber ich wollte Ihnen zunächst einmal diesen Problemaufriss vermitteln.

Regina Kalthegener, Terre de Femmes:

Sie werden vielleicht fragen, was *Terre des Femmes* eigentlich ist. *Terre des Hommes* kennen Sie sicherlich, und soweit ich das vom Teilnehmerkreis hier sehe, sind sehr viele Vertreterinnen und Vertreter aus dem wirtschaftlichen Bereich. Da ist *Terre des Femmes* höchstens vielleicht mal dadurch unbequem aufgefallen, dass wir im Rahmen einer "Clean Clothes Campaign" spezielle Regelungen für einen menschenwürdigen Arbeitsplatz, speziell Frauen betreffend, gefordert haben. *Terre des Femmes* ist eine Frauen-Menschenrechtsorganisation, die auch Mitgliedsorganisation im "Deutschen Forum Menschenrechte" ist. Und dieses Forum Menschenrechte schaut seit Beginn, seit seiner Gründung 1994, der Bundesregierung im Menschenrechtsbereich auf die Finger, und wir haben konkret seit 1996 mit dem Internet zu tun, als wir Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt haben. Wir haben Verantwortlichen der Regierung Bilder zeigen können, dass es massive Menschenrechtsverletzungen gibt und dass in dem Bereich etwas passieren muss.

Meine Frage hier auf dem Podium ist eine ganz andere. Sie geht einerseits weg von dem Wirtschaftlichen, aber sie bezieht sich intensiv darauf, nämlich: Brauchen wir eine Rechtsordnung für das Internet zur Förderung und zum Schutz von Menschenrechten? Ich habe mir notiert, was mein Vorredner Herr Bielefeld Ihnen gesagt hat, die Punkte, die für die Wirtschaft entscheidend sind. Sie treffen auch in hohem Maße für den Menschenrechtsbereich zu. Aber es fehlt ein Punkt, und der kann gut integriert werden: Es fehlt nämlich die Verantwortlichkeit für Inhalte nicht nur im Sinne von Sicherheit, also *dass* E-Commerce funktioniert, sondern auch *wie* E-Commerce gemacht wird, mit welchen Hintergründen,

und ob E-Commerce z. B. zulässt, dass zu Lasten von Menschen Menschenrechtsverletzungen durchgeführt werden. Wenn ich mir jetzt den Menschenrechtsbereich anschau, stecke ich in der Tat in einem Dilemma: Wenn ich mir einerseits Bilder vergegenwärtige, die im Internet abrufbar sind und die massive Menschenrechtsverletzungen in bester Farbqualität zeigen, teilweise sogar akustisch vernehmbar und vor laufender Kamera: Vergewaltigung, Folter, Tötung von Menschen - es gibt solche Dinge abrufbar nach wie vor oder vermehrt sogar -, dann möchte ich ohne Zögern sofort für besondere Gesetze plädieren, für staatliche Vereinbarungen, vielleicht auch für eine vereinheitlichte Rechtsnorm. Wenn ich aber andererseits daran denke, wie oft Hilferufe auf demselben Weg an unsere Mitgliedsorganisationen weitergeleitet wurden, an Kolleginnen und Kollegen, wo wir über Einzelschicksale informiert wurden aus dem Kosovo, Tschetschenien, Afghanistan, aber auch über Einzelschicksale, z.B. dass Straßenkinder in Brasilien von Gruppierungen getötet wurden, die der Polizei dort zuzurechnen sind, dann bin ich sehr froh darüber, dass wir einen noch relativ weiten rechtsfreien Raum haben, der auch diese Möglichkeiten der Information zulässt.

Wir haben gestern schon einige wichtige Bereiche besprechen können, und ich kann mich da nur anschließen. Der Ruf nach Regulierung oder nach Filtern ist immer sehr stark da, aber er kann auch zu ganz problematischen Ergebnissen führen. Beispiel USA: Es wurde auch eben die Frage aufgeworfen, ob wir vielleicht das US-Recht als Basis nehmen sollten. Wenn ich etwas filtere, dann muss ich mir den technischen Möglichkeiten entsprechend die Filter bauen, also technisch und auch inhaltlich. Und das, was ich filtere, bestimme ich, also derjenige, der die Filter setzt. Das kann natürlich zu grotesken Ergebnissen führen, wie in den USA geschehen, wo Berichte ausgeblendet werden können, in denen das Wort "Brust" oder Genitalbereiche wörtlich genannt werden. Das kann natürlich zu der grotesken Situation führen, dass dann auch ärztliche Beiträge herausgefiltert werden, weil sie diese Worte beinhalten. Im Menschenrechtsbereich ist es ähnlich. Und es ist auch eine Gefahr, wenn wir uns z. B. China anschauen, also ein Land von mehreren, die versuchen das Internet zu kontrollieren, dass dann eine Internet-Polizei entsprechend *User* identifizieren kann. Und ich weiß konkret, dass vor ein paar Jahren etwas zu Verhaftungen und auch zur Androhung der Todesstrafe geführt hat, weil da etwas gesagt wurde, was der Partei nicht genehm war. Insofern ist es sehr schwierig zu sagen, will ich eine Regulierung, will ich einen Filter, oder ist es besser, es so zu lassen wie es ist? Dann aber plädiere ich dafür, dass Verantwortlichkeit eine Rolle spielt, Selbstverpflichtung auch in dem Bereich wiederum für Wirtschaft, wie es auch im realen Leben sehr zu fortschrittlichen Ergebnissen geführt hat.

Professor Dr. Alexander Roßnagel:

Vielleicht nur eine ganz kurze Erwiderung. Ich denke, dass die Aussage von Herrn Dr. Eckert sehr zutreffend ist, dass die Ziele des Rechts, die allgemein formuliert sind, auch in der Rechtsordnung für das Internet oder in der Teilrechtsordnung für das Internet weiterverfolgt werden müssen. Auch dort muss versucht werden, Datenschutz, Verbraucherschutz, Jugendschutz, Menschenrechte umzusetzen, aber es kommt darauf an zu sehen, dass es dort mit anderen Mitteln erfolgen muss. Die Instrumente, die der Staat und die Rechtsordnung sich geschaffen haben, um dieses Recht in der körperlichen Welt durchzusetzen, sind nicht ohne weiteres übertragbar, und auch die Erwartungen an den Staat sind nicht ohne weiteres übertragbar sind auf die Online-Welt. Wir brauchen dort andere Mittel, und wir brauchen dort auch ein anderes Verhältnis zu der Erwartung an staatlichen Schutz und zu der Aufgabe, die Einzelnen zukommt, sich zu schützen. Wir brauchen dort unter Umständen auch ein neues Maß an Toleranz. Wir können unter Umständen nicht alle Erwartungen, die wir für die Offline-Welt an den Staat, an die Rechtsordnung haben, ohne

jeden Abstrich auf die Online-Welt übertragen, sondern da muss eine neue Balance gefunden werden zwischen Aufgaben des Staates, Aufgaben gesellschaftlicher Gruppen und Aufgaben des Einzelnen.

Dr. Hartmut, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Ich leite im BMWi einen Arbeitsstab "Strukturelle Aspekte der Globalisierung", ähnlich wie Herr Wrede, und bin sehr an der internationalen Wettbewerbspolitik interessiert. Da gibt es ja wohl das "Self-Haven-Abkommen" zwischen der EU und der amerikanischen Seite. Meine Frage an Herrn Dr. Eckert: Ist das ein Modell der Kombination von privaten und öffentlichen Interessen, im Sinne eines "soft law" etwas zu setzen, was den elektronischen Geschäftsverkehr erleichtert, aber keine neuen Rigiditäten einführt? An Herrn Professor Roßnagel die Frage, aber auch an die anderen Damen und Herren: Wir haben ja im Gesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr auch vorgesehen die Möglichkeit der privaten Selbstregulierung, dass also die Portale-Anbieter oder Internet-Provider ihre ethischen Standards selbst definieren und damit sozusagen einen Filter vorbauen, *bevor* der Staat mit seinem Justizapparat usw. eingreift. Meine Erinnerung an dreißig Jahre deutscher Wirtschaftspolitik ist die, dass immer dann, wenn Selbstregulierung besteht, auch einer gewissen Erstarrung Tür und Tor geöffnet ist. Die Interessengegensätze führen es in der Regel mit sich, dass man auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner ankommt. Wie sind da Ihre Erwartungen bezüglich der Selbstregulierungskraft der Wirtschaft in Deutschland, aber auch anderswo?

Dr. Detlef Eckert:

Wir hatten in der Europäischen Union eine Datenschutz-Richtlinie angenommen, die dann zum Teil von den Mitgliedstaaten umgesetzt worden ist, zum Teil auch nicht umgesetzt worden ist, was eine ziemliche Blamage auch für die Europäische Union ist, die als Hüter des Datenschutzes weltweit auftritt – und dann haben einige Mitgliedstaaten die Datenschutz-Richtlinie noch nicht umgesetzt. Das haben uns die Amerikaner bei den Verhandlungen dann auch immer auf das Butterbrot geschmiert. Es gibt einen Passus in dieser Richtlinie, dass Daten aus der Europäischen Union nur in Länder transferiert werden dürfen, die ein entsprechendes Schutzniveau haben. Und wir haben dann natürlich in erster Linie mit den Amerikanern verhandelt, weil das der größte Handelspartner ist und der größte Datentransfer dort abläuft. Zwei Jahre lang haben unsere Kollegen von den Datenschutz-Abteilungen - ich selbst war nicht dabei - diese Verhandlungen geführt. Es kam dann zu einem sogenannten "*Safe Haven-Abkommen*," bei dem die Industrie quasi Selbstverpflichtungen eingegangen ist, und im Augenblick sind amerikanische Unternehmen dabei, sich diesem Abkommen, dieser Selbstverpflichtung unterziehen. Es ist zu früh zu urteilen, ob es ein Erfolg wird. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten, haben es erst einmal akzeptiert, aber es wird ein *review* geben, und es ist zu früh zu sagen, ob es ein erfolgreiches Modell ist. In jedem Fall ist es ein interessantes Modell. Es ist ein Modell, das Selbstregulierung mit einem gewissen regulativen Druck versieht, d.h. es ist nicht eine Selbstregulierung, die einfach nur in der Hand der Privatindustrie ist, sondern eine, bei der das Damoklesschwert der Regulierung quasi darüber hängt. Die Amerikaner sind da auch im Datenschutz selber zerstritten. Man muss jetzt abwarten, wie das umgesetzt wird. Bei Selbstregulierung war das große Streitproblem der Amerikaner immer, wer die Regelverstöße durchsetzt bzw. sie sanktioniert. Das ist das große Problem bei Selbstregulierung, denn wenn man für die Sanktionierung von Regelverstößen Regulierung braucht, dann hat man ein Großteil des Effektes der Selbstregulierung quasi wieder hinwegreguliert, und damit sind wir in einer *Catch-22*-Situation. Das ist das Problem bei einer Selbstregulierung, dass man sich quasi als Hund ständig in den eigenen Schwanz beißt. Und deswegen ist es hochinteressant zu sehen, wie dieses Modell sich weiter entwickelt.

Professor Dr. Alexander Roßnagel:

Ich kann mir Selbstregulierung nur in der Form der "regulierten Selbstregulierung" sinnvoll vorstellen. Ich denke nicht, dass das ein Widerspruch in sich ist, sondern man kann hier ein sinnvolles Maß finden zwischen Zielsetzung, die die demokratische Rechtsgemeinschaft der Selbstregulierung vorgibt, und einer Rahmensetzung, damit die selbstgesetzten Regeln in einer fairen Weise zustande kommen. Man muss dann aber der Selbstregulierung ausreichend Raum geben, und man muss der Selbstregulierung entsprechend Anreize geben. Ich bin gegenüber der Effektivität von Selbstregulierung eher etwas skeptisch, denke aber, man muss ihr immer die Möglichkeit geben, dass dann, wenn es funktioniert, die Selbstregulierung auch stattfinden kann.

Skeptisch bin ich insofern, als Selbstregulierung immer mit sehr, sehr hohen Transaktionskosten verbunden ist, die man nicht ohne weiteres so aufbringt, und wegen der von Ihnen genannten Interessengegensätze, so dass die Gefahr besteht, dass das auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner stattfindet. Was kann man gegen diese beiden Probleme tun? Man muss entsprechend interessante Regelungsbereiche zur Selbstregulierung freigeben, und man muss vor allen Dingen Anreize schaffen, damit die Selbstregulierung tatsächlich stattfindet. Solche Anreize könnten sein, dass es gewisse Vollzugserleichterungen oder sonstige rechtlich regulierte Erleichterungen gibt, wenn man Selbstregulierung durchführt auf einem gewissen inhaltlichen Niveau, oder dass man Selbstregulierung als einen Wettbewerbsfaktor zu unterstützen versucht. Also wenn man z. B. ein Datenschutz-Audit einführt mit der rechtlich abgesicherten Möglichkeit, mit den Datenschutz-Anstrengungen öffentlich für das Unternehmen werben zu dürfen, so bringt das einen zusätzlichen Anreiz. Denn dann kann man sich unterscheiden von Konkurrenten, indem man jetzt als E-Commerce-Anbieter zeigen kann, dass man mehr Datenschutz als die Konkurrenz bietet. Und das wird auch noch durch unabhängige Gutachter entsprechend bestätigt und findet in einem rechtlich abgesicherten Rahmen statt, so dass niemand kommen und sagen kann, das wäre unlauterer Wettbewerb. Und dann könnte es für bestimmte Unternehmen, auch wenn es mit Kosten verbunden ist, sinnvoll sein, Selbstregulierung durchzuführen, die auf einem Niveau, das über der Mindestregulierung, die jetzt auf gesetzlicher Basis notwendig ist, stattfindet. Da man aber nie sicher sein kann, ob Selbstregulierung gelingt, da das immer ein Experiment ist, brauchen wir in den Bereichen, in denen es um schützenswerte Individualinteressen oder um Allgemeininteressen geht, immer einen rechtlichen Rahmen, auf den man zurückfallen kann, wenn die Selbstregulierung kein entsprechendes Niveau bietet.

Gert Bielefeld:

Ich darf das noch ergänzen. Siemens sieht in der Selbstregulierung durchaus große Chancen und fördert diese auch. Nebenbei bemerkt auch durch Sanktionen, wenn gegen Selbstregulierungsbestimmungen seitens von Mitarbeitern verstoßen wird. Es ist keine Frage des "entweder - oder", sondern es ist "sowohl als auch". Selbstregulierung und rechtliche Rahmenbedingungen müssen Hand in Hand gehen. Ich bitte aber zu bedenken, dass gerade in der schnellen Internet-Welt Selbstregulierungsmechanismen schneller greifen als rechtliche Bestimmungen, die doch in der Regel einen zeitlichen Nachlauf haben. Und wenn sie dann effektiv sind, hat sich die Welt schon wieder weitergedreht und die Bedingungen haben sich geändert. Nur um ein Beispiel zu geben: Siemens vermeidet soweit dies möglich ist, die eigenen Web-Seiten mit *cookies* zu versehen. Weil wir der Meinung sind, eines *cookies* bedarf es in der Regel nicht, um bedarfsorientierte Informationen oder Wissen zu vermitteln, sondern dass *cookies* durchaus auch die Möglichkeit bieten, Eingriff zu nehmen in Persönlichkeitsrechte. Und das ist der Grund, warum wir dieses nicht tun.

Regina KaltheGener:

Im Bereich Menschenrechte, den ich jetzt wieder ansprechen möchte, finde ich unter Bezugnahme auf das, was Herr Professor Roßnagel eben sagte - er hält es für sinnvoller, eine "regulierte Selbstregulierung" zu haben - eigentlich ein sehr schönes System im Rahmen des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979. Dies ist ein Berichtssystem von Staaten. Es hat zunächst keine Konsequenz, wenn ein Staat berichten muss, dass er in seinem Land nicht diskriminierenden Vorschriften entgegentritt. Aber das, was dort berichtet wird, hat durchaus eine sehr starke moralische und gesellschaftliche Bedeutung. Es ist vielleicht eine Überlegung im E-Commerce-Bereich - aber sicherlich könnte es auch eine Überlegung im Menschenrechtsbereich sein -, dass so ein Berichtssystem eingeführt wird, dass Staaten, aber auch Subjekte in Staaten, also durchaus auch wirtschaftlich arbeitende Subjekte, in einem bestimmten Zeitraum berichten müssen, was für Aktivitäten sie im Internet haben, wie sich Menschenrechtsverletzungen darstellen oder wie vielleicht die Förderung von Menschenrechtsschutz geschieht so dass es dann eine Möglichkeit des Vergleichs und einer Darstellung dessen gibt, was passiert. Und das hat durchaus auch Wirkung. Es braucht natürlich auch seine Zeit, hat aber den Vorteil, dass es keine starren Regulierungssysteme sind, die sich sehr schnell selbst erledigen, da die Technik sich schon wieder verbessert hat, sondern es ist einfach ein Bericht, der auch einen gesellschaftlichen Zustand darstellen kann.

Gregor Walter, Universität Bremen:

Ich beschäftige mich mit Internet-Regulierungsfragen und möchte eine Formulierung von Herrn Dr. Eckert aufgreifen, die ich sehr hilfreich finde, und da noch einmal nachfragen: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, es gebe einen Zielkonflikt zwischen der Förderung der Transaktionen im Internet und der Bewahrung und Durchsetzung der Rechtsordnung. Ich finde das eine sehr gelungene Formulierung, und ich stimme dem grundsätzlich auch zu. Man kann z.B. Beispiele aufgreifen, die Frau KaltheGener angebracht hat. Man kann sagen, selbstverständlich können wir im Grunde genommen die Darstellung von Menschenrechtsverletzungen im Internet in den Griff kriegen, wenn wir denn bereit wären, den Preis der chinesischen Lösung zu zahlen, wenn Sie mir die Formulierung gestatten. Das heißt, wenn wir bereit wären, den Internet-Verkehr extrem stark zu restringieren, dann könnten wir das natürlich im Prinzip in den Griff kriegen.

Man kann aber auch weniger radikale Beispiele nehmen, und ich möchte einen Bereich aufgreifen, den Herr Bielefeld angesprochen hat, nämlich die Gewährleistung von Sicherheit und Vertrauen im Rahmen der Anwendung von Verschlüsselungsmethoden. Natürlich möchten wir die Förderung der Internet-Transaktionen, und dazu brauchen wir diese Verschlüsselungsmethoden. Gleichzeitig wissen wir aber sehr wohl, und die Sicherheitsadministrationen ganz vieler Länder machen darauf aufmerksam, dass damit natürlich die Möglichkeit der Eingriffe in Post- und Fernmeldegeheimnis zum Zwecke der Strafverfolgung schwer behindert wird. Es ist jetzt meine Wahrnehmung, dass die Länder und in gewissem Maße auch die Europäische Union sich im Zweifelsfall bisher im Bereich dieses Zielkonfliktes zwischen Förderung und Bewahrung und Durchsetzung der bestehenden Rechtsordnung für die Förderung entschieden haben, und zwar deswegen, weil man so große ökonomische Hoffnungen auf das Internet setzt. Ich weiß nicht, ob Sie mir da zustimmen, und ich würde die Frage auch gerne ausweiten und an Herrn Professor Roßnagel und Herrn Bielefeld weiterreichen. Sehen Sie diesen Zielkonflikt auch? Ist das ein prinzipieller Zielkonflikt? Und wenn es einer ist, welche Mittel gibt es denn, um möglicherweise aus diesem Zielkonflikt herauszukommen.

Noch ein letzter Kommentar: Eines der Mittel, was immer wieder genannt wird, ist Selbstregulierung. Das ist jetzt nur ein ganz kurzer Kommentar im Hinblick auf die bisherige Diskussion im Bereich Datenschutz. Wenn wir Datenschutz zum Produktmerkmal machen im Rahmen von Selbstregulierung, dann möchte ich nur auf das prinzipielle Problem aufmerksam machen, dass dann Transaktionskosten wieder erhöht werden, weil das ja bedeutet, dass Sie die Informationslast auf den Verbraucher verschieben. Wenn Sie z.B. ein *labeling* machen, zum Beispiel ein Gütesiegel für Datenschutz, und ich das dann auf meine Produkte draufkleben kann, oder Sie machen ein Gütesiegel für Familienfreundlichkeit oder für was auch immer, dann bedeutet das, dass der Verbraucher sich darüber vorher erst mal informieren muss. Er muss wissen, was dieses Gütesiegel bedeutet, was für eine Qualität von Datenschutz er hier bekommt und so weiter. Die traditionelle Lösung im Rahmen eines Nationalstaates oder im Europäischen Union lautet: Ich kann mich darauf verlassen, dass in Europa ein relativ hohes Niveau an Datenschutz gewährleistet ist. Das ist im Internet aber nicht ohne weiteres möglich. Hier muss ich vorab wissen, wenn man so ein *labeling* macht, was für eine Qualität von Datenschutz hat man. Und das erhöht natürlich auch wiederum Transaktionskosten.

Dr. Detlef Eckert:

Der Punkt, den ich gemacht habe, war einer von drei Punkten zu den neun Fragen, wenn Sie so wollen. Und der Punkt Zielkonflikt ist auch nicht so zu verstehen, dass es jetzt einen fundamentalen Zielkonflikt in allen Fragen gäbe. Ich hatte z.B. ausgeführt, dass vieles Hand in Hand geht. Mehr Information auf dem Internet fördert natürlich auch das gesellschaftliche Ziel der Informationsvielfalt, der Medienpluralität etc. Das Internet ist ja nicht der Feind der Medienvielfalt, sondern im Gegenteil der Freund. Das bedeutet, dass wir einen Zielkonflikt nicht in allen Bereichen haben. Wir haben Zielkonflikte, die nur augenscheinliche Zielkonflikte sind. Als wir die Telekommunikation liberalisiert haben europa-weit, wurde uns vorgehalten oder wurde eingewandt: Ja, passt aber auf, das wird Arbeitsplätze zerstören; das wird den ländlichen Raum von der Telekommunikation abschneiden; es wird die Preise nach oben treiben; es wird den Datenschutz stören. Nichts davon ist eingetreten. Wir haben hier nur einen vorgeschobenen Zielkonflikt.

Einige Fragen werfen hingegen tatsächlich einen klaren Zielkonflikt auf. Die sind zum Teil sehr speziell, sehr punktuell. In der Tat ist es so, dass man eigentlich nicht sagen kann, man habe sich im Augenblick eher für die Förderung des Internets entschieden. Ich würde eher sagen, es ist eine 50:50-Situation im Moment. Die Industrie und viele andere aus der privaten Wirtschaft sagen uns, dass unsere Regelungen zum Verbraucherschutz und zum Datenschutz - im Augenblick schlagen wir eine *opt-in*-Lösung für unaufgefordert zugesandte E-mails vor - im Prinzip zu restriktiv sind und also nicht das Internet fördern. Aber das ist auch eine Frage, die nicht unbedingt so am grünen Tisch entschieden werden kann. Häufig ist es dann auch so, dass man in der Praxis einfach mal abwarten muss, wie sich das entwickelt. Aber viele Leute wollen diesen Zielkonflikt einfach nicht wahrnehmen und sich nicht entscheiden. Deswegen habe ich darauf hingewiesen, dass es eine neue Frage ist, der wir entgegensehen müssen. Man kann aber hoffen, dass sich diese Probleme zum Teil auch durch neue Regulierungsansätze, wie es hier ja bereits geschildert worden ist, nämlich durch regulierte Selbstregulierung, durch verstärkte internationale Abkommen und durch Wettbewerbsdruck. Das Beispiel von Siemens ist ja recht gut, dass man sagt: "Wir machen das nicht, weil wir andere Lösungen haben, und außerdem können wir damit werben, dass unsere Web-Seiten sicher sind." Das bedeutet, hier ist ein Prozess im Gange, den man zentral nicht unbedingt steuern kann. Aber ich glaube man sollte den Zielkonflikt, der in einigen Fragen besteht, einfach klar sehen und versuchen, ihn dann so gut es geht sachgerecht zu lösen. Aber wie schon gesagt, eine der Konsequenzen davon ist, dass wir im Augenblick

inkonsistente Regelungen haben. Wir haben in der *E-Commerce*-Richtlinie Regelungen, die zum Teil wieder einkassiert werden durch Regelungen woanders. Und das belegt auch die Praxis, dass Rechtssetzungen entstehen, die versuchen, auf Zielkonflikte unterschiedliche Antworten zu geben. Und da sind wir im Augenblick mittendrin.

Professor Dr. Alexander Roßnagel:

Ich möchte konkreter noch auf das Problem Verschlüsselung und Überwachung eingehen. Natürlich ist da ein ganz gravierender Zielkonflikt gegeben. Denn wenn ich funktionierende starke Verschlüsselungssysteme breit anbiete, so werden die an aller erster Stelle von denen genutzt, von denen das die Überwachungsbehörden nicht so gern sehen. Insofern haben wir hier einen ganz gravierenden Zielkonflikt. Die Frage ist: Wie kann man sich in diesem Zielkonflikt entscheiden? Es wurde ja im Rahmen der Kryptokontroverse heftig diskutiert, ob es möglich ist, Kryptografie zu verbieten, Schlüssellängen zu begrenzen, die Hinterlegung privater Schlüssel vorzusehen. Ich halte alle diese Vorschläge für ungeeignet, und wenn Sie das Verhältnismäßigkeitsprinzip unseres Verfassungsrechts anwenden, dann damit auch für verfassungswidrig. Das sind nicht die Möglichkeiten, wie man dem Problem beikommen kann. Man kann das Ganze sogar noch viel grundsätzlicher angehen. Ich denke nicht, dass wir unsere Gesellschaftsstrukturen oder jetzt die grundsätzlichen Strukturen des Internet allein nach Sicherheits Gesichtspunkten oder Überwachungsmöglichkeiten organisieren dürfen. Es will ja niemand, dass die geschilderten menschenrechtsverletzenden Inhalte entsprechend frei dargestellt werden können. So wie es niemand will, dass das organisierte Verbrechen gefördert wird dadurch, dass es Kryptografie verwenden kann. Dies ist vielleicht ein Beispiel für die Aussage von vorhin. Man kann nicht die Mittel, die in der Offline-Welt funktionieren, ohne weiteres auf die Online-Welt übertragen. Man muss daher gucken, dass man die Strukturen freiheitsförderlich hält, dass man aber die Möglichkeiten, gezielt einzugreifen verbessert. Wenn es nicht möglich ist, organisiertes Verbrechen oder Terroristen davon abzuhalten, sich irgendwo auf der Welt starke Kryptografie zu beschaffen, um dann Verschlüsselungsverbote zu ignorieren, dann muss man versuchen, auf andere Weise die notwendige Überwachung sicherzustellen. Ich könnte mir vorstellen, dass man an den Orten, wo man aus dem Cyberspace wieder in die Wirklichkeit, die reale Wirklichkeit, übergeht, also da, wo die Endgeräte stehen oder wo Zusammenkünfte stattfinden, wo Verabredungen in der realen Welt getroffen werden, dass man da entsprechende Möglichkeiten schafft. Es macht aber keinen Sinn, das ganze Internet nach diesen Kriterien eindimensional zu organisieren.

Die zweite Frage war die, ob die Selbstregulierung beispielsweise im Datenschutz die Transaktionskosten auf die Verbraucher überträgt. Im ersten Schritt muss ich dem Argument zustimmen. Im zweiten Schritt will ich ihm jedoch widersprechen. Wenn Sie bestimmte Techniksysteme verwenden, dann können Sie diese Transaktionskosten sehr stark reduzieren. Aber Sie dürfen sich auch den Verbraucher nicht unbewaffnet vorstellen, sondern der benutzt dann natürlich auch Technik, und er kann seinem Computer sagen, was für Datenschutzpräferenzen er hat, und der gleicht die ohne weiteres automatisiert ab und zeigt ihm nur die Web-Seite, die seinen Datenschutzvorstellungen entspricht. Und dann kann er die Information nach eigenem Belieben verfeinern oder er kann die Web-Seite sofort wieder verlassen. Wenn man die technischen Unterstützungsmöglichkeiten, die es ja heute schon gibt und die ohne weiteres eingesetzt werden könnten, mit zugrunde legt, dann sind meines Erachtens die Transaktionskosten so gering, dass man von *privacy statements* und ähnlichen Dingen als Verbraucher auch große Vorteile hat.

Gert Bielefeld:

Ich möchte noch eine Ergänzung zum Thema Security und Überwachungsmechanismen machen. Also ich glaube, diesen Konflikt wird man nie durch generelle Regelungen lösen können. Da stimme ich Herrn Professor Roßnagel zu. Wir sind seitens Siemens der Meinung, dass es jedem einzelnen Teilnehmer am Internet letztlich überlassen bleiben sollte, das Sicherheitsniveau selber zu bestimmen, z.B. in Bezug auf die elektronische Signatur. Wir sind auch der Meinung, dass der Betrieb von Trust-Centern nicht in staatliche Hände gehört, sondern Privatunternehmen überlassen bleiben sollte, auch wenn da möglicherweise Risiken mit verbunden sind. Aber dann ist es Aufgabe der staatlichen Organe, im Einzelfall die Schritte einzuleiten und z.B. Wirtschaftskriminalität oder Kriminalität jeder anderen Form zu begegnen.

Ina Zukrigl, Global Studies:

Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Eckert und vielleicht an Herrn Professor Roßnagel. Ein Bereich, der bislang nicht angesprochen wurde ist der ganze Bereich Erziehung und Ausbildung. Es besteht ein großes öffentliches Interesse, Ausbildung und Erziehung auch im Internet anzubieten. Das sieht man an den Anstrengungen innerhalb der Bundesrepublik "Schulen ans Netz", Vermittlung von Medienkompetenz, aber natürlich auch an den verschiedenen Initiativen an den Hochschulen, die sich bemühen, Inhalte anzubieten bis hin zu *Corporate Universities*, also eigene "Training Centers" in Unternehmen einzurichten über das Internet. All diese Anstrengungen scheinen mir bislang relativ frei von didaktischen Horizonten und jeglichen Standards. Es ist erstaunlich - wenn man sich das Angebot in Bezug auf Internet-Inhalte ansieht - wie sehr die Debatte, die ja im normalen Erziehungsfeld bereits sehr weit vorangeschritten ist, hier zurücksteht. Die Qualität dessen, was angeboten wird, scheint mir sehr unterschiedlich zu sein, und es scheint mir zum Teil die Konsequenz dessen zu sein, dass es keine verbindlichen Standards oder keine oder wenige Selbstregulierungsmechanismen gibt. Ein Selbstregulierungsmechanismus, der bis jetzt greift, ist ein technischer Standard, der in den USA von der Luft- und Raumfahrtbehörde entwickelt und dann weiterentwickelt wurde. Dementsprechend ist es ein Wildwuchs an Vorschriften, was die Austauschmöglichkeiten von Inhalten, z. B. über Lernplattformen betrifft. Das ist jetzt nur eine Bewegung. Da wäre meine Frage: Welche Anstrengungen gibt es innerhalb der Europäischen Union, auch diese Standards zu vereinheitlichen und verständlich zu machen, daraus nicht so einen bürokratischen Aufwand zu machen wie es im Moment ist, um eben solche Qualitäten zu gewährleisten? Die zweite Frage betrifft die Inhalte: Hier sind auch wieder die USA führend mit einem großen Konsortium aus Hochschulen und privaten Lerninhaltsanbietern, die sich zusammensetzen und überlegen, was man mediendidaktisch sinnvoll in diesem Instrumentarium oder in diesem Medium Internet anbieten kann. Auch hier wieder die Frage: Gibt es Bemühungen oder auf der europäischen Ebene Anstrengungen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen und auch hier einen gemeinsamen Standard zu schaffen?

Dr. Detlef Eckert:

Der Punkt "Rechtsordnung und Erziehung und Ausbildungswesen" wurde in der Tat nicht gemacht, weil er auch von der Fragestellung her zunächst einmal nicht nahe liegt. Ich finde die Frage aber hochinteressant, weil man über Inhalte und Standards in der Tat auch wieder in die Rechtsordnung hineinkommt. Und vielleicht sollte ich kurz erläutern, was wir bisher dazu gemacht haben. Die Zuständigkeit der Europäischen Union in Fragen der Ausbildung ist begrenzt. Sie liegt selbst in der Bundesrepublik Deutschland nicht in erster Linie beim Bund, sondern ist eine Länderangelegenheit, und wenn ich die Diskussion, die wir zum Teil auch mit den Ländern haben, richtig sehe, achten die auch sehr stark darauf, dass es auch so bleibt. Die Frage, wie wir mit Inhalten und Standards im Internet bei Ausbildung

umgehen, sind wir mit dem, was Sie ansprechen, in dieser Form noch nicht angegangen. Im Augenblick unterstützen wir die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen, Schulen ans Internet anzuschließen und neue Curricula zu entwickeln, d. h. also den staatlichen Bereich. Was wir aber sehen ist, dass der private Bildungsmarkt sich das Internet wesentlich schneller erschließen kann als der staatliche Bildungssektor. Und hier haben Länder wie die Bundesrepublik Deutschland einen Wettbewerbsnachteil, weil selbst ihre Spitzeneinrichtungen sich kaum frei bewegen können. Die Universitäten sind quasi am staatlichen Gängelband, während sich die angelsächsischen Universitäten relativ frei bewegen können. Hinzu kommt noch ein Sprachproblem, d.h. wenn Sie sich international betätigen, ist es natürlich viel besser, wenn Sie ein englischsprachiges Angebot bieten können als ein rein deutschsprachiges Angebot. Hier stecken riesige Chancen, ein riesiger Markt. Was wir im Augenblick sehen ist, dass die Inhalte-Anbieter, die hochwertigen Anbieter von *Internet education*, Studienangeboten und anderen Dingen, überwiegend aus den USA oder aus den angelsächsischen Ländern kommen. Wir haben in der Tat bisher noch nicht das Thema Standards und Inhalte angegangen. Aber man soll ja auch mal was lernen in einer Veranstaltung. Ich nehme das mal mit nach Brüssel und werde das mal bei den Kollegen, die sich hauptsächlich mit Erziehungs- oder Ausbildungsfragen befassen, vortragen. Vielleicht darf ich zum Abschluss noch eine Anekdote dranhängen: In der Zwischenzeit ist es doch wohl so, dass Schüler auf dem Internet wesentlich mehr Informationen und Inhalte bekommen als in der Schule. Mit anderen Worten: Wenn sie zur Schule gehen, unterbrechen sie ihre Ausbildung.

Thomas Fitschen:

Wirklich ganz kurz jetzt unsere Schlussrunde. Wenn vielleicht jeder von Ihnen noch einmal ein Stichwort, einen Gedanken resümierend hervorheben könnte? Ich verspreche Ihnen dann auch, Sie mit einem eigenen Schlusswort zu verschonen.

Regina Kalthener:

Mein Ergebnis ist eigentlich, dass es keiner neuen Rechtsordnung bedarf. Es bedarf aber politischer Prozesse und Überzeugungsarbeit für das, was im Internet geschieht, für Inhalte, für Standards. Über den Satz: "Was *offline* verboten ist, ist *online* auch nicht erlaubt", kann man streiten, aber im Menschenrechtsbereich hat er durchaus seine Gültigkeit. Die Setzung von Menschenrechten - das sind internationale Verträge, Völkerrecht - ist im Grunde schon exterritoriales Recht und hat entsprechend durchaus auch Wirkung in der virtuellen Welt, denn die universale Geltung der Menschenrechte muss einfach zur Selbstverständlichkeit im Netz erhoben werden. Staaten, aber auch *global players* sowie jeder Einzelne, der mit dem Netz kommuniziert oder Ware anbietet, haben Vorbildfunktion und haben auch die Möglichkeit, so wie bei Datenschutz auch im Menschenrechtsbereich Standards zu setzen.

Dr. Detlef Eckert:

Wichtig ist, jetzt einfach mal ein bisschen Erfahrungen zu sammeln. Wir haben eine ganze Reihe von Richtlinien auch auf europäischer Ebene. Wir haben nationale Rechtssetzung, d.h. wir müssen die Dinge sich erst einmal entwickeln lassen, so ein bisschen wie *von Hajeck* das mal beschrieben als "spontane Ordnung", und nicht versuchen, eine von oben gesteuerte zielgerichtete Entwicklung in eine Rechtsordnung umgießen zu wollen. Das wird nicht funktionieren aus den Gründen, die ich genannt habe: Wegen der unsicheren Entwicklung, wegen der schnellen Entwicklung, wegen der Technik, wegen der globalen Ausrichtung. Wir müssen mehr auf den Einzelnen setzen und müssen lernen, mit den Freiheiten, die das Internet bietet, umzugehen, und zwar den Freiheiten im positiven wie im negativen Sinne. Die Beispiele, die genannt worden sind im Menschenrechtsbereich, verdeutli-

chen das sehr gut: Auf der einen Seite keine Zensur, sondern Informationsfreiheit; auf der anderen Seite die Frage, wie wir mit wirklich bedenklichen und sehr schädlichen Inhalten umgehen. Und die bisherige Antwort darauf ist, dass wir mehr auf den Einzelnen setzen, dass wir lernen müssen, mit diesem neuen Instrument umzugehen und nicht versuchen, es nun in allen Einzelheiten zu regulieren.

Gert Bielefeld:

Siemens verfügt, wie Sie sicherlich wissen, über alle Technologien, die im Rahmen des Internet erforderlich sind, Hardware, Software, Services. Wir sind in weit über hundert Ländern tätig, und innerhalb von Siemens läuft derzeit eines der größten Programme, um Siemens E-Business-fähig zu machen und damit den Nutzen des Internets für das Unternehmen und die Zusammenarbeit mit Partnern und Lieferanten auszuschöpfen. Insofern bringen wir eine Menge an Expertise zu dem Thema ein und sehen dies auch in enger Zusammenarbeit mit der Politik und auch mit Non-Profit-Organisationen. Wir sind davon überzeugt, dass es nur mit gemeinsamen Anstrengungen möglich ist, die Probleme, die das Internet aufwirft, zu lösen und die Potenziale, die es in diesem Umfeld gibt, optimal auszunutzen. Basierend auf freiem Wettbewerb, auf Selbstregulierung der Industrieunternehmen, auf einem Minimum gesetzlicher Rahmenbedingungen - die allerdings nötig sind - und ohne gesetzliche Eingriffe in Technologiestandards.

Professor Dr. Alexander Roßnagel:

Ich denke, die Frage, ob wir eine globale Rechtsordnung brauchen, ist doch richtig gestellt. Nur ist die Antwort eben nicht einfach. Wir können keine schlichte Antwort in der Form geben "ja, wir brauchen eine", und die UNO soll uns jetzt mal eine geben. Die Antwort muss sehr differenziert sein, und zwar nach den unterschiedlichen Problembereichen und nach der unterschiedlichen Dringlichkeit einer Vereinheitlichung. Es wird sicher Bereiche geben, in denen stärker koordiniert werden muss, und es wird Bereiche geben, in denen die Koordination sich auf Mindestregeln beschränken kann oder in denen keine Koordination stattfinden muss. Auf jeden Fall sollte es einen Wettbewerb der Regelungskonzepte geben. Es sollte möglich sein, dass unterschiedliche Staaten mit unterschiedlichen Rechtstraditionen an die Probleme in unterschiedlicher Weise herangehen und auf diese Art und Weise immer wieder unterschiedliche Optionen zur Verfügung stellen und damit das Internet-Recht lernfähig halten.

Thomas Fitschen:

Herzlichen Dank Herr Professor Roßnagel, herzlichen Dank an alle Panelisten. Ich habe bei diesen Schlussworten darüber nachgedacht, was wir hier eigentlich gemacht haben, und da ist mir ein Begriffspaar eingefallen, das Herr Professor Roßnagel in seinem Vortrag benutzt hat. Wir haben gemeinsam über "legitime" und "illegitime" Formen der Technikgestaltung nachgedacht. Und das ist genau der Kern, nämlich die Frage nach dem politischen Gestaltungsauftrag, der aus all dem folgt. Dieser Gedanke ist auch eine gute Überleitung für unser viertes und letztes Panel, das sich nämlich genau damit befasst, wie man die Globalisierung politisch gestaltet.

Panel 4: Die Globalisierung politisch gestalten

Moderation: Professor Dr. Gesine Schwan:

Meine Damen und Herren, ich habe die freundliche und ehrende Einladung bekommen, das letzte Panel zu moderieren. Zunächst möchte ich Ihnen die Panelisten vorstellen. In Zeiten, in denen großes Politisches passiert, ist es naheliegend, dass eine noch so gute Organisation einer Konferenz mit Änderungen rechnen muss. Ich habe die Freude, Herrn Kollegen Altvater von der Freien Universität vom Otto-Suhr-Institut vorzustellen. Er ist Mitglied der Enquête-Kommission Globalisierung und Weltwirtschaft des Deutschen Bundestages. Solange ich ihn kenne, gute 30 Jahre, hat er sich mit allem beschäftigt, was globale Wirtschaft und die Interdependenz von Politik und Wirtschaft betrifft, in welchen historischen und politischen Konstellationen auch immer. Ich glaube, dass er ganz vorzüglich Herrn von Weizsäcker, der heute dafür sorgen muss, dass die Fraktion hinter dem Bundeskanzler steht, ersetzen wird. Ich bin sehr froh, dass Sie das machen.

Zu meiner Rechten sitzt Herr Dr. Reinhard Hermle von VENRO, zu meiner Linken Frau Barbara Unmüßig von WEED und Herr Joscha Schmierer vom Planungsstab des Auswärtigen Amtes, der auch sehr kurzfristig eingesprungen ist. Man sieht, das Auswärtige Amt ist ungemein flexibel und präsent. 15 Minuten sind Herrn Altvater gewährt, dafür dass er uns in die Problematik einführt. Die Panelisten dürfen dann jeweils 5 Minuten einen kurzen Beitrag dazu leisten, bevor das Entscheidende dann im Plenum diskutiert werden soll.

Einführung: Professor Dr. Elmar Altvater, Freie Universität Berlin:

Sehr verehrte Frau Schwan, liebe Kollegin, meine Damen und Herren, selbstverständlich ist es mir nicht möglich, Herrn von Weizsäcker zu ersetzen. Das kann glaube ich niemand. Aber ich werde mich bemühen, aus der Arbeit der Enquête-Kommission, die schon erwähnt worden ist, kurz zu berichten und einige der Fragen aufzugreifen, die Herr von Weizsäcker in seinem für diese Tagung vorbereiteten Thesenpapier angesprochen hat. Dieses Thesenpapier liegt Ihnen vor.

Zunächst einmal: Was ist Globalisierung? Was müssen wir darunter verstehen? Auf der einen Seite ist Globalisierung - und das ist der direkte Bezug zum Hauptthema dieser Tagung - technischen Entwicklungen geschuldet, insbesondere im Transportbereich und im Kommunikationsbereich, Und dazu gehört natürlich heute in aller erster Linie das Internet. Aber dies ist nicht alles. Globalisierung ist auch eine Folge des langen Nachkriegsaufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg, durch den Kapital über alle Grenzen hinausgestrebt ist, nicht nur mit hohen Wachstumsraten in der Zeit, sondern auch mit einer stark expansiven Tendenz im Raum, so dass inzwischen alle Räume in diesen globalen Verkehr einbezogen worden sind. Ich möchte dem hinzufügen, dass Globalisierung eine Konsequenz der Deregulierungsmaßnahmen seit Mitte der 70er Jahre ist bei der Herstellung des

freien Welthandels, die schon mit den Zollrunden der frühen 50er Jahre begonnen hat, aber dann in den 70er Jahren mit der Deregulierung der Finanzmärkte und der Liberalisierung der Kapitalmärkte einen Höhepunkt erhalten hat. Man kann demnach sagen, dass Globalisierung das Resultat einer bewussten politischen Entscheidung ist, nämlich der Deregulierung. Daraus könnte man dann auch eventuell die Schlussfolgerung ziehen, dass man sie auch politisch rückgängig machen kann, sofern man dies denn wollte.

Globalisierung ist mit hohen Versprechungen verbunden. Die Herstellung des Freihandels oder die Verfolgung des Freihandelsprinzips verspricht Wohlstandszuwächse. Und tatsächlich kann man feststellen, dass das Prokopf-Einkommen in der Welt in den vergangenen 50 Jahren gestiegen ist. Allerdings hat dieser Wohlstandszuwachs, der sicherlich zu den Vorteilen der Globalisierung gehört und auf der Positivseite der Bilanz verbucht werden muss, einige Nachteile oder Schönheitsfehler. Und die bestehen darin, dass dieser Wohlstand außerordentlich ungleich verteilt ist, ja dass die Ungleichheit sogar größer geworden ist. In dem Thesenpapier von Professor von Weizsäcker finden Sie dazu einige Hinweise. Der Human Development Report des United Nations Development Program (UNDP) ist voll mit Daten über die gewachsene Ungleichheit in der Welt, und selbst die Weltbank hat in ihrem neuesten Weltentwicklungsbericht über die Armut feststellen müssen, dass zwar der Anteil der Armen in der Welt, also derjenigen, die weniger als 1\$ pro Tag zum Leben haben, gesunken ist, dass aber die absolute Zahl der Armen in vielen Weltregionen gestiegen ist. In Afrika südlich der Sahara ist in den nächsten 10 Jahren ein weiterer Anstieg von rund 100 Millionen Menschen, die arm sind, zu erwarten. In Lateinamerika werden es wohl an die 50 Millionen Menschen sein. Dann muss man natürlich auch hinzufügen, dass 70 Prozent der Armen Frauen sind. Armut, als eine der Schattenseiten der Globalisierung, hat also auch ein Geschlecht. Diese Situation ist ganz ohne jeden Zweifel eine politische Herausforderung, der auf allen Ebenen begegnet werden muss: Sowohl bei der Welthandelskonferenz, die jetzt in Doha gerade zu Ende gegangen ist, wie auch bei der Gestaltung der Finanzmärkte und einer neuen Finanzarchitektur und schließlich der Entwicklungsfinanzierung. Sie werden wissen, dass im März des nächsten Jahres die große UNO-Konferenz "Financing for Development" stattfindet, wo es darum geht, Lösungen für diese Herausforderung zu finden. Die Herausforderungen sind gewaltig und heute größer denn je. Die Ereignisse vom 11. September haben uns dies schmerzlich verdeutlicht.

Neben der wachsenden Ungleichheit haben wir es mit einem zweiten Problem zu tun: Das sind die politischen, sozialen und ökologischen Kosten des Wachstums der Weltwirtschaft. Globalisierung ist immer mit Wachstum verbunden. Aber dieses Wachstum ist nicht kostenlos zu haben, weder in einer Industriegesellschaft noch in einer sogenannten postindustriellen Informations- und Wissensgesellschaft. Denn auch diese ist auf hohe Mobilität und auch auf hohe Raumansprüche der Individuen angewiesen. Also erfordert Wachstum die Zufuhr von Ressourcen, insbesondere von Energieträgern fossiler Art. Dies ist das zentrale Problem. Die Versorgung ist inzwischen nicht nur eine Angelegenheit von Marktakteuren, von großen transnationalen Konzernen, sondern wird auch immer mehr politisch und manchmal auch militärisch gesichert. Und hieraus ergeben sich dann Tendenzen oder Probleme bei der Einschätzung der Globalisierung.

Unmittelbar nach dem Öffnen der Mauer 1989 sprach man von der Entstehung einer Geoökonomie, einer Welt von Konkurrenz und vielen Wettbewerbern. Inzwischen aber haben wir wieder dazugelernt, dass die geopolitische Sichtweise, die auch immer Freund und Feind unterscheidet, eine große Rolle spielt. Diese ist unter Umständen nicht gerade friedensförderlich. Aber auch auf der Output-Seite des Wachstums haben wir nicht nur die den Wohlstand ausmachenden Waren und Produkte, die wir alle haben wollen und auf die wir

auch nicht verzichten können aber besser verteilen müssen in der Welt. Wir haben aber auch negative Emissionen. Sie wissen, woran ich erinnern möchte: An die Belastung der Atmosphäre, der Gewässer in der Welt, also an die ökologischen Probleme, die eine Herausforderung darstellen in Richtung Nachhaltigkeit der Produktion und Reproduktion, im Konsumbereich genauso wie in der Produktion. Kann man dies dem Markt allein überlassen? Schön wäre es, wenn dies möglich wäre. Ich fürchte nur, dass es bei der Ungleichheit der Einkommensverteilung nicht möglich sein wird, weil diese ungleiche Einkommensverteilung auch Ungleichheiten bei der Beanspruchung und dem Zugriff auf Ressourcen einschließt. Geht man von dem ethischen Prinzip aus, dass alle Menschen das gleiche Recht an der Nutzung des Erdballs besitzen, sind Korrekturen folglich nötig. Kann man dies aber der politischen Macht überantworten? Auch dies ist ein großes Problem, es sei denn, den Mächtigen traut man zu, dass sie auch die Interessen der weniger Mächtigen und gar Ohnmächtigen angemessen berücksichtigen. Wenn dies nicht der Fall ist, dann gibt es große Probleme. Kann man dies einer internationalen Solidarität, von der gegenwärtig in anderem Zusammenhang so viel die Rede ist, überantworten? Ja, das muss man wohl, aber diese Solidarität würde auch einen reduzierten Ressourcenverbrauch in den Industrieländern Westeuropas, Nordamerikas, Ostasiens verlangen. Und dies bedeutet eben auch ein behutsames, langsames, aber doch ein nachhaltiges Umsteuern von Produktions- und Lebensweisen, denn es geht um die Bewahrung eines öffentlichen Gutes: Der Natur des Planeten Erde.

Ein weiteres Problem, das mit der Globalisierung verbunden ist, ist die Tatsache, dass die Integration so stark ist wie nie zuvor, dass aber, die Wachstumsraten in der integrierten Weltwirtschaft auf den Finanzmärkten besonders spektakulär sind. Ich brauche Ihnen die Daten nicht zu geben. Sie sind tatsächlich spektakulär und sie zeigen, dass sich inzwischen die monetäre Sphäre in der Welt von der realen Sphäre weitgehend abgekoppelt hat. Auch wenn ein großer Teil der Finanztransaktionen der Finanzierung von Welthandel und Investitionen dient, besteht doch der allergrößte Teil aus Finanztransaktionen im Finanzsektor selbst und dient dem Selbstlauf eines weitgehend entkoppelten finanziellen Systems. Manche würden dazu sagen Spekulation. Aber es handelt sich dabei nicht nur um Spekulation. Deswegen möchte ich diesen Begriff an dieser Stelle vermeiden. Das große Problem bei der finanziellen Globalisierung besteht darin, dass Finanzmärkte prinzipiell instabil sind, und dass sich diese Instabilität bis zu gravierenden Finanzkrisen zuspitzen kann, wie wir es im vergangenen Jahrzehnt in Asien, in Mexiko und vielen anderen Ländern bis Argentinien gegenwärtig erleben mussten. Finanzkrisen bergen die Tendenz in sich, sich zu Währungskrisen auszuweiten und diese Währungskrisen sich wiederum zu Bankenkrisen entwickeln, welche dann weitere Bankenkrisen und Wirtschaftskrisen nach sich ziehen, die dann auf den Arbeitsmarkt usw. durchschlagen und so hochgradig negative soziale und politische Effekte in den betroffenen Ländern haben. Finanzielle Krisen verweisen darauf, dass wir es auch bei der finanziellen Stabilität mit einem öffentlichen Gut zu tun haben, welches aber nicht bewahrt werden kann wie die Natur, sondern hergestellt werden muss, und zwar durch politische Akte in internationalem kooperativen Zusammenhang. Dieses globale öffentliche Gut ist also ein Policy Outcome, für das man sich einsetzen muss. Aber nicht nur die Stabilität des Finanzsystems ist ein öffentliches Gut, auch dessen Integrität. Ich möchte dies unterscheiden. Integrität bezieht sich darauf, dass es nicht benutzt wird für kriminelle Machenschaften. das ist leider Gottes der Fall, denn nach Angaben des Internationalen Währungsfonds, und diese Angaben sind ja nach dem 11. September durch die Presse gegangen, auch für diejenigen, die das vorher gar nicht so wahrgenommen haben, 2 bis 5 Prozent des globalen Sozialprodukts werden durch Geldwäsche sauber gemacht, weil es sich dabei um monetäre Einkommen aus schmutzigen Geschäften handelt, vom Drogenhandel angefangen über den Menschenhandel, die Korruption, die ein riesiges Problem in

vielen Ländern darstellt, bis hin zur Finanzierung des Terrors, wie wir es nach dem 11. September gelernt haben. Das ist die Integrität des Finanzsystems, das ebenfalls ein öffentliches Gut ist, das auch hergestellt werden muss durch einen entsprechenden Policy Outcome. Und es war erstaunlich, mit welcher Schnelligkeit es nach dem 11. September möglich war, hier eine Regulierung durchzusetzen, die noch kurz zuvor gerade von der Bush-Regierung prinzipiell abgelehnt worden war.

Globale öffentliche Güter sind also zentral und für ihr Zustandekommen muss gesorgt werden. Sie bieten einerseits Zugang von Menschen zu bestimmten Leistungen, die sie benötigen, um ein würdiges Leben führen zu können. Dazu gehört auch das öffentliche Gut der Wasserversorgung, der Nahrungsversorgung, von Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen. Öffentliche Güter gewähren den Menschen aber auch Schutz von einzelnen Menschen und auch einzelnen Nationen, sowie vor terroristischer Bedrohung. Das sind auch die Bedingungen für jene menschliche Sicherheit, Human Security, die auch von UNDP schon im Bericht über die Lage der Menschen im Jahre 1994 eingeklagt worden sind und, die zum Prinzip der kanadischen Außenpolitik erhoben worden sind. Es wäre zu überlegen, ob dies nicht eine generelle Zielsetzung von Politik bei der Gestaltung der Globalisierung sein könnte. Es ist selbstverständlich, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter, deren Bewahrung, deren politische Regulierung nur das Ergebnis einer kooperativen Anstrengung sein kann. Hier käme all das ins Spiel, was unter dem Stichwort "Global Governance" diskutiert wird und wozu auch eine Arbeitsgruppe im Rahmen der Enquête-Kommission eingerichtet worden ist, die auch erste Resultate im Zwischenbericht vorgelegt hat. Sie haben diesen Bericht vorliegen. Er weist die ganze Bandbreite der durch Globalisierung entstehenden Problemlagen und politischen Herausforderungen systematisch auf. Er zeigt auch, dass zum Teil Lücken und auch Defizite in der Politik bestehen, die möglichst bald im Rahmen kollektiver Zusammenarbeit aufgearbeitet werden müssen. Heute ist keine nationale Regierung mehr in der Lage ist, mit diesen Herausforderungen allein fertig zu werden und Globalisierung politisch zu gestalten. Das Thema dieses Podiums. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Reaktionen der Panelisten und Diskussion:

Dr. Reinhard Hermle, VENRO:

Frau Schwan, sehr verehrte Damen und Herren!

Erstens: Die Globalisierung ist ein Fakt. Daher geht es nicht um die Frage, abschaffen oder aufhalten, sondern um das tatsächliche Gestalten, um das Wie. *Zweitens:* Globalisierung ist auch nicht die Wurzel allen Übels in dieser Welt. Vieles mit dem wir es zu tun haben, liegt in unserer eigenen Verantwortung. *Drittens:* Wir haben bereits gehört, Globalisierung bringt offensichtliche Vorteile. Sie führt zu Effizienzsteigerung und Wohlstandsmehrung, sie hat dazu beigetragen, Demokratie und Menschenrechte zu verbreiten. Das sollten wir glaube ich nicht übersehen. In gewisser Weise sind z.B. auch wir als Nichtregierungsorganisationen Globalisierungsgewinner. So können wir heute sehr viel schneller global vernetzt agieren, auch in der kritischen Beobachtung oder im Protest. Dies ist gerade in der Menschenrechtsarbeit ungeheuer wichtig. *Viertens:* Die Globalisierung hat aber eben auch ihre gewaltigen Schattenseiten. Lassen sie mich hier lediglich auf die zentralen Punkte kurz eingehen: Effizienzsteigerung findet vor allem im Bereich der Technologie, der Kapitalverwertung statt, doch wird hierbei auch die Natur zerstört. Es kommt zu gewaltigen Zusammenballungen ökonomischer Macht. Die menschliche Sicherheit wird ungewiss und unterhöhlt, nicht zuletzt dadurch, dass fast alles auf den Prüfstand von Markttauglichkeit und "Shareholder Value" kommt. Insbesondere ist es natürlich die zunehmende Ungleich-

heit zwischen Ländern und Regionen aber auch innerhalb von Gesellschaften, die uns mehr als nachdenklich stimmt. Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung verfügt heute über 90 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts während das ärmste Fünftel lediglich über 1 Prozent verfügt. Dies ist ein Zustand, der auf Dauer nicht gut gehen kann. Es überrascht – und das ist mein *fünfter Punkt* - deshalb nicht, dass es zu wachsender Unzufriedenheit und auch zu sich verschärfendem Protest kommt. Und ich denke, dass auch die Ereignisse des 11. September ein Stück weit in diesem Licht gesehen werden müssen. Es wäre falsch, eine lineare Verbindung von Armut, Ausgrenzung, Marginalisierung und politischem Extremismus oder gar Terrorismus herzustellen. Aber dass solche Erfahrungen Nährboden schaffen, der geeignet ist, sich für politisch extreme Zwecke mobilisieren zu lassen, das hat der 11. September glaube ich mitunter bewiesen. Nun ist die Frage, welche Schlussfolgerungen wir daraus ziehen. Herr Altvater hat drei Stichworte genannt. Er sagte, der Markt könne vieles regeln. Er sei wahrscheinlich der stärkste Faktor der Gestaltung, aber einer der blind sei für soziale und ökologische Fragen. Also, müsse hier ein steuerndes Gerüst eingezogen werden. Hier tue es die Macht, die Politik und das deckt sich auch mit meiner Analyse, dass wir es hier mit einem eher schwachen Akteur zu tun haben. Wir Nichtregierungsorganisation bemühen uns natürlich, gerade darauf abzuheben. Bei dem Stichwort Macht und Politik würde ich gerne auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mir für die Frage der Gestaltungsmöglichkeiten von zentraler Bedeutung zu sein scheint. Dies ist nicht zuletzt die Frage nach der Ausrichtung der amerikanischen Politik. Wir haben ja mehrfach in der nicht allzu fernen Vergangenheit erlebt, dass die amerikanische Bereitschaft zur politischen Steuerung globaler Prozesse, bei der dann auch soziale und ökologische Belange ihr Recht finden, nicht besonders stark ausgeprägt ist. Erst vor ein paar Tagen habe ich in einem anderen Zusammenhang schon mal auf ein Statement des amerikanischen Verhandlungsführers bei dem letzten Vorbereitungstreffen für die „Financing for Development“ Konferenz im nächsten Jahr verwiesen. Ihm zufolge sei eine wesentliche Voraussetzung für eine konstruktive Gestaltung des Globalisierungsprozesses, dass "countries must commit to capitalism". Er führt dann weiter aus: "We need to be absolutely clear that when we talk about Financing for Development we are talking about the sustainable development of economies in the capitalist model for it is the only model that we know works." Hier wird also sehr unverblümt für ein bestimmtes System optiert, von dem wir aber auf der anderen Seite in der Analyse gesehen haben, welche Schwachpunkte sich auftun. Lassen Sie mich abschließend kurz die Bereiche benennen, in denen wir erheblichen Handlungs- und Regulierungsbedarf sehen: Das sind ganz gewiss die Finanzmärkte. Die forcierte Liberalisierung der letzten Jahrzehnte war voreilig und verfehlt. Wir brauchen neue Initiativen im Bereich des Schuldenerlasses. Wir müssen uns verstärkt mit Fragen der Handelspolitik befassen. Das Thema Marktöffnung steht hier an, aber nicht nur Marktöffnung, sondern auch Stärkung der wirtschaftlich schwachen Länder, um ihre Fähigkeit zur Marktpartizipation zu erhöhen. Das leitet über zu dem großen Feld der Entwicklungspolitik. Hier besteht mit Sicherheit großer Handlungsbedarf. Armutsbekämpfung muss ausgebaut werden. Die Förderung gerade auch der ländlichen Räume ist von eminenter Bedeutung. Und dafür sind zusätzliche Finanzmittel unbedingt erforderlich. Hier hat die Bundesregierung leider nicht das gehalten, was sie versprochen hatte. Vielen Dank.

Barbara Unmüßig, WEED:

Vielleicht noch mal zur Erläuterung für die, die mich oder auch meine Organisation nicht kennen, sie heißt WEED und WEED steht für Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung, Ich glaube, dass der Name unserer Organisation deutlich macht, dass wir versuchen, an den Schnittstellen sozialer, ökologischer und weltwirtschaftlicher Verantwortung zu arbeiten und uns als Nichtregierungsorganisation konstruktiv für die Gestaltung der sich auftuenden Konfliktlinien einzusetzen. Ich möchte mich im folgenden auf die nachhaltige und ökolo-

gische Gestaltung von Globalisierung konzentrieren. Ich möchte noch mal darauf aufmerksam machen, dass wir in einem Grundkonflikt leben von einerseits totaler Entgrenzung von Waren und Dienstleistungen in der Welt und andererseits in dem Bewusstsein, dass wir es mit natürlichen Grenzen des Planeten und der Belastung der Atmosphäre zu tun haben. Rio 1992 hat dies bereits gezeigt. Beides passt ja eigentlich nicht zusammen. Und da stehen wir nun heute erneut vor zwei großen UN-Konferenzen, die sich mit der Finanzierung von Entwicklung beschäftigen und 10 Jahre nach Rio Bilanz zu ziehen versuchen. Ich möchte ganz kurz hierauf eingehen. Ich glaube, dass die nördlichen Industrieländer im September mit einer riesigen Glaubwürdigkeitslücke gegenüber den Ländern der Dritten Welt nach Johannesburg fahren. Sie alle haben ihre Hausaufgaben so gut wie nicht gemacht. Die CO²-Emissionen wachsen nach wie vor, die biologische Verlust der Artenvielfalt nimmt weiter zu und auch der Zustand weiterer Naturräume wie Wald, Wasser und Ozeane verschlechtert sich rapide. Das belegen alle großen globalen Umfragen, sei es von UNEP oder World Watch und anderen Instituten, die sich mit diesem Thema befassen. Wenn wir es also ernst damit meinen, dass Armutsbekämpfung eine globale Aufgabe ist, die im Zentrum der Debatte stehen muss, dann besteht für mich die Solidarität des Nordens darin, diese Glaubwürdigkeitslücke zu schließen. Zum Teil bearbeiten wir die ökologischen Probleme weltweit. Wir bearbeiten sie im Kontext der Klima-Rahmenkonvention und anderer Konventionen, die es im Umweltkontext gibt. Aber ich glaube, dass wir uns alle einig darüber sind, dass die erzielten Fortschritte gewiss nicht angemessen sind im Lichte der ökologischen und damit auch sozialen Herausforderungen vor denen wir stehen. Ich denke, wir brauchen neben einer massiven ökologischen Abrüstung, die Durchsetzung aller technisch machbaren Effizienzstrategien. Und auch in diesem Punkt müssen wir uns eingestehen, dass die letzten 10 Jahre nicht gerade die einer Effizienzrevolution waren. Hier muss einiges getan werden. Wir sind zwar vorangeschritten im Bereich der erneuerbaren Energien und anderen technologischen Effizienzeffekten, abber dies reicht eben nicht aus, um dem Prinzip der ökologischen Abrüstung gerecht zu werden. Wenn der Süden tatsächlich Entwicklungsspielräume erhalten soll, dann muss Globalisierung in der Tat politisch gestaltet werden. Ich denke, allen hier im Raume ist bewusst, dass ,selbst wenn wir Effizienzsteigerungen erreichen sollten und diese neuen Technologien in die Drittweltländer exportieren oder dort selber welche entwickelt könnten, diese Effizienzsteigerungen im permanenten Wettlauf stehen mit der gleichzeitig stattfindenden Konsumsteigerung. Die Effizienzrevolution wird permanent kompensiert durch die weitere Expansion von Waren und Dienstleistungen, die natürlich auch mit der Tatsache zu tun haben, dass wir ja auch das Recht auf Entwicklung der Entwicklungsländer anerkannt haben.

Es liegen ja auch eine ganze Menge sehr konkreter Vorschläge zur "Entschleunigung" dieses Prozesses vor. So gibt es konkrete Vorschläge dazu, wie beispielsweise die Finanzmärkte entschleunigt werden können. Im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht hierbei die Devisenumsatzsteuer: Die berühmte Tobin-Steuer. Es gibt aber auch jede Menge anderer Vorschläge. Wenn wir zum Beispiel auch ökologische Gestaltung in die Entschleunigung von Finanzmärkten hineinbringen wollen, dann halte ich es für eine wichtige Aufgabe darüber nachzudenken, wie auf Umweltverbrauch globale Steuern erhoben werden könnten. Ich hoffe wirklich, dass die Konferenz in Monterrey im März 2002 beginnen wird, innovative Vorschläge zu entwickeln, wie ökologische Steuerung gleichzeitig damit verbunden werden kann, neue Mittel für die Umwelt- und Entwicklungsfinanzierung bereit zu stellen. Das halte ich für eine wichtige und zentrale Aufgabe, wobei ich aber davon ausgehe, dass die „Financing for Development“ Konferenz in Monterrey, hierzu noch keine Entscheidungen treffen wird. Trotzdem hoffe ich, dass hier Weichen gestellt werden können. Der Wissenschaftliche Beirat für globale Umweltveränderungen der Bundesregierung hat viele Vorschläge vorgelegt, wie Entgelte auf die Nutzung öffentlicher Güter erho-

ben werden könnten, um diesen Lenkungs- und Aufbringungseffekt miteinander zu kombinieren. Ein zentrales Gestaltungsfeld ist hierbei natürlich die Welthandelsordnung (WTO). Umwelt- und Entwicklungsorganisationen fordern ganz klar, dass Umweltschutzabkommen - aber auch Arbeitsschutzabkommen und Menschenrechtsabkommen - absoluten Vorrang erhalten müssen vor der Freihandelsdoktrin der WTO. Von diesem Ziel sind wir heute noch meilenweit entfernt.

Mit Katar steigen wir in eine neue Welthandelsrunde ein. Die Themen Sozialstandard, Umweltstandard sind hier jedoch ein weiteres Mal vertagt worden. Dies ist äußerst bedauerlich. Lediglich im Bereich der Intellectual Property Rights scheint es einige Fortschritte gegeben zu haben. So erkennt man heute immerhin an, dass Medikamente dann, wenn sie in einer Notsituation für die Bevölkerung gebraucht werden, die Feststellung der Notfallsituation unter die nationale Souveränität der Länder fällt. Dieser Punkt muss meiner Ansicht nach auch auf den Bereich des Saatguts ausgedehnt werden. Aber hier sind wir leider noch weit entfernt, da die großen Saatgut-Multis alles dafür tun werden, die Freihandelsdoktrin der WTO zu nutzen, um ihre Interessen weltweit durchzusetzen.

Ein weiterer Punkt sind die Investitionen. Wir erleben derzeit weltweit eine große Auseinandersetzung um freiwillige Kodizes für transnationale Unternehmen. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass Freiwilligkeit ein gutes Prinzip ist. Natürlich müssen wir die Wirtschaft ins Boot bekommen und sie von nachhaltigem Wirtschaften überzeugen. Ich bin aber auch der Meinung, dass zur politischen Gestaltung, die Setzung klarer Regeln und Standards für private Unternehmen nötig sind. Gerade im ökologischen und sozialen Bereich kommen wir mit freiwilliger Selbstverpflichtung alleine nicht voran. Von daher erwarte ich, dass zur politischen Gestaltung der Globalisierung auch gehört, ein klares Ordnungsrecht - und eben nicht nur "soft law" einzusetzen-, wenn es darum geht, der Begrenztheit des Planeten die entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Grenzen zu setzen, die wir alle - aber vor allem auch die Menschen in der Dritten Welt - dringend nötig haben.

Joscha Schmierer, Planungsstab, Auswärtiges Amt:

Da ich im Planungsstab bin, will ich jetzt nicht unmittelbar operativ auf die Anforderungen, die an die Politik gestellt worden sind, antworten, sondern mich auf die Bedingungen beziehen, unter denen politische Gestaltung in der globalisierten Welt stattfindet. Der Begriff Globalisierung ist sowohl ein Tendenzbegriff als auch ein Epochenbegriff. Er wird auch in beiden Formen verwandt, wobei mit der Tendenz der Globalisierung hauptsächlich ökonomische und technische Entwicklung gemeint sind. Aber der Begriff der Globalisierung enthält als Epochenbegriff auch ganz bestimmte politische Bedingungen, die ihn auch erst in Gebrauch kommen lassen, und zwar nicht schon in den 70er Jahren, sondern erst in den 90er Jahren mit der Auflösung alten der Blockordnung. Wir haben es also nicht nur mit einer Weltwirtschaft zu tun, sondern zum ersten Mal mit einer Staatenwelt von souveränen Staaten zu tun, die nicht mehr in Blockordnung eingebunden sind. Und wir haben es zu tun mit dem Widerspruch zwischen der Weltwirtschaft, die im wesentlichen auf Prinzipien der Vernetzung beruht, und einer Staatenwelt, die nach dem Prinzip der territorialen Souveränität funktioniert. Dieses Spannungsverhältnis von Vernetzung und territorialer Souveränität - das Spannungsverhältnis von Weltwirtschaft und Staatenwelt - ist die Grundproblematik, in der sich jede Gestaltungsaufgabe innerhalb der globalisierten Welt bewegt. Es führt dazu, dass Globalisierung eben auch durch zwei gegensätzliche Erscheinungen gekennzeichnet ist: Einerseits sind zweifellos Fortschritte in der Integration, ökonomisch, finanziell, aber auch kulturell bis zu einem gewissen Grad festzustellen. Andererseits gibt es aber auch Tendenzen der Fragmentierung, die sich nicht nur in zuneh-

mender Verarmung und dem Herausfall aus der wirtschaftlichen Entwicklung ausdrücken, sondern eben auch in der zunehmenden Fragilität von Staaten. Bezeichnenderweise ist dies gerade auf dem Feld, wo früher die Blockfreien-Bewegung agiert hat und wo sich die Aufgabe stellt, in der globalisierten Welt nun eine neue nicht repressive Weltordnung zu finden, der Fall. Wenn wir also die politische Seite der globalisierten Welt betrachten und uns nach den Gestaltungsmöglichkeiten fragen, dann ist zentrale Frage, auf welche Akteure die politische Gestaltung in Zukunft setzen soll. Einerseits natürlich auf Nichtregierungsorganisationen, aber grundlegend werden als politische Akteure weiterhin die Staaten agieren. Und dementsprechend stellt sich als erste Aufgabe, wenn wir von politischer Gestaltung der Globalisierung sprechen, die Frage nach den Möglichkeiten der Festigung fragiler Staaten, der Verhinderung von Räumen, die aus der Staatenwelt völlig herausfallen - das ist ja auch ein Problem, was dem 11. September mit zugrunde liegt -, der Stärkung von internationalen Institutionen und der Reform der UNO. Wenn das Problem also hauptsächlich im Spannungsverhältnis zwischen ökonomischer Vernetzung und territorialer Souveränität besteht, dann kann ein Weg zur politischen Gestaltung darin bestehen, dass dieser Widerspruch zwar nicht überwunden aber im Rahmen gewisser Formen behandelt werden kann. Die Europäische Union ist meiner Ansicht nach so eine Form, die einerseits die ökonomische Vernetzung vorantreibt, aber gleichzeitig auch politische Formen noch nicht staatlicher, vielleicht dauerhaft nicht staatlicher Art, findet, um mit den ökonomischen Entwicklungen politisch umzugehen. Das heißt, um die Möglichkeiten der politischen Gestaltung der Globalisierung zu verbessern, wird es vor allem auch darauf ankommen, regionale Unionsbildungen zu fördern. Dabei kann man natürlich nicht davon ausgehen, dass die Europäische Union als Modell beliebig ausgeweitet werden könnte oder beliebig übertragbar sei. Aber sie gibt zumindest einen Hinweis, in welcher Weise die Globalisierungstendenzen der Ökonomie und Technik in politische Formen gebracht werden können, ohne dass die Souveränität der Staaten außer Kraft gesetzt wird. Letztendlich hängt die politische Gestaltung natürlich auch von dem Akteur Bundesrepublik und der jeweiligen Zusammensetzung der Bundesregierung ab. Deswegen sehe ich auch mit Spannung dem Abstimmungsverhältnis im Bundestag entgegen, welches in ungefähr einer Viertelstunde dann bekannt sein sollte. Danke schön.

Fest, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Ich möchte vier Themen ansprechen: Sozial- und andere Standards, Agrarprotektionismus, Abbau von Textilprotektion und die Frage des Steueraufkommens in Entwicklungsländern. Zunächst einmal: Warum lehnen eigentlich die Entwicklungsländer Sozialstandards und Arbeitsstandards, so wie wir uns das vorstellen, eigentlich ab? Sind sie blind? Sehen sie nicht die Vorteile? Oder gibt es da andere Momente? Sozialstandards Ländern zu empfehlen, die nicht von ihrer Produktivität gedeckt sind, heißt im Grunde genommen, das tun, was wir im eigenen Lande nicht tun. Wir selber arbeiten hart daran unsere Lohnnebenkosten zu senken aber gleichzeitig fordern wir diese Länder auf, sie mögen ihre Lohnnebenkosten erhöhen. Dies wäre aber klarerweise ein Wettbewerbsnachteil. Im übrigen haben diese Länder den Verdacht, dass diese Instrumente zum Missbrauch von protektionistischen Zwecken von den Industrieländern genutzt würden. Meiner Meinung nach bekämen Sie Umverteilung viel besser hin, wenn Sie die Vorschläge der Kirns Gruppe aufgreifen würden, den Agrarprotektionismus in Europa abzuschaffen und den Ländern der Dritten Welt zu erlauben, ihre Exportprodukte ohne Zölle und Importbeschränkungen einzuführen. Laut Studien der Weltbank würde dies zu einer gewaltigen Umverteilung führen. Dasselbe gilt für die Textilproduktion. Und dann möchte ich noch mal ganz provokant fragen: Wie viele Steuern zahlen die Eliten in den Entwicklungsländern in das Staatssäckel? Laut amerikanischer Studien, sind es nämlich gerade die kränkelnden Governance-Strukturen in den ärmsten Ländern der Welt dafür verantwortlich sind, dass es dort nicht weiter geht.

Martin Jähn, Unternehmensberater:

Ich habe hier - ich will das mal ganz hart sagen - eigentlich etwas mehr Kompetenz erwartet. Die Liberalisierung war also voreilig und verfehlt? Das nördliche Wohlstandsmodell ist nicht globalisierungsfähig? Haben Sie ein Auto? Wollen Sie den Wohlstand haben, den ein Fünftel der Menschheit hat? Ich kann mich nur dem anschließen, was hier vom Vertreter des Wirtschaftsministeriums gesagt wurde. Ich habe den Eindruck, dass hier wirtschaftliche Grundlagen nicht verstanden werden, ökonomische Grundlagen. Gut, es ist sicher richtig, dass weltweit 5 % der Finanzströme aus illegalen Mitteln kommen, dass in Entwicklungsländern die obersten 10 % keine Steuern zahlen. Der verdeckte Anti-Amerikanismus hat mich auch gestört, ich sage das auch ganz offen. Aber wer zahlt denn in Deutschland von den obersten Prozent Steuern? Nur wer einen schlechten Steuerberater hat. Die Amerikaner, bitte schön, auch das wäre zu vermerken, die machen das so, dass wer seine Einkommensteuer nicht abgibt, auch seinen Pass abgeben kann. Die Deutschen ziehen nach ich weiß nicht wohin, in Steuerparadiese, und zahlen keine Steuern. Das heißt, wer in Deutschland hohe Einkommen hat oder Vermögen hat, versteht sehr gut, seine Steuerschuld zu drücken. Noch eine Frage zum Internet. Wir haben heute weltweit die Möglichkeit zur Erstellung von Dienstleistungen, die sich digital vermarkten lassen - und die Entwicklungsländer investieren alle sehr stark in Bildung in dem IT-Bereich. Diese Dienstleistungen kennen keine UNO, die kennen keinen Zoll, die kann niemand von Ihnen kontrollieren, und da hängen auch die entsprechenden Finanzströme dran. Das explodiert geradezu. Nehmen Sie nur mal Indien, die heute im Umfang von 6 Milliarden Dollar Dienstleistungsexporte nur im Software-Bereich haben, wenn Sie Dienstleistungen mit dazurechnen. Was die Geldströme anbelangt, wenn sie da mal hingucken, da hat Indien beispielsweise aber sehr starke Restriktionen. Meine Frage ist - wir haben ja hier das Internet als Kernthema, die Digitalisierung der Welt, Informationsaustausch, Finanzströme - inwieweit Sie über Regulierung diese Dinge wohl kontrollieren können? Ich meine, das ist ein völlig falscher Ansatz, die ganzen Statements dazu sind falsch aufgesetzt. Die Tatsache, dass heute die IT infrastrukturell weltweit sich entwickelt und wie die Entwicklungsländer versuchen, diese zu nutzen, wird dazu führen, dass sich der Spieß genau umdreht wenn wir sagen: "Wohlstandsmodelle sind nicht übertragbar". Ich glaube, wenn wir nicht aufpassen hier in der Nordhälfte, dann wird sich das sehr schnell umdrehen. Und daher frage ich: Greifen wir nicht viel zu kurz, wenn wir von "politischer Gestaltung" sprechen und davon, den Ländern "größere Chancen" zu geben, wenn wir den Entwicklungsländern nur ein paar Märkte öffnen?

Dr. Shungu Tundanonga, Attak Deutschland:

Ich möchte gerne zwei Fragen an die vier Panelisten richten. Erstens, Globalisierung politisch gestalten: Mit oder ohne menschliches Antlitz? Zweitens, vorher hat Professor Altvaater gesagt, nur die Menschen seien in der Lage, Globalisierung politisch rückgängig zu machen. Meine Frage: Wie ist diese Übermacht der multinationalen Unternehmen entstanden, wenn die Politik die Randbedingungen der Entstehung und des Handelns dieser Multinationalen festgelegt hat?

Rhan Gunderlach, PR-Beraterin:

Ich möchte gerne einen Kommentar zu dem Beitrag von Herrn Fest abgeben. Ich finde, dass Ihre Darstellung der Dritten Welt und der Nichteinhaltung von Sozialstandards ein recht eurozentrisches Weltbild widerspiegelt. Sie beziehen sich auf Standards, die sich in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert peu à peu entwickelt haben und wollen diese von heute auf morgen auf Länder übertragen, die einen ganz anderen Weg der Entwicklung

gegangen sind. Dies ist meiner Meinung nach im übrigen eine generelle Tendenz in dieser ganzen Globalisierungsdebatte.

Dr. Wolfram Stierle, Bundespräsidialamt:

Ich habe zwei Fragen. Erstens, zu der Empfehlung von Herrn Schmierer, die EU als Modell zur Gestaltung von Globalisierung auszuweiten: In meinem Studium der Wirtschaftswissenschaft habe ich gelernt, dass man dies EU-Modell nicht globalisieren könne, weil es sich hierbei um ein Positivsummenspiel handelt. Gemeint ist damit, dass alle Beteiligten Vorteile haben. Wenn die EU aber globalisiert würde, hätten automatisch nicht mehr alle Beteiligten einen Vorteil, sondern - wie wir ja hoffen - die Ärmsten. Der Anreiz der Reichen fiel somit weg. Wie verhält sich Ihr Vorschlag zu diesem Argument? Zweitens: Es ist ja heftig umkämpft, ob Globalisierung nun eigentlich mehr oder weniger Ungleichheit für die Welt schafft. Vor kurzem habe ich gelesen, dass der Gini-Koeffizient, ein Maß der Ungleichheit, langsam abnehme. Wie sind denn nun eigentlich die Tendenzen?

Professor Dr. Gesine Schwan:

Vielen Dank. Ich möchte mir eine kurz eine Rückfrage an Herrn Altvater erlauben. Sie haben als eines der Mittel die internationale Solidarität genannt. Wer sind die Akteure?

Joscha Schmierer:

Ich möchte im wesentlichen auf die Frage nach der Globalisierung des EU-Modells eingehen. Ich hatte ja ausdrücklich gesagt, dass die EU weder beliebig ausweitbar noch dass sie 1:1 übertragbar ist. Aber dass nicht auch woanders politische Unionsbildungen und ökonomische Vernetzungen zu einem positiven Summenspiel führen könnten, ist überhaupt nicht einzusehen. Das würde ja bedeuten, dass überhaupt kein ökonomisches Wachstum mehr vorhanden wäre. Also, das sehe ich nicht so. Die EU ist ein bestimmtes Beispiel, eine politische Form auf den Widerspruch von zunehmender ökonomischer Vernetzung, und vom Bestand des politischen Prinzips der territorialen Souveränität das Staatenmaß zu vermitteln und diesen Widerspruch zu behandeln. Und das ist tatsächlich ein globaler Widerspruch und steht meiner Ansicht nach im Zentrum dessen, was man als das globale Zeitalter bezeichnen kann. Globales Zeitalter bezieht sich nicht darauf, dass die Tendenz zur Globalisierung ökonomisch, technisch usw. neu sei, sondern darauf, dass diese Tendenzen in einer anderen politischen Konstellation stattfinden. Die globale Welt ist meiner Ansicht nach der Epochenbegriff, der den Imperialismus ablöst. Imperialismus ist ja nicht eine marxistische Erfindung, sondern ist ein Begriff, der vor dem Ersten Weltkrieg auf der Straße lag, und genauso ist Globalisierung ein Begriff gewesen, der in den 90er Jahren auf der Straße lag und wo es jetzt darum geht, sich einen Begriff davon zu machen. Das Neue ist, dass wir es zum ersten Mal nicht nur mit einer Weltwirtschaft zu tun haben, die in verschiedenen Ausprägungen vorhanden ist, sondern, dass wir es zum ersten Mal mit einer Staatenwelt ohne imperiale Suprastrukturen zu tun haben. Durch den Wegfall der imperialen Ordnung des Sowjetblocks und ihrer repressiven Blockordnung haben wir es zum ersten Mal mit sehr vielen Akteuren zu tun, die gleichzeitig höchst fragil und gefährdet sind, wie wir z.B. an solchen Fällen wie Afghanistan und Somalia sehen können. Wenn wir von politischer Gestaltung reden, kommt es vor allem darauf an, die Staatenwelt, und damit die einzelnen fragilen und gefährdeten Staaten, zu festigen. Und dies sollte nicht auf beliebige Art und Weise geschehen, sondern unter dem Deckmantel der Demokratie.

Barbara Unmüßig:

Ich möchte gerne auf die von Herrn Schmieg gestellten Fragen und Anmerkungen eingehen. Ich bitte Sie, zu konzedieren, dass in dem uns gesetzten Zeitrahmen von fünf Minuten, natürlich nicht alle komplexen Fragestellungen, die im Nord-Süd-Verhältnis begründet

liegen, angesprochen werden können. Wenn es darum geht, dass durch den Abbau von Subventionen im Norden der Handelsspielraum für Entwicklungsländer massiv vergrößert wird, gibt es zwischen Wirtschaftsministerium und Entwicklungs- und Umweltorganisationen auch ganz sicherlich keinen Widerspruch. Das ist aber doch dann genau der Appell an die Regierung, den Abbau der Agrarsubventionen und des Agrarprotektionismus des Nordens voranzutreiben. Und da sind in erster Linie Sie im Wirtschaftsministerium und Ihre Kollegen aus dem Landwirtschaftsministerium aufgefordert, die politische Durchsetzung dieses Prozesses auch im Rahmen der EU voranzutreiben. Und Sie werden wissen, dass erst kürzlich in Katar vor allem bei der Frage der Textilindustrie in dieser Hinsicht keinerlei Fortschritte erzielt worden sind. Zum Thema Governance Strukturen: Natürlich sind wir uns bewusst, dass vor allem in den Entwicklungsländern selbst z.B. das Steueraufkommen ganz anders organisiert werden muss. Einheimische Finanzquellen für die Finanzierung von Entwicklung stehen ja u.a. auch auf der Tagesordnung der Konferenz "Financing for Development" und sind somit ein zentrales Thema. Wir haben uns hier darauf bezogen, wenn es um "Globalisierung gestalten" geht, wo unsere Verantwortung im Norden liegt, ökologische Steuerung, soziale Gestaltung mit der Aufbringung von Finanzressourcen zusammenzubringen. Wir setzen uns aber selbstverständlich auch dafür ein, dass die wichtige Frage nach der Verantwortung der Regierungen im Süden auf der Tagesordnung bleiben und es selbstverständlich darum gehen muss, gerechtere Besteuerungssysteme in den Ländern der Dritten Welt einzuführen. Vielleicht noch ein kurzes Statement zu Ihrer Frage Frau Schwan: Wer sind die Akteure? Es nicht mit Sicherheit nicht nur darum, die Staatenwelt zusammenzubringen, sondern vor allem auch darum, sich die Interessens- und Machtkonstellationen, die sich hinter all diesen Gestaltungsprozessen verbergen genau unter die Lupe zu nehmen. Und ich glaube, dass wir versuchen, ein gesellschaftspolitisches Bewusstsein für die Notwendigkeit der ökologischen Abrüstung zu schaffen und die Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt zu fördern. Von daher müssen wir hier gesellschaftspolitisch kämpfen. Es bewegt sich immer nur so viel wie politischer Druck entsteht. Das gilt natürlich auch in Bezug auf den großen Ressourcenverbraucher USA. Das Kyoto-Protokoll ist deswegen schwach, weil es eine Ansammlung an nationalen Interessen vereint, und es daher nicht darum geht, die der Industrialisierung und Produktionsweise zugrunde liegenden Emissionen tatsächlich auch in den Griff zu kriegen. Dies sollte keinesfalls aus dem Blick verloren werden. Und jeder weiß, dass der politische Preis dafür, soziale und ökologische Fragen miteinander verknüpfen zu wollen, einem leider auch immer noch negativ bescheinigt wird in dieser Gesellschaft. Das zeigt sich ja mitunter an dem Beispiel der Grünen.

Professor Dr. Gesine Schwan:

Vielen Dank. Wenn also die politische Aktion nicht im Rahmen einer globalen politischen Institution stattfinden kann, bleibt ja nichts anderes übrig, als auf regionale Zusammenschlüsse wie die EU zu setzen, bzw. auf die jeweiligen innenpolitischen Akteure.

Dr. Reinhard Hermle:

Ich möchte zunächst gerne eine Bemerkung zum Stil der Diskussion machen. Ich finde es, offen gesagt, immer wieder verblüffend, wie schnell aggressiv gerade Globalisierungsdiskussionen verlaufen. Wenn kritische Sätze gesagt werden, kommt fast reflexhaft so etwas wie: Sie verstehen nichts von Wirtschaft. Sie sind latent oder manifest kapitalismuskritisch, amerikakritisch, anti-amerikanisch. Also ich bin glaube ich der letzte, der sich diesen Schuh anziehen müsste. Ich bilde mir ein, ein bisschen was auch von der Welt verstanden zu haben. Ich bilde mir ein, ein bisschen was von Amerika verstanden zu haben. Ich setze mich kritisch – vielen Dank Herr Wrede – ich setze mich durchaus konstruktiv kritisch mit der deutschen Politik auseinander. Es wäre bisher noch niemand auf die Idee gekommen,

mich als antideutsch deshalb zu bezeichnen. Also lassen Sie uns doch ein bisschen gelassener umgehen und einfach objektiv so gut das geht, jeder hat seinen Interessensstandpunkt, möchte ich gar nicht in Abrede stellen, prüfen, was ist an einem Argument dran? Und dann müssen wir uns da Stück für Stück dran abarbeiten und schauen, dass wir gemeinsam weiterkommen. Keiner hat die Wahrheit für sich gepachtet und keiner hat für sich Recht. Also das würde ich, wenn Sie mir das als persönliche Note gestatten, doch ganz gerne anmerken.

Nun zu einem Punkt, der mir hier wichtig ist, und der hängt mit dem ersten zusammen. Wir kommen nicht weiter, wenn wir in der Diskussion um Globalisierung die Rituale wieder aufleben lassen, die die Diskussionen über Nord-Süd, über Entwicklung, über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit in der Welt der 70er und 80er, besonders massiv geprägt haben. Die einen sagen, der Norden ist schuld und die anderen sagen, der Süden ist selber schuld, dass er nicht vorankommt. Beides stimmt natürlich in dieser Schlichtheit nicht. Sie haben natürlich völlig Recht, dass vieles deshalb im argen liegt, weil wir es in vielen Ländern des Südens, wo wir überhaupt noch Regierungen haben, mit miesen und kleptokratischen Systemen zu tun haben. Es gibt ja inzwischen politik- oder politiksystemfreie Räume. Dass da schon gar nichts mehr funktionieren kann, liegt auf der Hand. Dieses wiederum darf uns doch aber nicht der Notwendigkeit entheben, über unsere eigene Beteiligung an den Problemen der Welt nachzudenken. Und um dieses zu belegen, möchte ich auf ein Positionspapier hinweisen, das unser Verband in Vorbereitung auf die „Financing for Development Konferenz“ publiziert hat. Das erste Kapitel befasst sich mit dem Thema: Mobilisierung einheimischer Ressourcen. Es meint Ressourcen in Ländern des Südens und der erste Punkt darunter behandelt die Frage der Steueraufbringung, Steuergesetzgebung, Steuersysteme in den Ländern des Südens. Wir haben da also glaube ich keinen Nachholbedarf. Mein letzter Punkt betrifft den Vorschlag, dass wir sagen, der Süden muss seine Hausaufgaben machen, aber wir haben auch eine globale Verantwortung. So könnte beispielsweise die Einrichtung einer internationalen Steuerbehörde den Wildwuchs und diese Möglichkeiten der Steuerflucht unterbinden. Davon sind wir aber noch ein gutes Stück weit von entfernt. Der Vorschlag findet sich aber nichtsdestotrotz in dem genannten Positionspapier wieder, welches ich abschließend nachdrücklich der Lektüre empfehlen möchte.

Professor Dr. Elmar Altvater:

Die Gestaltung der Globalisierung ist eine so gigantische Aufgabe, dass wir natürlich in einer Debatte wie dieser nur einen minimalen Prozentsatz ansprechen, geschweige denn lösen können. Wir haben ja schon gehört, dass im nächsten Jahr zwei große globale Konferenzen anstehen: "Financing for Development" und "Rio plus 10". Dort werden Hunderte von Konferenzteilnehmern Schritt für Schritt versuchen, die Globalisierung hoffentlich positiv zu gestalten. Dennoch war unser heutiger Diskurs wichtig, denn er beschäftigt uns und wird uns auch in Zukunft angesichts der Problemlagen weiter beschäftigen müssen. Wenn die Globalisierung nur positive Ergebnisse bringen würde, wenn sie tatsächlich nur den Wohlstand der Menschen steigern würde, dann brauchten wir uns auch nicht damit zu beschäftigen. Dann könnten wir sagen: Wunderbar, wir haben das Ei des Kolumbus gefunden oder wir haben das Paradies auf Erden hergestellt. Dann bräuchten wir keine Gestaltungsaufgaben zu bewältigen. Aber leider Gottes ist dem nicht so so. Einige der Problem- punkte sind heute genannt worden und ich meine, dass auch die Ungleichheit dazu gehört. Einen Gini-Koeffizienten für die ganze Welt zu berechnen, macht überhaupt keinen Sinn. In einigen Ländern ist er vielleicht kleiner geworden, das müsste man überprüfen. In einigen, das weiß, ist er aber auch größer geworden. Nun gut, das sind Einzelfragen, die man empirisch und anhand der verfügbaren Daten beantworten kann. Das größte Problem, das wir bei der Gestaltungsaufgabe zu bewältigen haben, ist aber die Tatsache, die Herr von

Weizsäcker in seinem Thesenpapier angedeutet hat: Globalisierung heißt Entgrenzung und Beschleunigung. Sie heißt aber auch Privatisierung von öffentlichen Gütern. Unsere Aufgabe besteht nun darin, dafür zu sorgen, dass diese öffentlichen Güter auch weiterhin angeboten werden. Man könnte ja meinen, sie könnten auch durch private Institutionen angeboten werden, wie z.B. das Bildungssystem und Gesundheitsdienstleistungen. Nur hat sich gezeigt, dass dies nicht so funktioniert, wie es für das Wohlergehen der Menschen sinnvoll wäre. Vor allen Dingen hat die Privatisierung der Sicherheit auch dazu geführt, dass genau das mit gefördert worden ist, was Joscha Schmierer beklagt hat, nämlich der Zerfall der öffentlichen Ordnung bis hin zum Zerfall des Staatswesens. Diesem Trend entgegenzuwirken ist eine wirklich großartige Gestaltungsaufgabe. Es umschließt die Bereitstellung öffentlicher Güter, die Erhaltung des öffentlichen Gutes Natur, sowie die Produktion dieser öffentlichen Güter. Dazu gehört auch das Internet. Es ist in diesem Sinne ja ein öffentliches Gut, das zum großen Teil privat bereitgestellt wird. Es ergeben sich hier Widersprüche, weil es öffentlich ist und trotzdem privat produziert wird. Dadurch kommt ja die zuvor diskutierte Regulationsaufgabe erst zustande. Und es müssen auch öffentliche Güter durch die beteiligten Akteure beschlossen werden, nämlich etwa im Finanzwesen. Stichwort ist hierbei die neue Finanzarchitektur. Aufgrund der limitierten Zeit kann ich jetzt leider nicht weiter darauf eingehen. Ich empfehle aber, hierzu den Zwischenbericht der Enquête-Kommission aufmerksam zu lesen.

Zur Frage nach den verantwortlichen Akteuren? Ich glaube, dass der Begriff der Global Governance, den ich schon angedeutet hatte, hier stark ins Spiel kommt. Aber auch dies ist hoch komplexes, eigenes Thema. Es umschließt die Frage: Welche Bereiche müssen da geregelt werden? Und sicherlich sind die Regelmechanismen für das Finanzsystem, für die natürliche Umwelt, für den Welthandel sehr unterschiedlich. Auch die Aufgaben sind sehr unterschiedlich. Da haben wir es mit verschiedenen Ebenen zu tun. Manches lässt sich auf lokaler Ebene regeln, manches auf nationaler, manches in übernationaler Kooperation oder in regionalen Blöcken. Und, dass letzter überall in der Welt entstanden sind und im Entstehen begriffen sind und mehr oder weniger gut funktionieren, zeigt, dass hier Regelungsbedarf auch auf der supranationalen Ebene besteht. Und dann gibt es natürlich auch die globale Ebene, die hinzu kommt. Darüberhinaus haben wir es mit verschiedenen Akteuren zu tun, nämlich mit Staaten und deren Regierungen. Wir haben die Organisationen der Zivilgesellschaft, die Nichtregierungsorganisationen als immer wichtiger werdende Akteure. Wir haben natürlich auch die ökonomischen Akteure. Bei all dem haben wir es mit unterschiedlichen Interessen und verschiedenen Handlungslogiken zu tun. Die einen folgen den Logiken und Signalen des Marktes, die anderen denen der Hierarchie, die in einem Staatswesen gewährleistet sind und die Dritten den Netzwerklogiken von Nichtregierungsorganisationen. Das alles zusammenzubringen, unterschiedliche Interessen, Handlungslogiken, Akteure in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen, das ist eine Herkules-Aufgabe. Und daran ist bisher auch ein wirklich in sich stimmiges Global Governance Konzept auch gescheitert. Aber dieses Scheitern muss für uns eine Herausforderung sein, dafür zu sorgen, dass dies nicht so bleibt. Bei diesem Punkt möchte ich es bewenden lassen, wohl wissend, dass hier noch sehr große Anstrengungen auf allen Ebenen unternommen werden müssen, um künftig vernünftige Antworten auf die Gestaltung einer globalisierten Welt zu finden.

Professor Dr. Gesine Schwan:

Vielen Dank Herr Altvater. Ich danke Ihnen allen, besonders unseren Panelisten, sowie all jenen, die mit ihren Kommentaren und Beiträgen dazu beigetragen haben, die heutige Diskussion zu bereichern und voranzubringen.

Schlusswort des Leiters des Arbeitsstabs Globale Fragen im Auswärtigen Amt, Hans-Heinrich Wrede

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum Abschluss des Forums müssen Sie leider mit mir vorlieb nehmen, weil Herr Staatsminister Dr. Volmer derzeit an der Debatte und Abstimmung über die Vertrauensfrage im Bundestag teilnimmt.

Selbstverständlich maße ich mir nicht an, die spannenden, inhaltsreichen und auch teilweise kontroversen Diskussionen der letzten beiden Tage zusammenzufassen. Bevor ich aber versuche, zumindest einige Gedanken, die mir aufgefallen sind, in Erinnerung zu rufen, möchte ich allen unseren Panelisten herzlich danken, die maßgeblich zum Gelingen unserer Konferenz beigetragen haben. Vor allem gilt mein Dank jenen Referenten, die noch einen Tag vor dem Forum bereit waren, für die ursprünglich vorgesehenen, aber wegen der Bundestagsdebatte zur Vertrauensfrage kurzfristig verhinderten Redner einzuspringen: Das sind Herr Professor Elmar Altvater und Joscha Schmierer, mein lieber Kollege im Planungsstab des Auswärtigen Amts.

Lassen Sie mich jetzt ganz kurz nur einige wenige Punkte hervorheben:

Zum Thema "Die Globalisierung politisch gestalten" treffen meines Erachtens die uns schriftlich vorliegenden Anmerkungen von Ernst-Ulrich von Weizsäcker den Kern der Sache: Schon aus Gründen des Realismus könne es nicht um die Frage gehen, ob wir die Globalisierung rückgängig machen können; es müsse vielmehr darum gehen, wie wir ihr eine menschliche Gestalt geben. Im übrigen greife die Globalisierung in das Leben aller Menschen ein, ob sie es nun wollten oder nicht.

Professor Altvater hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die politische Gestaltung der Globalisierung eine außerordentlich komplexe Aufgabe sei: Sie sei keineswegs ein "Selbstläufer". Der freie, politisch nicht regulierte Markt spalte die Welt in Gewinner und Verlierer. Er sagte weiter: "Man könnte dies, wie es viele Liberale tun, hinnehmen, wenn nicht die Konsequenzen so fürchterlich wären. Und deshalb ist bewusstes Gegensteuern eine Notwendigkeit". - Was zu tun ist, führte Staatsminister Volmer gestern in seiner Eröffnungsrede aus; er zitierte dabei eine Bundestagserklärung: "Regierungen, internationale Institutionen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen mehr denn je netzwerkartig und kooperativ zusammenarbeiten, um die Achtung der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Demokratie voranzubringen".

Zum Problemkreis der globalen Kommunikation und insbesondere der Rolle des Internet hat unser Forum eine Fülle von hochinteressanten und für die politische Praxis sehr relevanten Erkenntnissen gebracht. Ich fand einen Satz von Pekka Tarjanne bemerkenswert. Er

berichtete von der Klage eines afrikanischen Informationsministers, Wirtschaftslobbyisten, gleichzeitig aber mehrere VN-Organisationen hätten ihm miteinander konkurrierende, aber auch offensichtlich widersprüchliche Projekte zum Internet vorgeschlagen. Der afrikanische Politiker habe sich "verwirrt" gezeigt.

Professor Leggewie wies u. a. auf die deutliche "digitale Kluft" zwischen "information haves" und "information have-nots" hin ebenso wie auf die extrem ungleiche Nutzung des Internet einerseits innerhalb der reichen Industrieländer und andererseits zwischen den reichen und armen Ländern.

Der Generalsekretär der OECD, Donald Johnston, forderte in seiner "Keynote address" "global inclusiveness" für die "digital economy". Darüber hinaus verlangte er - und dieser Appell lässt sich wohl auf alle hier geschilderten Probleme anwenden - : "Match words with action!".

Ich darf nun das Forum schließen, Ihnen allen noch einmal für Ihre aktive Mitwirkung danken und Ihnen eine gute Heimreise wünschen. Danken möchte ich zu guter Letzt ganz ausdrücklich den Kolleginnen und Kollegen im Auswärtigen Amt, ohne die das Forum - trotz aller kurzfristigen Änderungen - nicht so reibungslos und erfolgreich verlaufen wäre: Unserer Hausverwaltung, dem Konferenzsekretariat und unseren Dolmetschern sowie vom Arbeitsstab Globale Fragen Gisela Klein, Andrea Heise, Katja Wendel, Christina Heck, Katja Wiesbrock und nicht zuletzt auch meinem Kollegen und Vertreter Thomas Fitschen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit und auf Wiedersehen bis zum nächsten Forum!

Anmerkung: Der Text dieses freigehaltenen Schlusswortes beruht auf Gedächtnis und Notizen des Verfassers, da die Tonbandaufzeichnung leider missglückte.

Programm

Donnerstag, 15. 11. 2001

- 12.30 Uhr Registrierung – Kaffee und Sandwiches
- 14.00 Uhr Eröffnungsrede: **Staatsminister Dr. Ludger Volmer**, AA
- 14.30 Uhr Vortrag: **Donald Johnston, Generalsekretär der OECD**
Diskussion
Moderation: **Hans-Heinrich Wrede**, Arbeitsstab Globale Fragen, AA
- 15.15 Uhr Kaffeepause
- 15.30 Uhr **Panel 1:** Wem gehört das Internet?
Einführung: **Prof. Dr. Claus Leggewie**, Zentrum für Medien und Interaktivität, Universität Gießen
Panelists: **Erika Mann**, Mitglied des Europäischen Parlaments
 Dr. Holger Sievert, Bertelsmann-Stiftung
 Maurice Wessling, "Bits of Freedom", Niederlande
 Martin Cronenberg, Leiter der Unterabteilung "Informationsgesellschaft" im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Moderation: **Hans-Heinrich Wrede**, AA
- 17.15 Uhr Kaffeepause
- 17.30 – 18.45 Uhr **Panel 2:** "Digital opportunities" oder "digital divide"? Internationale Anstrengungen zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung
Einführung: **Pekka Tarjanne**, Vereinte Nationen, Berater des VNGS für Informations- und Kommunikationstechnologie
Panelists: **Dr. Abdurahman Aden**, Publizist
 Olaf Nielinger, Institut für Afrikakunde, Hamburg
 Peter Michael Rügner, Beauftragter für IKT und Entwicklung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Moderation: **Roland Mauch**, Mitglied der ICTF, AA

19.00 Uhr Abendessen: "Kulinarischer Spaziergang durch den Herbst"

Freitag, 16. 11. 2001

09.15 Uhr **Panel 3:** Brauchen wir eine globale Rechtsordnung für das Internet?
Einführung: **Prof. Dr. Alexander Roßnagel**, Institut für Europäisches Medienrecht der Universität Saarbrücken
Panelists: **Gert Bielefeld**, Siemens AG
Regina Kalthegener, Terre des femmes
Dr. Detlef Eckert, Generaldirektion Informationsgesellschaft der EU-Kommission
Moderation: **Thomas Fitschen**, Arbeitsstab Globale Fragen, AA

10.30 Uhr Kaffeepause

10.45 bis 12.15 Uhr **Panel 4:** Die Globalisierung politisch gestalten
Einführung: **Prof. Dr. Elmar Altvater**, Freie Universität Berlin, Mitglied der Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" des Deutschen Bundestags
Panelists: **Barbara Unmüßig**, WEED
Dr. Reinhard Hermle, VENRO
Joscha Schmierer, Planungsstab, AA
Moderation: **Prof. Dr. Gesine Schwan**, Präsidentin der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder

12.30 Uhr Imbiss

14.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Sechstes "Forum Globale Frage" am 15./16. November 2001 Teilnehmer/-innen

Dr. Abdurahman Aden	Publizist
Christine Althausen	Bundesministerium der Verteidigung
Prof. Dr. Elmar Altvater	Freie Universität Berlin
Jürgen Anders	Landeszentralbank Berlin und Brandenburg
Dr. Sabine Arlt	Hanns-Seidel-Stiftung
Daynand Arora	FHTW Berlin
Dr. Michael Arretz	Otto Versand
Prof. Dr. Gerhard Banse	Forschungszentrum Karlsruhe GmbH
Stefan Bantle	Auswärtiges Amt
Gerhard Bauch	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Renate Bäuerlein	sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme e.V.
Bianca Bäumler	Auswärtiges Amt
Reinhard Behnisch	Evangelische Akademie Loccum
Dr. Christoph Beier	GTZ
Dr. Ursula Bell	Sekretariat des Auswärtigen Ausschusses
Gerd Benke	Auswärtiges Amt
Nasreen Bhimani	Mitarbeiterin von Herrn Johnston
Gert Bielefeld	Siemens AG
Sebastian Biere	Rechtsanwalt
Dr. Andreas K. Bittner	
Christian Bodewig	COSMOS
Clarissa Bohn	Bucerius Law School Hamburg
Jan Bohrenkämper	Bucerius Law School Hamburg
Georg Boomgaarden	Auswärtiges Amt
Joana Breidenbach	Ethnologin
Enrico R. Brissa	Deutscher Bundestag
Andreas Bruckschen	Bankgesellschaft Berlin
Prof. Dr. Wolfgang Brunner	Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
Mathias Bucksteeg	Bundeskanzleramt
Dr. Heinz Bühler	Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung
Reinhard Bütikofer	Bündnis90/Die Grünen
Prof. Dr. Friedemann Büttner	Freie Universität Berlin
Hans Büttner	Mitglied des Deutschen Bundestages
Jürgen Chrobog	Staatssekretär im Auswärtigen Amt
Paul Connors	Canada Embassy
Martin Cronenberg	Bundeministerium für Wirtschaft

Ingemar Dechau	Journalist
André Dettmann	
Dr. Wolfgang Dierker	BITKOM
Diana Dinkelacker	Auswärtiges Amt
Felix Dörfelt	Bucerius Law School Hamburg
Dr. Jochen Donner	Deutsche Welthungerhilfe
Martin Eberts	Auswärtiges Amt
Dr. Detlef Eckert	Generaldirektion Informationsgesellschaft der EU-Kommission
Wolf-Dieter Eberwein	Wissenschaftszentrum Berlin
Philipp Egler	Bucerius Law School Hamburg
Dr. Andreas Falke	Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
Dr. Hartmut Fest	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Gundula Felten	Auswärtiges Amt
Pius Fischer	Auswärtiges Amt
Ulrich Fischer	Boeing International Corporation
Thomas Fitschen	Auswärtiges Amt
Martin Fleischer	Auswärtiges Amt
Jörg Föh	Bucerius Law School
Katharina Frahm	Bucerius Law School
Regina Franken	Freie Universität Berlin
Peter Franz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Dr. Angela Franz-Balsen	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
Klaus Friebe	KIMA-Werbeagentur
Erich Fritz	Mitglied des Deutschen Bundestages
Dr. Ortun Froehling	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Dr. Manuel Fröhlich	Christian-Albrechts-Universität
Elena Futter	Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.
Jürgen Gebhardt	Fotograf
Philipp Gehrman	Bucerius Law School Hamburg
Michael Gerds	Auswärtiges Amt
Antje Gerstein	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Dr. Karsten Giese	Institut für Asienkunde Hamburg
Roswitha Götz	Bankgesellschaft Berlin
Tine Golombek	Bucerius Law School Hamburg
Albrecht Graf von Hardenberg	GTZ
Bernhard Graf von Waldersee	Auswärtiges Amt
Gunther Grabbe	BMW Konzernbüro
Alfred Grannas	Auswärtiges Amt
Nika Greger	Heinrich-Böll-Stiftung
Wilfried Grolig	Auswärtiges Amt
Klaus-Henning Groth	Umweltstiftung WWF Deutschland
David Gunderlach	Promotion und Medienberatung
Rhan Gunderlach	Promotion und Medienberatung
Corinna Hadeler	Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH
Dr. Berend Hartnagel	Global Partnership e.V.
Prof. Dr. Ingomar Hauchler	Stiftung Entwicklung und Frieden
Christina Heck	Auswärtiges Amt
Andrea Heise	Auswärtiges Amt
Birgitta Hentschel	Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Reinhard Hermle	Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.
Walter Hirche	Mitglied des Deutschen Bundestages
Eberhard Hitzler	Evangelische Kirche in Deutschland
Anna Hochreuter	Auswärtiges Amt
Gerd Hönscheid-Gross	Carl Duisberg Gesellschaft
Jürgen Hogrefe	Der Spiegel
Felix Horbach	Bucerius Law School Hamburg
Annette Hornung-Pickert	Journalistin
Jürgen Huppenbauer	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
Armin Huttenlocher	B.U.S.H. Government Relations
Diana Iljine	Media Vision
Barbara Jäger	Bucerius Law School Hamburg
Martin Jähn	Martin Jähn & Partner GmbH
Ramesh Jaura	Global Cooperation Council
Christoph Jenke	Bucerius Law School
Dr. Günther Joetze	Botschafter a.D.
Dr. Mathias John	amnesty international
Dr. Cornelia Johnsdorf	Erlaßjahr.de
Donald Johnston	Generalsekretär der OECD
Anja Joos	brainbox Network
Dr. Karl Jüsten	Kommissariat der deutschen Bischöfe
Regina Kalthegener	Terre des femmes
Maria Karger	Bucerius Law School Hamburg
Klaus-Peter Klaiber	Auswärtiges Amt
Andreas Klaußen	Auswärtiges Amt
Gisela Klein	Auswärtiges Amt
Dr. Jörg Klein	Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung
Robert Klinke	Auswärtiges Amt
Birgit Knuth	Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik
Julia Koch	COSMOS
Dr. Gudrun Kochendörfer-Lucius	Entwicklungspolitisches Forum
Thilo Köhler	Auswärtiges Amt
Prof. Doris König	Bucerius Law School Hamburg
Claus Körting	Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Angelika Köster-Loßack	Mitglied des Deutschen Bundestages
Eberhard Koob	Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung
Simone Kopfmüller	GTZ
Dr. Raimund Krämer	BABELconsult
Peter Krause	Europa-Universität Viadrina
Stephan Kreischer	Ärzte ohne Grenzen e.V.
Dr. Ernst Kreuzaler	Internationale Arbeitsorganisation
Clemens Kronenberg	MISEREOR
Klaus Krüger	Deutsche Stiftung für Entwicklung
Stefan Krug	Greenpeace e.V.
Hans-Stefan Kruse	Botschafter, ständige Vertretung OECD Paris
Dr. Beatrice Kühnel	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Jörg Kühnel	Auswärtiges Amt
Mara Kuhl	Humboldt-Universität
Uta Kuhlmann-Awad	Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik
Dr. Gerhard Kutzner	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Heinz Laing	Greenpeace e.V.

Otto Lampe	FDP-Fraktion
Anna Lena Lange	Bucerius Law School
Alexander Lau	Deutscher Industrie- und Handelstag
Niels Lau	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Prof. Dr. Claus Leggewie	Universität Gießen
Friedhelm Lehnhoff	Berghof Forschungszentrum
Michael Leibrandt	Bundesministerium für Wirtschaft
Annekathrin Linck	Heinrich-Böll-Stiftung
Walter Lindner	Auswärtiges Amt
Detlef Lingemann	Auswärtiges Amt
Ursula Lötzer	Mitglied des Deutschen Bundestages
Dr. Bernhard Lorentz	Zeit-Stiftung
Dr. Klaus-Martin Lotz	Deutscher Bauernverband
Dr. Katharina Lübke	Mitglied des Deutschen Bundestages
Sascha Rolf Lüder	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Dr. Klaus-Eckart Maass	DFN-Verein
Heike MacKerron	The German Marshall Fund of the United States
Dr. Susanne Maedrich	Bundesministerium der Justiz
Dr. Günther Maihold	Ibero
Erika Mann	Mitglied des Europäischen Parlaments
Frank Mann	Auswärtiges Amt
Frank Mäuer	Bertelsmann Stiftung
Mirko Tobias Masek	Bucerius Law School Hamburg
Roland Mauch	Auswärtiges Amt
Lorenz Michael Mayr	Bucerius Law School Hamburg
Daniela Maywald	Auswärtiges Amt
Mathias Mehlen	BKSH
Cornelia Meifort	Bucerius Law School Hamburg
Dieter Menke	OECD Informationszentrum Berlin
Dr. Johannes Merck	Umweltkoordination Otto Versand
Hinrich Mercker	Carl Duisburg Gesellschaft
Karsten Meyer	Landeszentralbank Berlin und Brandenburg
Martin Michaelis-Seidler	Entwicklungspolitisches Forum der DSE
Stormy Mildner	Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik
Arne Molfenter	United Nations Information Centre Bonn
Hans Monath	Der Tagesspiegel
Christian Moos	Deutscher Beamtenbund
Dr. Silvia Morgenroth	BMZ
Dr. Friedemann Müller	Stiftung Wissenschaft und Politik
Joachim Müller	Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung
Karl-Ulrich Müller	Auswärtiges Amt
Carola Müller-Holtkemper	Auswärtiges Amt
Georg Benedikt Naarmann	Bucerius Law School Hamburg
Sophia Charlotte Neumann	Bucerius Law School Hamburg
Dr. Claudia Neusüß	Heinrich-Böll-Stiftung
Olaf Nielinger	Deutsches Übersee-Institut Hamburg
Prof. Dr. Manfred Nitsch	Freie Universität Berlin
Katharina Nötzold	Deutsches Orient Institut Hamburg
Dr. Georg Nothelle	Deutsches Rotes Kreuz
Dr. Andreas Obser	Universität Potsdam
Fabian Osswald	Bucerius Law School

Dr. Hermann Ott	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Ingrid Ott	Deutsche Industrie und Handelskammer
Jan David Ott	Bucerius Law School Hamburg
Marco Overhaus	Institut für Klimafolgenforschung Potsdam
Manfred Pasutti	Bundesministerium des Inneren
Heike Peitsch	Auswärtiges Amt
Reiner Perau	Deutsche Industrie- und Handelstag
Dr. Ina Maria Pernice	Deutscher Industrie und Handelstag
Michael Pfeiffer	Deutsche Industrie und Handelskammer
Dr. Melanie Piepenschneider	Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Svenja Pitz	Bucerius Law School Hamburg
Dominika Piwowarczyk	Botschaft der Republik Polen
Christian Plodeck	Bucerius Law School Hamburg
Angelika Pohlenz	International Chamber of Commerce
Hans Pravda	Society for international Development
Eva Quistorp	UNIFEM-Komitee Deutschland
Michael Rader	Forschungszentrum Karlsruhe
Philipp Raidt	Bucerius Law School Hamburg
Jens Ramlow	Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.
Claus Peter Rees	International Consultant
Dr. Gerd Renken	Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft"
Marion Renken	Mitglied des Deutschen Bundestages
Volker F. Ripp	Berghof Forschungszentrum
Nils Rosemann	Rechtsanwalt
Prof. Dr. Alexander Roßnagel	Universität Kassel
Michéle Roth	Stiftung Entwicklung und Frieden
Peter Michael Rügner	BMZ
Dr. Dieter Rulff	Die Woche
Petra Ruth	GTZ Berlin
Gunter Schall	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Felix Schatz	Bucerius Law School Hamburg
Ingrid Scheithauer	Frankfurter Rundschau
Thomas Schiller	CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Ludmilla Schlageter	Ärzte ohne Grenzen e.V.
Bernd Schleich	Carl Duisburg Gesellschaft
Dr. Alfred Schmidt	Volkswagen Stiftung
Kathrin Schmidt	Büro Prof. Dr. Rita Süßmuth, MdB
Thomas-A. Schmidt	Kreditanstalt für Wiederaufbau
Joscha Schmierer	Auswärtiges Amt
Angela Schneider-Bodien	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Michael Scholing-Darby	Volkswagen AG
Patricia Schreiber	Büro Hans-Ulrich Klose, MdB
Thomas Schuler	Berliner Zeitung
Prof. Dr. Gesine Schwan	Viadrina-Universität Frankfurt/Oder
Dr. Peter Seel	Haus der Kulturen der Welt
Balthas Seibold	GTZ
Heide Siegert	CARE Deutschland e. V.
Dr. Holger Sievert	Bertelsmann Stiftung
Oltmann Siemens	The World Bank Group

Philip Somerville	Botschaft Kanada
Ingrid Spiller	Heinrich-Böll-Stiftung
Wilfried Steen	Evangelischer Entwicklungsdienst e.V.
Georg Stefanic	Journalist
Hermann Steib	Verband Deutscher Maschinen und Anlagenbau
Ulrich Steinle	Büro Hubertus Herl, MdB
Jürgen Stetten	Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Wolfram Stierle	Bundespräsidialamt
Dr. Victor Stimming	Industrie- und Handelskammer Potsdam
Dr. Helmut Stocker	Siemens AG
Wolfgang Stoeckl	Auswärtiges Amt
Christoph Strack	Katholische Nachrichtenagentur
Corry Szantho von Radnoth	NRO-Frauenforum
Dr. Hans-Helmut Taake	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Pekka Tarjanne	Berater des VN-GS für Informations- und Kommunikationstechnologie
Thomas Tavernini	Bucerius Law School Hamburg
Elke Thoß	Pro Familia
Dr. Peter Tinnemann	Ärzte ohne Grenzen e.V.
Eva Toews	Deutscher Beamtenbund
Jochen Trebesch	Auswärtiges Amt
Dr. Armin Triebel	Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme e.V.
Dr. Shungu Tundanonga-Dikunda	Consultant
Carsten Ulrich	Britische Botschaft
Barbara Unmüßig	Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V.
Dr. Günther Unser	Institut für Politische Wissenschaft
Oliver Valk	Bucerius Law School Hamburg
Dr. Sabine Vogel	Deutscher Bundestag
Cora Voigt	Universität Magdeburg
Dr. Helmut Volger	Forschungskreis Vereinte Nationen
Ludger Volmer	Staatsminister im Auswärtigen Amt
Ursula Vossenkuhl	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
Dr. Gudrun Wacker	Stiftung, Wissenschaft und Politik
Jörg Wagner	Bundesministerium der Justiz
Wolfgang Wagner	Auswärtiges Amt
Regine Walch	Heinrich-Böll-Stiftung
Gregor Walter	Universität Bremen
Reinhard Weißhuhn	Bündnis 90/Die Grünen
Bernd-Wolfgang Weismann	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Katja Wendel	Auswärtiges Amt
Jürgen Wenderoth	Bundesministerium der Finanzen
Maurice Wessling	Bits of Freedom, Niederlande
Prof. Dr. Josef Wieland	Institut des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik
Renate Wielpütz	FrauenComputerZentrumBerlin
Dr. Katja Wiesbrock	Auswärtiges Amt
Florian Wiesner	Bucerius Law School Hamburg
Jens Wiesner	Bucerius Law School Hamburg
Andreas F. Willkes	Verlagsgruppe von Holtzbrinck
Dr. Hans Willmann	UNHCR
Eugen Wollfarth	Auswärtiges Amt

Prof. Dr. Brigitte Young
Hans-Heinrich Wrede
Dr. Ralf Zeppernick
Peter Zoche
Prof. Dr. Harald Zschiedrich
Ina Zukrigl
Dr. Wolf-Dieter Zumpfort
Willem Van De Voorde
Nadia vom Scheidt
Max von Bismarck
Gerd von Brandenstein
Prof. Dr. Joachim von Braun
Rüdiger Freiherr von Fritsch
Dr. Clemens von Goetze
Eckart von Unger

Universität Münster
Auswärtiges Amt
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Fraunhofer Institut
Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
Global Studies
PREUSSAG
Botschaft des Königreichs Belgien
Bundesinnenministerium
Public One
Siemens AG
Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität
Bundespräsidialamt
Auswärtiges Amt
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Enquete-Kommission
„Globalisierung der Weltwirtschaft“

Dr. E. U. von Weizsäcker, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Besucher: Dorotheenstr. 93, Raum 034/035
Tel. (030) 227 - 74 711
Fax (030) 227 - 76 721
Email: ernst.weizsaecker@bundestag.de
Homepage: www.ernst.weizsaecker.de

MitarbeiterInnen: Dr. Achim Brunnengräber,
Beate Klein, Mario Meinecke

Berlin, 16. November 2001

Berlin, 16. November 2001

Forum Globale Fragen

„Die Globalisierung politisch gestalten“

Hintergrundpapier

1. Beim Thema Globalisierung der Weltwirtschaft über die Vor- und Nachteile dieses Prozesses kann man unterschiedlicher Meinung sein. Aber das Thema geht uns alle an. Die Globalisierung greift in das Leben aller Menschen ein, ob sie es wollen oder nicht.
2. Die *Bewertung* der Globalisierung hängt stark davon ab, ob man als einzelner oder in einer Gruppe Chancen sieht, das globale Geschehen mit zu gestalten. Mir scheint, dass diejenigen, die es mit gestalten können, eine positive Einstellung zur Globalisierung haben. Wer sich hilflos und ausgeliefert vorkommt, bei dem überwiegen die Ängste.
3. Fest steht, dass die Globalisierung die *Öffentlichen Güter* unter Druck setzt. Zu diesen gehören im weitesten Sinne die Menschenrechte, die Möglichkeit zur demokratischen Mitbestimmung, menschliche Sicherheit und ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit. Immer wichtiger wird das Öffentliche Gut einer intakten Umwelt und – auf ihr basierend – ein Mindestmaß an Versorgung mit Nahrungsmitteln, Energie und Wasser. Es ist an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Globalisierung diese öffentlichen Güter nicht nur unter Druck setzt, sondern auch zu ihrem Schutz beitragen kann. Zum Beispiel scheinen Friedenserhalt und Transparenz gegenüber Menschenrechtsverletzungen durch die wirtschaftliche Verflechtung und die globale Medienlandschaft gestärkt zu werden.
4. Nach der Theorie schafft der globale Freihandel, schafft die Globalisierung sehr viel Wohlstand. Deswegen darf man die optimistische Annahme riskieren, dass die

Globalisierung so gestaltet werden kann, dass es insgesamt viel mehr Gewinner als Verlierer gibt. Tatsächlich *fühlen* sich aber viel mehr Menschen als Verlierer und nicht als Gewinner.

5. Und tatsächlich hat sich die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen zwanzig Jahren drastisch weiter geöffnet. In den siebziger Jahren verdienten die reichsten 20 % der Erdbevölkerung etwa 30 mal so viel wie die ärmsten 20 %. In den achtziger Jahren, wo die Phänomene der Globalisierung vor allem in Nord- und Südamerika auftraten, stieg der Abstand von einem Faktor 30 auf etwa 45. Und in den neunziger Jahren, wo die Globalisierung sich weltweit durchsetzte, ist der Abstand auf einen Faktor 74 gestiegen.
6. Kein Wunder also, wenn sich die Mehrheit der Menschen in Entwicklungsländern als Verlierer sehen, selbst dann, wenn die *Durchschnittsverdienste* im Land zugenommen haben. Wenn eine Arbeiterin in Thailand gesagt bekommt, ihr kärglicher Arbeitsplatz könne jederzeit gestrichen werden, wenn es für die internationale Firma rentabler wird, in Vietnam zu produzieren, dann fühlt sie sich ausgeliefert.
7. Wenn sich die Mehrheit der Menschen in einem Land machtlos und ausgeliefert fühlt, dann haben wir ein Demokratieproblem! Alle paar Jahre zur Wahlurne gehen zu dürfen, ist ein schlechter Trost, wenn man weiß, dass die Regierung gegen diese Art Ausgeliefertsein der Arbeiterin - und erst recht der Arbeitslosen - gar nichts tun kann.
8. Eine Kommission, die sich mit den Herausforderungen der Globalisierung beschäftigt, muss sich also auch mit einigen Grundfragen der Demokratie und der Mitgestaltung des Gemeinwesens befassen. Das hat unsere Kommission getan.
9. Dabei konnte es schon aus Gründen des Realismus überhaupt nicht um die Frage gehen, ob wir die Globalisierung rückgängig machen können. Aber es musste uns um die Frage gehen, wie wir ihr eine menschliche Gestalt geben können.

MdB Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker

Panel 4: Die Globalisierung politisch gestalten
Forum Globale Fragen, 15./16.11.2001

5 Thesen:

1. Die Globalisierung ist ein neues Wort und ein im Kern neues Phänomen. Sie erfordert folglich neue Antworten.
2. Der (ideale) Staat vertritt, verteidigt, fördert die "Öffentlichen Güter". Die Globalisierung stärkt die "Privaten Güter". Das bis 1990 im Kern intakte Gleichgewicht zwischen öffentlichen und privaten Gütern hat folglich eine Schlagseite zu Gunsten der privaten Güter bekommen.
3. Jeder Versuch, das Gleichgewicht durch Schwächung des Privatsektors wieder herzustellen droht in eine massive Vernichtung von Wohlstand auszuarten. Stattdessen geht es um eine Stärkung (nicht: Ausdehnung) des Öffentlichen Sektors.
4. Als Anwälte öffentlicher Güter können gelten
 - nationale Parlamente und demokratisch legitimierte Regierungen;
 - internationale Vereinbarungen (Seerecht, Kyoto, "Weltkulturerbe");
 - NGO's/Zivilgesellschaft;
 - Stiftungen;
 - Firmen und Investmentfonds, die sich anspruchsvollen Regeln unterwerfen.
5. Die "Neuerfindung der Demokratie" - auf globaler Ebene - wird nicht weniger Zeit beanspruchen als die Erfindung der nationalen Demokratie ("von Montesquieu bis zur Paulskirche")

Der Veranstalter stellt sich vor:

Der Arbeitsstab Globale Fragen im Auswärtigen Amt wurde im Sommer 1998 im Zuge einer umfassenden Neubewertung der Behandlung von globalen Fragen geschaffen. Er nimmt Grundsatz- und Koordinierungsaufgaben in diesem Themenfeld innerhalb der Abteilung Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und humanitäre Hilfe wahr. Zentrales Projekt des Stabs ist das "Forum Globale Fragen". Es wurde im April 1999 von Bundesaußenminister Joschka Fischer zusammen mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan in Berlin ins Leben gerufen und dient als Plattform für die Vertiefung des Dialogs zwischen Regierung und der Zivilgesellschaft, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, zum gesamten Spektrum globaler Probleme. Damit soll es einen Beitrag leisten, die inhaltlichen Zusammenhänge zwischen verschiedenen globalen Fragen mit dem Ziel kohärenter Lösungsansätze herauszuarbeiten.

Dieser neuen Kultur der Kooperation und Vernetzung entsprechend steht der Arbeitsstab interessierten Partnern zum Informations- und Meinungsaustausch gern zur Verfügung. Kommentare zu dieser Broschüre oder anderen Fragen sind willkommen!

Die Koordinaten des Arbeitsstabs:

Leiter: VLR I Hans-Heinrich Wrede, Tel.: 030/5000-1921

Stv. Leiter: VLR Thomas Fitschen, Tel.: 030/5000-1922

Vorzimmer: Tel.: 030/5000-1923

Fax-Anschluss: 01888 17-1885

E-mail-Anschluss: gf09-s@auswaertiges-amt.de

Adresse: Auswärtiges Amt
Arbeitsstab Globale Fragen
Werderscher Markt 1
10117 BERLIN

Auf der Website des Auswärtigen Amts (www.auswaertiges-amt.de) wurde unter der Rubrik "Aussenpolitik" eine Seite "VN und Globale Zusammenarbeit" mit weiteren Informationen eingerichtet.